

Arbeiter-Zeitung

Das Abonnement

Der täglich einmal mit Ausnahme der Sonn- und Festtage erscheinende „Arbeiter-Zeitung“, mit den drei Beilagen: „Nach der Arbeit“, „Unterhaltungs-Beilage“, wöchentlich zweimal, „Die Genossin“ und „Der junge Kamerad“ (alle 14 Tage) kostet monatlich 70 Pfg. frei Haus. Durch die Post bezogen: vierteljährlich Mk. 2.25

Sozialdemokratisches Organ für das Rheinisch-Westfälische Industrie-Gebiet

Publikations-Organ der freien Gewerkschaften

Insertate

Kosten die 6 gesp. Kolonnenzeile oder deren Raum 20 Pfg., bei dreimaliger Wiederholung Rabatt. Inserate müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben sein. Kleine Anzeigen nur bei Vorauszahlung. Redaktion u. Expedition: Dortmund, Alster 5 Fernspr. 913 Geschäftszeit: von morgens 8 bis abends halb 8 Uhr Filiale in Kamen: 4 bis 7 Uhr nachm. Sonntag 11 bis 1 Uhr

Nr. 36.

Dortmund, Samstag, den 12. Februar 1910.

19. Jahrg.

Der 2. Tag der Wahlrechtsdebatte.

Das Abgeordnetenhaus setzte Freitag die Wahlrechtsdebatte fort. Das Interesse des Publikums und der Abgeordneten hatte in keiner Weise nachgelassen und Haus und Tribünen waren wiederum überfüllt. Dagegen herrschte gähnende Leere am Ministerische. Außer Herrn von Moltke und einigen Geheimräten, die in ostentativer Unaufmerksamkeit Berge von Akten wälzten, glänzte das preussische Staatsministerium durch Abwesenheit. Selbst der leitende Staatsmann hielt es nicht mehr für notwendig, diesen wichtigen Verhandlungen persönlich beizuwohnen, sondern erschien erst während der Rede unseres Genossen Ströbel auf wenige Minuten im Saale, um sogleich wieder zu verschwinden. Der erste Redner des zweiten Tages war der Zentrums-Abgeordnete Herold, ein Agrarier reinsten Wassers. Er hat bereits einmal in einer großen Frage die Führung seiner Partei übernommen. Das war beim letzten Zolltarif, wo er im Bund mit den Konservativen über die Zollfrage der Regierung hinausging. Von einem solchen Mann ist natürlich nicht zu erwarten, daß er in der Frage der Wahlrechtsreform einen demokratischen Standpunkt einnimmt. Natürlich versicherte Herr Herold und mußte es tun, um die katholischen Arbeiter zu befriedigen, daß das Zentrum für das gleiche Wahlrecht auch in Preußen ist. Was von diesem erstrebten gleichen Wahlrecht des Zentrums zu halten ist, bewies die gleich im nächsten Satz mit großer Entschiedenheit erfolgte Ablehnung einer Neueinteilung der Wahlkreise. Die ungeheuerliche Entrenchung der großen Städte mit ihrer intelligenten Bevölkerung gegenüber dem platten Lande will also das Zentrum aufrecht erhalten. Und weshalb? Einmal weil eine solche Neueinteilung nicht zu häufig erfolgen darf — und dann, weil die Verquickung dieser Frage mit der Wahlreform ihr Zustandekommen gefährdet. Als ob nicht jede Reform ohne eine gerechte Neueinteilung der Wahlkreise unter Berücksichtigung der in den letzten 30 Jahren stattgefundenen Verschiebung aller wirtschaftlichen Verhältnisse nur die Karikatur einer wirklichen Reform wäre! Auf Herrn Herold folgte eine Rede des Ministers des Innern v. Moltke. Mit den liberalen Einwänden gegen die Regierungsvorlage und vor allem gegen die Beibehaltung der öffentlichen Wahl befaßte er sich überhaupt nicht. Dagegen bot dieser nächst Herrn v. Rheinbaben wohl konfessionell Minister sein bisheriges Redentalent auf, um der Rechte die direkte Wahl schmachtend zu machen. Aber die Rechte denkt gar nicht daran, nachzugeben, sondern gab durch wiederholte Zwischenrufe und durch lauten Widerspruch zu erkennen, daß sie auch nicht um Quasibereitwilligkeit gewillt ist. Hr. v. Zeblich, der Führer der Freikonservativen, hielt eine Scharf-macherrede, wie man sie selbst von ihm bisher wohl noch nicht gehört hat. Er bekam es fertig, von einer Stärkung der konservativen Gesinnung im Volk zu sprechen, die die starke Vertretung der konservativen Partei im Abgeordnetenhaus zur Folge habe. Das sagt ausgerechnet der Führer der Partei, hinter der ganze 63 000 Wähler stehen, die allerdings 60 Abgeordnete haben, während hinter den 6 sozialdemokratischen Abgeordneten 600 000 Wähler stehen. Zum Zeitpunkt seiner schärfsten Angriffe machte Herr v. Zeblich den Reichstag und das Reichstagswahlrecht, wobei er allerdings nur den Spuren folgte, die Herr v. Bethmann-Hollweg am Tage vorher gegangen war. Gleiche Brüder finden sich eben und es ist mit einer äußerst wertvollen Erziehung dieser Wahlrechtsdebatte, daß er die Feindschaft der preussischen Regierung und der preussischen Junker gegen das Reichstagswahlrecht wieder einmal gezeigt hat.

Im übrigen lehnte Herr v. Zeblich sowohl eine gerechte Neueinteilung der Wahlkreise als auch die geheime Wahl rundweg ab. Für die letztere wird nur eine verschwindende Minderheit seiner Fraktion eintreten.

Dem sozialdemokratischen Protest gegen diese Mißgeburt von Wahlreform, die die preussische Regierung dem Volk zu bieten wagt, wurde durch den Genossen Ströbel machtvoll Ausdruck verliehen. Er bewies zunächst rechnerisch, daß die übergroße Mehrheit des preussischen Volkes, nämlich weit über drei Viertel, hinter den Parteien stehen, die entweder die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen oder doch wenigstens, wie die Nationalliberalen, eine gründliche Umgestaltung des geltenden Wahlrechts fordern. Die Regierung aber gibt dem Volkswillen nicht nach, weil sie es nicht wagt, gegen die Junker aufzutreten. Das Gerede des Herrn v. Bethmann von den unheilvollen Wirkungen eines demokratischen Wahlrechts fertigte er treffend mit dem Hinweis auf Süddeutschland ab, dessen Kultur der preussischen weit überlegen ist, und wo für die Einzelhandelsfreie Wahlrechte bestehen. Dem Loblied des jetzigen fünften Kanzlers auf die Ueberlegenheit des preussischen Beamtentums konnte unser Redner ein Wort des ersten Kanzlers entgegensetzen, das mehr als drastisch die Gesetzesextreme der preussischen Bureaucratie „den natürlichsten Dreck von der Welt“ nannte. Ausführlich bewältigte sich Ströbel dann mit dem Wechselbalg selbst, den die Regierung als Wahlreform dem Abgeordnetenhaus unterbreitet hat. Die Vorlage hat den bisher für unmöglich gehaltenen Beweis geliefert, daß man das jetzt bestehende unanständige

Wahlrecht noch schlechter gestalten kann. Die jetzige Vorlage stellt keine Reform für, sondern nur eine solche gegen die Entrechteten dar. Zum Beweise hierfür konnte sich Ströbel auf Aeußerungen bis in die nationalliberale Presse hinein berufen. Dieser Selbstschändlichkeit der preussischen Regierung gegenüber vertrat Genosse Ströbel die immer gewaltiger werdenden Kulturforderungen des preussischen Proletariats, der unzähligen Millionen, die von der Bildung ausgeschlossen sind und sich die freie Schule erst erkämpfen wollen, die kein Stückchen preussischen Bodens ihr eigen nennen und die sich erst ihr Vaterland erobern müssen, um es auszugestalten zu einer wahren Heimat des ganzen Volkes. Ein Reich der Freiheit wollen sie aus dem rückständigsten deutschen Bundesstaat machen, und wenn man uns Terrorismus vorwirft, so üben wir ihn nur in verweigerter Notwehr gegenüber der Unmoral der öffentlichen Klassenwahl und nicht, wie die Junker, aus Freude am Terrorisieren und aus einem wahnsinnigen Machtgefühl, das sie eine veraltete und überholte Kastenordnung mit den brutalsten Machtmitteln aufrecht erhalten heißt. Im Dienste dieser Junker und ihrer häßlichen Interessenpolitik steht aber die Regierung der Krone Preußens, die durch ihr neuestes machtvollstes Attentat auf die winzigen Rechte der preussischen Proletarier ihre Zucht vor dem Volke deutlich zu erkennen gegeben hat. Wäre sie klug beraten, so würde sie weit von der kleinen, aber mächtigen Partei der eigentlichen Junker abrücken. Zum Kampf gegen die von dieser Handvoll Raubritter diktierten hundsstössigen Wahlrechtsreformvorlage rief Genosse Ströbel nicht nur die gesamte Arbeiterschaft, sondern das gesamte Bürgertum auf die Schanzen. Auch die im Reichstage schnapsverblödeten Polen sind durch ihre Brutalisierung in Preußen auf die Seite der entschiedenen Wahlrechtskämpfer gedrückt worden, und die Ausführungen des Abg. Korfanty waren ein Nachhall des rührenden Entzückungsturmes, der durch Ströbels Worte geweckt hatte.

Verhandlungsbericht.

19. Sitzung, Freitag, den 11. Februar 1910, vormittags 11 Uhr. Am Ministerische: v. Moltke, Beseler.

Die Tribünen sind überfüllt, die Besetzung des Hauses zeigt Lücken.

Herold (Zentr.): Unsere prinzipielle Stellung zum preussischen Wahlrecht ist unangetastet. Was das Reich im Reichstagswahlrecht gewährt, wird auf die Dauer auch den Einzelstaaten nicht vorenthalten werden können. (Sehr richtig! i. Zentr.) Von diesem Standpunkte kann die Vorlage nicht unsern Beifall finden. Das Reichstagswahlrecht hat sich durchaus bewährt, der Reichstag steht mit seinen Leistungen hinter keinem Parlamente zurück, auch nicht hinter dem Abgeordnetenhaus. (Sehr richtig! i. Z.) Der Reichstag hat das Bürgerliche Gesetzbuch geschaffen, die notwendigen Rüstungsausgaben bewilligt und die nationale Arbeit geschützt. Er hat noch mehr getan, er hat dem Reiche die notwendigen Einnahmequellen erschlossen. (Sehr richtig! i. Z.) Wenn wir für das Reichstagswahlrecht eintreten, so kann man uns nicht vorwerfen, wir wollten die Staatsautorität untergraben. Den Umsturz bekämpft man nicht dadurch, daß man seine Vertretung vom Parlament fernhält, sondern nur dadurch, daß man die sozialdemokratische Gesinnung in der Bevölkerung bekämpft. (Sehr richtig! i. Z.) Das geschieht am besten durch die Förderung eines positiven gläubigen Christentums. (Bravo! i. Zentr.)

Daß die Vorlage keine Neueinteilung der Wahlkreise bringt, halten wir für einen Vorzug. (Lautes Lachen links.) Berlin kommt zwar in seiner Einwohnerzahl, nicht aber im Flächeninhalt Ländern wie Württemberg und Hessen nahe. Berlin kann sich deshalb nicht mehr vermehren. (Zuruf links: Sie unter-schätzen uns! Sturm. Heiterkeit.) Prinzipiell sind wir nicht gegen die Neueinteilung, die uns auch jetzt eine ständige Vermehrung bringen würde. (Rufe links: Ja, na!) Wir halten sie aber zur Zeit nicht für notwendig. (Lachen links.)

Die Begründung der Vorlage ist außerordentlich dürftig. Darin, daß sie nicht einmal die geheime Wahl, welche von allen Bevölkerungsschichten schon lange gewünscht wird, enthält, erblickt ich den Mut der königlichen Staatsregierung. (Lachen im Zentr.) Die geheime Wahl ist aber notwendig, wenn die Wahl eine freie sein soll. Die Beeinflussung geht nicht nur von der Regierung aus, sondern auch von den Arbeitgebern, vor allem auch von den Sozialdemokraten. Nach seiner Überzeugung zu wählen, ist aber eine sittliche Pflicht. Und vor allem den Beamten ist das nur möglich bei der geheimen Wahl. Ich erinnere an Rattowitz. (Lebh. Zustimmung links und im Zentr.) Gerade diejenigen Kreise, welchen die Vorlage ein Vorrecht gewähren will, bestehen aus abhängigen Personen, aus Beamten und Zivilangestellten, die überhaupt erst etwas werden sollen. (Lebh. Zustimmung im Zentr. und links.)

Das Parlament soll den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen, nicht den der Regierung. An eine Volksvertretung die Summe zu stellen, abhängigen Personen ein plures Wahlrecht zu geben, ist wirklich ein starkes Stück. (Sehr richtig! im Zentr.) Ein unsern Anschauungen entsprechendes Wahlrecht werden wir in nächster Zeit in Preußen gewiß nicht erreichen. Um überhaupt eine Verbesserung darzustellen, bedarf der vorliegende Entwurf durchgreifender Veränderungen. Wir werden uns in der Kommission in dieser Richtung bemühen. (Lebh. Bravo! im Zentr.)

Minister des Innern v. Moltke: Die liberalen Redner von gestern und Herr Herold haben das geheime Wahlrecht gefordert. Nachdem der Ministerpräsident mit aller Entschiedenheit den Standpunkt der Staatsregierung in dieser Frage entwidelt hat, glaube ich

heute nicht näher darauf eingehen zu sollen. Dagegen veranlassen mich u. a. die Ausführungen des Abg. von Richthofen, jetzt das Wort zu ergreifen. Sie lassen erkennen, daß die direkte Wahl in seiner Fraktion auf Bedenken stößt. (Sehr richtig! rechts.) Ich will gerne zugeben, daß in ganz einfachen ländlichen Verhältnissen, wo kleine Leute fern von der Stadt und ohne enge Verkehrsverhältnisse wohnen, die indirekte Wahl durch den Vertrauensmann am Platze ist. Das sind aber heutzutage nur Ausnahmefälle. (Widerpruch rechts.) Die Wahlbeteiligung war unter der indirekten Wahl eine sehr geringe, sie hat wirklich kaum noch eine politische Bedeutung. (Sehr richtig! links und im Zentr. Widerpr. rechts.) Sie beeinträchtigt die selbständige politische Betätigung und ist eine höchst unumständliche Mobilität. (Unruhe rechts.) Durch ihren Wegfall

bleibt das Klassenwahlrecht unberührt, seine Wirkung wird auch ohne die Mittelpersonen zu erreichen sein.

Redner polemisiert gegen die Einwendungen des Abg. Träger gegen die Magimierung. Ueber den Punkt, wo sie einlegen soll, ließe sich selbstverständlich streiten, aber durch ein anderes Mittel sei die plutokratische Wirkung des Wahlrechts nicht zu mildern.

Unsere Vorschläge, die sich auf die Merkmale für das Ausrücken in eine höhere Klasse beziehen, sind als eine ungerechte Benachteiligung der Gewerbetreibenden hingestellt worden. Die Wirkung dieser Vorschläge wird überschätzt. Man übersieht, daß die wichtigste Grundlage nach wie vor die Steuerleistung bleibt. Der Abg. Herold sagte von den Zivilverjüngungsbedingten, das seien Leute, die erst etwas werden sollen. In Wirklichkeit haben sie aber durch eine lange Reihe von Jahren bereits etwas geleistet. (St. links.) Es ist nicht unsere Absicht, den Arbeiterstand in der dritten Klasse zu isolieren. Alle Abteilungen sind untereinander gleich und gleich gut. (Lautes Gelächter links.) Wer von Wählern erster oder dritter Qualität spricht, hat den Sinn des Dreiklassenwahlrechts nicht erfaßt. (Wiederh. Gelächter.) In der Kommission werden wir uns weiter über die Einzelheiten verständigen.

Hr. v. Zeblich (freikons.): Es ist wahr, daß ein stark demokratischer Zug durch unser Volk geht. Leider aber ist diese demokratische Bewegung zugleich antimonarchisch und gefährdet die Grundlage Preußens und des Reiches. Die Demokraten verunglimpfen Preußen in unerhörter Weise. Ich bin stolz darauf, ein Preuze zu sein. (Lebh. Beif. rechts.) Es ist nicht wahr, daß die starke Vertretung der Konservativen in diesem Volkshaushalt (anb. Gelächter links. Rufe: Ein Volkshaus?) von dem Wahlrecht herrührt, die stammt von der starken konservativen Strömung im Volke. Eine so starke und von einem so willensstarken Manne (Heiterkeit) geleitete Partei muß naturgemäß Einfluß auf die Regierung gewinnen. Aber der Einfluß darf nicht ein unmittelbarer werden. Gätten wir wirklich einen „ungekrönten König von Preußen“, so wäre das eine politische Gefahr. (Heiterk. links, Just. rechts.)

Die Reformbedürftigkeit des Wahlrechts erkennen wir an. Herr Herold hat ein Loblied auf das Reichstagswahlrecht gesungen. Aber viermal mußte im nationalen Interesse der Reichstag aufgelöst werden. Vielleicht wird bald einmal die Frage gestellt:

Reich oder Reichstagswahlrecht? (Lebh. Beifall rechts.) Zu einer allgemeinen Neueinteilung der Wahlkreise werden wir nicht schreiten können. Unsere gegenwärtige Wahlkreiseinteilung beruht auf kultureller und historischer Grundlage. (Sturm. Heiterkeit links.) Mißstände des Wahlrechts müssen allerdings beseitigt werden. Für die direkte Wahl hat der Ministerpräsident gute Gründe angeführt (Bethmann-Hollweg betritt den Saal), aber es sprechen auch starke Bedenken gegen die direkte Wahl, welche die Agitation fördert. (Sehr richtig! rechts.) Die Magimierung in der vorgeschlagenen Form ist ungerecht. Mindestens müßte man dann von der Dreiteilung nach Urwahlbezirken, die nur der Sozialdemokratie zugute kommt, absehen und nach Gemeinden dritten. Die Privilegierung der Gebildeten ist ein guter Gefanke; es sollten aber auch die Bauern und Gewerbetreibenden mit über 1800 Mark Einkommen privilegiert werden. (Abg. Liebknecht ruft: Und die Arbeiter?) Die Arbeiterinteressen sind im Reichstag so übermäßig vertreten, daß sie im preussischen Wahlrecht nicht noch einer besonderen Begünstigung bedürfen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Und nun die Frage, ob geheime oder öffentliche Wahl. (Lauter! lauter! Rufe links: Er geniert sich, große Heiterkeit.) Die Mehrheit meiner Freunde steht auf dem Boden der öffentlichen Wahl, obwohl sie der Sozialdemokratie günstiger ist als die geheime. Etwas Positives wird bei dieser Vorlage nur auf der Grundlage der öffentlichen Wahl herauskommen. (Lebh. Zustimmung rechts, Unruhe links.) Auch wenn sie hier beschlossen würde, würde die öffentliche geheime Wahl doch am Herrenhaushalt scheitern. (Rufe links: Abwarten!) Die Sache wird mit der öffentlichen Stimmabgabe gemacht oder sie wird nicht gemacht. (Rufe links: nie!) Das sollten Sie (nach links) sich bei Ihrer endgültigen Stellungnahme vor Augen halten. Eine Minderheit meiner Freunde ist für die geheime Wahl. Aber auch die Mehrheit unserer Fraktion sieht es als Ehrenpflicht an, den gewerblichen Mittelstand in den Städten das Wahlrecht durch die öffentliche Wahl nicht verkrüppeln zu lassen. Es ist eine schwere Aufgabe, aber sie muß versucht werden. (Lebh. Beifall rechts, Zischen, Lachen links.)

Ströbel (Soz.): Als wir Sozialdemokraten gestern dem Ministerpräsidenten den unerwarteten Empfang bereiteten, da glaubten wir, daß auch andere Parteien in unseren Protest einstimmen würden. Wir glaubten das, weil die Wahlrechtsvorlage nicht nur eine Provokation der Sozialdemokratie bedeutet, sondern eine ungeheuerliche Provokation des ganzen preussischen Volkes. (Lebh. Zu-

Das Dreiklassenwahlrecht ist ein System, bei dem die Wähler in drei Klassen eingeteilt werden, basierend auf ihrem Vermögen. Die erste Klasse besteht aus den reichsten Wählern, die zweite aus den Mittelschichten und die dritte aus den ärmsten. Jede Klasse wählt eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten, wobei die erste Klasse einen überproportionalen Einfluss hat.

bebauert, das
itten, und dann
Französischen
und kann auch
agen. Nun bil-
biligkeitsstelle
ist spottet er über
Wag von Bil-
vermöcht hat
er mit seiner
ktion gegenüber,
sch gebildete be-
vollständig mit
und überhaupt
alle wahrhaftig
n. Ein kleiner
n, aber das ist
onomisiert, das
hischen Varia-
en Soz.) Der
gen doch einmal
erscheinen und
berer politischer
hmann sprechen
fünftige und um
den Erfolge,
n wahrscheinlich
star empfohlen.
ist man schon
Dabei haben
t, die angeblich
t nicht
stridung auf.
ht konervative
rone ist unter
es unter Ver-
hört! hört! bei
Vegehung
en Soz.) So
en bis in die
n haben dann
on. Im bori-
demokraten
aber im Zir-
Die Krone
en der Junker
berleitung für
Junkerpolitik.
ische Geschichte
mütigung des
war auf Nat-
ke eine Ver-
n Junker, die
n und veran-
zu bewilligen.
e nicht erzie-
er. Aber die
nfer als. Als
luste, als die
der erste ab-
en, dem Volke
Barrikaden-
für die große
ung bedeutet,
schen worden.
tem, von dem
asse der Be-
nicht mehr
mögliche der
gegen die
n gestanden,
erale hinein
s armenigen
s sei.
ung aufrecht
s Verlegen-
nuntst gleich-
so, das die
recht wie die
erteilung der
er Größe des
verfügt. Der
rückstand.
sehen. Ach,
t mehr aus-
Vermögen.
nennen oder
chen. Nicht
uch der Ge-
Hypotheken-
den sich im
er, die der
Reihegen
eigentlich
Schutz-
Flotte auf.
haben 30
ist das den
deutschen
Kapitalisten
Der Unter-
anprüchen
r, in Wirk-
liche Leiter
verdien, und
der alte
Krupp als
st sich um
en, so ist
ren ihnen.
die Soaten
nicht im
die Hände.
die sollen
es eine
er als 118
das unge-
den kann.
um-richer
gte: Ich
erhaltung,
und als
nicht bloß
a was zu
auch die
reilassen-
nberbings.

das Dreiklassenwahlrecht in bestimmter Weise mit dem Wahlrecht verknüpft. Er scheint auch der Vater des Gedanken der Privilegierung der Unteroffiziere zu sein. Durch solche Ausführungen, wie sie Herr Schmieding in der „National-Zeitung“ dazu gemacht hat, predigt er selbst in aufreizender Form den Klassenkampf. (Sehr gut! b. d. Soz.) Nun wird in der Vorlage behauptet, daß die Klassenverhältnisse gewissermaßen in der Natur begründet seien. Das ist ja eine wunderbare Auffassung der Geschichte, daß die Klassenverhältnisse ewig und das ewig auch mit der Massenausbeutung Masseneutregung verbunden sein müsse. Das soll von der Natur begründet und von Gott gewollt sein! Da muß ich denn doch sagen, daß eine ärgere Blasphemie gar nicht ausgesprochen werden kann. Das ist geradezu Gotteslästerung. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sie tun sich ja so viel zugute auf Ihr Christentum. Aber eine ärgere Gotteslästerung kann nicht ausgesprochen werden als die, daß durch die von der Unmacht begründete Ordnung der Dinge ewig der Zustand der Knechtung der Massen aufrecht erhalten werden müsse. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Wir sind keine solchen Gotteslästerer, wir meinen, daß die Klassenverhältnisse, Klassenrechte und Unterdrückungen Folgen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind. Wir wollen das Wohl der Gesamtheit fördern und deshalb treten wir ein für die Beseitigung aller Privilegien. Das Dreiklassenwahlrecht ist aufgebaut auf Besitzunterschiede. Diese Besitzunterschiede müssen beseitigt werden. In Preußen gibt es 104 000 Junker mit einem Einkommen von mehr als 5000 Mk. Diese 104 000 Junker haben zusammen ein Einkommen von 3 130 Millionen Mk. Das macht pro Kopf ein Einkommen von 30 000 Mk. 1903 gab es nur 80 000 solcher Junker, die nur 2 268 Millionen Mark Einkommen hatten, was pro Kopf 28 000 Mk. ausmacht. Diese Zahlen sind sehr interessant, sie beweisen, daß die Reichen immer reicher werden. Sie sind wirtschaftlich übermächtig und bedürfen des Schutzes durch das Dreiklassenwahlrecht nicht. Wohl aber bedürfen die Massen, denn aus ihrem Schweigen gehen die Reichen das Gold. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch die Zahl der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von mehr als 500 Mk. hat sich stark vermehrt. Aber diese Tatsache beweist gar nichts. Die Lebensmittelpreise sind in einem Maße gestiegen, daß heute ein Einkommen von 1200 Mk. nicht mehr ist, als vor mehreren Jahren ein Einkommen von 500 Mk. Dazu kommt, daß die Zahl der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von mehr als 900 Mk. deshalb zu gewachsen ist, weil für die Arbeitgeber die Steuerbemessungsgrundlage für ihre Arbeiter eingeführt ist. Wir haben ja kürzlich sehr interessante Auseinandersetzungen über Steuerhinterziehung gehabt. Professor Hans Delbrück behauptet, daß von den bestehenden ungeheuren Summen hinterzogen werden. Die liberale Presse wirft das den Agrariern vor, die konervative Presse dem mobilen Kapital. Ich glaube, beide haben recht. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Sehr interessant sind auch die Zahlen der Vermögenssteuer. Wir haben in Preußen 1 1/2 Millionen Junker, die ein Vermögen von 91 Milliarden besitzen. Davon haben 144 000, also knapp 10 Proz., ein Einkommen von 55 Milliarden, also 20 Proz., besitzen 67 Milliarden. Die Masse des Mittelstandes besitzt nur 24 Milliarden von insgesamt 91 Milliarden. Wir sehen, das Vermögen der Reichen, der Millionäre, ist gewachsen. Das sind geradezu aufsteigende Zahlen und deshalb müssen sie hier im Reichstagshaus erwähnt werden. Seit 1895 hat sich das Vermögen der Millionäre von 13 auf 26 1/2 Milliarden erhöht. Jeder einzelne Millionär hat seit 1895 sein Vermögen durchschnittlich um eine Million vermehrt. (Hört! hört! bei den Soz.) Das Geld vermehrt sich nicht von selbst, sondern die neuen Werte werden geschaffen. Aber nicht von der Arbeit der Millionäre, sondern vom Volk und die Milliarden sind daher aus den Taschen des arbeitenden Volkes herausgeholt worden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ein Wahlrecht, das den Besitz begünstigt, verstärkt und befördert die ungeheuerliche Volksausplünderung. Nun wird immer gesagt, den Arbeitern gehe es nicht schlecht, das beweisen die Sparassenzinlagen. Nach der neuesten Statistik bezifferten sich diese Einlagen 1903 auf 9573 Millionen Mark. Das ist schon relativ sehr wenig gegenüber den 91 Milliarden, die der Besitz allein nennt. Und diese Summe entfällt auf mehr als 10 Millionen Sparassenzinhaber. Auf die Junker mit einer Einlage bis zu 600 Mk. — das sind die Junker des Mittelstandes und des Proletariats — entfällt nur die Summe von 1866 Millionen, während auf die höheren Einlagen der übrige Teil entfällt. (Hört! hört! b. d. Soz.) Wenn wir auch die Junker bis zu 1500 Mark Einlagen hinzurechnen, dann entfällt auf alle diese zusammen nur ein Betrag von 3641 Millionen von den gesamten 9573 Millionen. Die Sparassenzinlagen beweisen also nicht, daß das Vermögen des Volkes erheblich ist. Im Gegenteil, auch der größte Teil der Sparassenzinlagen ist Eigentum der besitzenden Klassen. Die Statistik beweist auch, daß das Proletariat am aller-schwersten unter der letzten wirtschaftlichen Krise gelitten hat, denn da die Einlagen 1903 nur 162 Millionen betragen haben, dagegen die Reineinkünfte 3000 Mark allein mehr als 250 Millionen, so beweist das, daß von den Wohlbesitzenden mehr abgezogen worden ist, als neu eingelegt werden konnte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Welche Seite gehört dazu, angehängt solcher Tatsachen noch für ein Geldwahlrecht einzutreten? (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nur der tut das, der Millionäre gegährt haben will, nur der, welcher eine reiche Schmarotzerklasse machen will auf Kosten der Volksmehrheit. Wir werden das auch brauchen im Lande recht kräftig sagen, damit die Parteien sich in der Kommission durch den Volksunwillen beeinflussen lassen. — Eine kleine winzige Besserung soll durch die Maximierung eingeführt werden. Aber diese Schwächen der Minorität stellt nur die Beseitigung eines Schandheitsfehlers dar. An dem unerbörten Zustand wird auch nicht das Aller-mindeste geändert. Die Regierung behauptet, der Mittelstand läge größtenteils in der zweiten Klasse. Ja, wenn Einkommen von 4—5000 Mark und von 6—10 000 Mark als Durchschnittsmittelstandseinkommen gelten sollen, wenn man den Mittelstand im Zylinder und roten Glases für den wirklichen Mittelstand halten will, dann mag man recht haben. Aber die Unmasse der kleinen Handwerker, Geschäftsleute und der kleinen Bauern wird auch in Zukunft trotz der Maximierung in der dritten Klasse wählen. — Auch die ichige Wahlkreiseinteilung mit ihrem ganz unerhörten Unfug soll beibehalten werden. Das hat die Statistik offen bewiesen. Trotzdem hat der Vertreter des Zentrums diese Wahlkreiseinteilung als richtig bezeichnet. Aber als im vorigen Jahre über die Neueinteilung hier abgestimmt wurde, haben sich schon fünf Zentrumsabgeordnete gemeldet, für die Beibehaltung der Wahlkreiseinteilung zu stimmen. Wir werden dafür sorgen, daß die Wahl dieser Abgeordneten sich vermehrt. Aber das wollen wir doch nicht, daß das Zentrum auch jetzt wieder für dieses ungeheuerliche Unrecht eingetreten ist, das der großen Masse der städtischen und industriellen Bevölkerung angehängt wird. In 20 Wahlkreisen wählen in der ersten Gruppe 3 000 und in der zweiten nur 8 700 Wähler. einen Abgeordneten. Vergleichen wir den Kreis Rixdorf-Schöneberg mit Schrimm-Schöden-Trechen oder Kr. Solland-Mohrungen, so finden wir, daß dort 87 000 Wähler, in jenen Landkreisen dagegen 8700 Wähler einen Abgeordneten wählen. Will das Zentrum etwa behaupten, die Wähler in Kr. Solland seien zehnmal intelligenter, ständen moralisch zehnmal höher, als die Wähler von Schödenberg-Rixdorf? Das Zentrum will die historische Entwicklung verdrängen. (Sehr richtig! rechts.) Das wollen wir auch, aber nicht nur die der Vergangenheit, sondern die lebendige Entwicklung der Gegenwart. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Abg. Derold brachte dann noch ein recht schnuriges Argument vor. Er sagte: Wir haben in Ostpreußen eine viel größere Bodenfläche als in Berlin. Es ist doch nicht die Bodenfläche,

der das Wahlrecht verleiht wird (Sehr gut! und Heiterkeit links), sondern es sind die Wähler, die zu wählen haben. Das Herr d. Reiblich ein Freund dieser Wahlkreiseinteilung ist, verteidigt von selbst. Er vertritt ja eine sehr große Partei: ganze 63 000 Wähler haben 60 freikonserervative Abgeordnete, während 600 000 sozialdemokratische Wähler nur 6 Abgeordnete hierher senden! Die sehr durch die Wahlkreisgeometrie das Votum der Wähler verfälcht wird, zeigen uns die Zahlen solcher Bezirke wie Schroda. Dort hat jeder Wähler der ersten Klasse 150mal so viel Wahlrecht, als ein Berliner Wähler dritter Klasse. Nach einer Berechnung, die ich angestellt habe, ergibt sich, daß hinter jedem freikonserватiven Abgeordneten 13 000 Urwähler stehen, hinter jedem konservativen 15 000, hinter jedem Zentrumsabgeordneten 19 000, hinter jedem nationalliberalen 20 000, hinter jedem freisinnigen 28 000 und hinter jedem der sieben sozialdemokratischen Abgeordneten, die damals gewählt waren, 40 000 Urwähler. Die Konservativen haben also lediglich durch die Einteilung der Wahlkreise doppelt so viel Wahlrecht als die Freisinnigen und dreimal so viel als die Sozialdemokraten. Das ist natürlich ein Zustand, von dem Sie (nach rechts) wünschen, daß er möglichst lange konserviert wird. Trotz dieses Wunsches fasse ich mein Urteil über dies Wahlrecht und diese Wahlkreiseinteilung dahin zusammen, daß es etwas Dämmeres und etwas Unberührendes überhaupt nicht geben kann. (Lebhafteste Zustimmung b. d. Soz.) Da muß man schon auf dem Standpunkt des pommerischen Junkers Thaddeus-Triglaß stehen, der 1848 bei einer Wahlrechtsdebatte gesagt hat: Er könne ein Grundprinzip nicht anerkennen, nach dem etwa auf 10 000 Pfund Menschenfleisch inkl. Knochen noch ein Wahlmann kommt, und vielleicht 40 000 Pfund Menschenfleisch einen Abgeordneten stellen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dieses unerhörte sinnliche Wort ist außerordentlich charakteristisch für den Standpunkt der Anhänger dieser Wahlkreiseinteilung. Für die Anhänger des Dreiklassenwahlrechts und der Wahlkreiseinteilung ist das Volk also nicht eine Summe von Menschen, nicht eine Summe von Persönlichkeiten mit differenzierteren Seelen- und Geistesleben, sondern ein Quantum Menschenfleisch; und nicht nach der Größe dieses Quantums Menschenfleisch soll das Wahlrecht verteilt werden, sondern etwa nach dem Quantum von Schweine- und Ochsenfleisch, das in den agrarischen Bezirken vorhanden ist. (Lachen rechts.) Das ist das lausige Ergebnis; es gehört eine geradezu kanibalische Verachtung des menschlichen Seelenlebens und des menschlichen Geistes zu einem solchen Standpunkt. Allerdings, das Gehirn spielt ja keine große Rolle bei den Konservativen (Lachen rechts), es genügt bei ihnen keine große Achtung. Die Lächer mögen im Reizitellon der „Deutschen Tageszeitung“ folgende junkerliche Selbstcharakteristik nachlesen, die dort vor einigen Tagen stand: „Kunst und Wissenschaft — natürlich, sie sind schon von Wert; aber wir haben davon reichlich, beinahe zu viel.“ Das ist Ihre (nach rechts) Verjährung von Kunst und Wissenschaft.

Nicht rechtfertigt also die Unausleichheit der Wahlkreise. Den Landbesitzern soll das gleiche Recht nicht verweigert werden. Wir Sozialdemokraten sind wahrhaftig nicht bauerneidisch, wohl aber die Herren Konservativen, die die Masse der Kleinbauern, der Kärner, der Köstler in die dritte Klasse hineinbringen wollen, während sie selbst als Grundbesitzer in der ersten Klasse wählen. Aber das Land darf an und für sich nicht mehr Wahlrecht beanspruchen als die Stadt. Die Bauernsöhne, die in die Industriebezirke abwandern müssen, werden in dem Augenblick entrechtet, wo sie Industriearbeiter werden. Das ist doch absurd. Ich erwarte vom Zentrum, daß es seinen Widerstand gegen die Neueinteilung der Wahlkreise aufgeben wird. Um so schlimmer für das Zentrum, wenn es hier versagt. Die Kommission muß von Grund auf neue Arbeit machen. Wenn dadurch der Regierung die Vorlage unannehmbar werden sollte — ach, das schadet nichts, dann fällt eben die Vorlage, und dann sorgen wir dafür — hoffentlich nicht nur wir Sozialdemokraten, sondern auch die Freisinnigen und das Zentrum —, durch Erregung eines Volkssturmes (Gelächter rechts) — Ihr Lachen zeigt nur, wie Sie die Massen verachten —, daß die Regierung genötigt wird, recht bald eine ganz andere Wahlvorlage einzubringen. Was für ein Verbesserungsbietet, ist gänzlich unzulänglich. Die Maximierung kommt für die Massen der Arbeiter ja gar nicht in Betracht; sie ist, beiichte besetzen, nur eine Konzeption an die Besitzenden. Wüßten wir ja den wunderbaren Zustand, daß auch Witwen und Geschwinder gelegentlich in der dritten Klasse wählen. Es ist vorgekommen, daß ein Vordellbesitzer in der ersten und der Generalintendant in der zweiten oder dritten Klasse wählte. (Hört, hört! links.) Das sind die Folgen dieses Wahlrechts. Der Geheimrat und der Generalintendant sollen ja nun aus der dritten Klasse herausgehoben werden, aber die großen Massen der Wähler bleiben rechtslos. Die Maximierung bedeutet sicher eine Verkleinerung des Wahlrechts für die Freisinnigen und Nationalliberalen zu Gunsten des Zentrums und der Konservativen. Aber davon, daß eine Partei einen Vorteil oder einen Nachteil vom Wahlrecht hat, darf man doch keine Stellungnahme zum Wahlrecht überhaupt nicht abhängig machen. Der Freisinn sollte mit allem Nachdruck für das völlig gleiche Wahlrecht eintreten, und es wäre gut gewesen, wenn er das längst mit einem viel höheren Nachdruck getan hätte. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es wäre sehr sonderbar, wenn der Freisinn und die Nationalliberalen sich auch gegen die Verbechtelung der Drittelung nach Wahlkreisen wenden wollten. Die Forderung der Drittelung nach Wahlkreisen und Gemeinden kann nur derjenige erheben, der das Prinzip der Verleihung des Wahlrechts nach der Größe des Geldsacks anerkennt. Der Freisinn darf gegen die Drittelung nach Wahlkreisen nicht kämpfen, weil sie wenigstens relativ das Proletariat begünstigt. In Berlin haben wir nur deshalb sechs Mandate erheben können, weil wir auch 22 000 Wähler in der zweiten Abteilung hatten. Eine Drittelung nach Wahlkreisen oder über die ganze Gemeinde wäre eine unerhörte Verkleinerung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Eine weitere Änderung des Wahlrechts ist die Verleihung des Privilegs an die Widur. Auch diese Änderungen müßten vom Zentrum und von der ganzen Linken abgelehnt werden, denn sie beseitigen nicht Vorrechte, sondern schaffen neue Vorrechte. Durch solche Fiktionen wird das skandalöse Unrecht des Dreiklassenwahlrechts nicht beseitigt, sondern gesäubert und verewigt. Treten die Nationalliberalen und die Freisinnigen trotzdem für die Schaffung neuer Privilegien ein, so werden wir das mit aller Schärfe draußen im Lande brandmarken. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Bevorratung der Bildung ist nur ein Privileg des Besitzes. Nur der kann eine höhere Schule besuchen, der in der Wahl seiner Eltern vorsichtig gewesen ist. Wenn in Berlin zehn Prozent der Plätze für Kinder aus armen Verhältnissen freigehalten werden, so beweist das gar nichts. Die höheren Schulen bleiben Klassenschulen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Dazu kommt: die wirklich höhere Bildung bedarf sich nicht mit der Bildung, die auf unseren höheren Schulen erworben ist. Gerade die politische Bildung ist in den Kreisen der sogenannten Gebildeten in viel geringerem Maße anzutreffen, als bei der Arbeiterklasse. Das haben auch einhellige Liberale anerkannt. Das Tollste und Groteskeste an der Vorlage ist das Unteroffizier-Privilegium. Es wäre wirklich jammerschade gewesen, wenn die Verfasser der Vorlage sich diesen tollen Einfall verkniffen hätten. Der Rekrutendirektor gilt unserer Regierung mehr als der fleißige Mann der ehrlichen Arbeit. (Sehr gut! b. d. Soz.) Das Unteroffizierprivileg wird ja wahrscheinlich fallen. Aber dieser Vorstoß zeigt auch dem Vernünftigen, wie die Regierung über das Volk denkt. Die Regierung will sich offenbar eine Prätorianergarde

privileg für die Streikbrecher einflößen, oder die Wäre es, wenn man den ehemaligen Unteroffizier in die erste Klasse avancieren ließe, der wegen Soldatenmishandlungen bestraft ist. (Sehr gut! b. d. Soz. Lachen rechts.) Die öffentliche Abstimmung mit ihrem Terrorismus, mit ihrem schmachvollen Gefinnungszwang soll nach wie vor zu reaktionären Wahlen verhelfen.

Wir haben in Preußen 800 000 abhängige Beamte und Staatsarbeiter und die werden durch die Duzatel der öffentlichen Abstimmung verhindert, so zu stimmen, wie sie wollen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nun hat es sich die „Vossische Zeitung“ nicht verkneifen können, vom Terror der Sozialdemokratie zu sprechen. Sie wirft uns vor, daß wir dem Freisinn in den Rücken fallen. (Lachen b. d. Soz.)

Auch der Ministerpräsident sprach vom Terror der Arbeiter. So, kann man es denn dem Arbeiter verdenken, wenn er als Käufer seine Groschen nicht zu dem Mann trägt, der bei der öffentlichen Abstimmung gegen die Interessen der Konsumenten gestimmt hat? (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Arbeiter müßte ja geradezu ein siebenfach gehörter Esel sein, wenn er so etwas machen wollte. Das wird er auch in Zukunft nicht tun. Wir möchten den Terror beseitigen, wir möchten auch nicht, daß die Geschäftsleute abhängig sind; aber so lange dieses öffentliche Wahlrecht besteht, werden Sie es den Arbeitern nicht verdenken können, wenn sie so handeln, wie es ja gerade das öffentliche Wahlrecht will. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Ministerpräsident hat auch gar keine Ursache, sich gerade über die Sozialdemokraten und ihren Terror zu enträsten. Diese Abhängigkeit der Geschäftsleute von der Arbeiterschaft ist doch offenbar auch eine „von Gott gewollte Abhängigkeit“, für die er eine Lange gebrochen hat. Der von der Sozialdemokratie feinergeit vererbte Terror war eine gebotene und in ihren Missionen durchaus hochmoralische Abwehraktion. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sie hat auch gewirkt, sie hat mehr gewirkt, als die platonischen Forderungen, die jahrzehntlang der Freisinn erhoben hat. Denn daß jetzt die Nationalliberalen für die geheime Abstimmung eintreten und auch einige freikonservativen, das ist dem Vorgehen, dem Nachschalt der sozialdemokratischen Arbeiter zu danken. Der Abgeordnete Reiblich will auf dem Lande die öffentliche Abstimmung beseitigen lassen, aber für die Städte die geheime Abstimmung einführen. Also die Junker sollen Terrorismus üben können, aber den Arbeitern sollen auch in dieser Beziehung die Hände gebunden werden. Und wie Terrorismus geübt wird von der rechten Seite, das beweisen zwei Fälle, die ich nur kurz erwähnen will. Als im Jahre 1903 bei den Landtagswahlen die Stadt Goslar in ihrer Mehrheit nationalliberal gestimmt hatte, da wurde vom Bund der Landwirte der Postort über die Geschäftsleute der Stadt Goslar verhängt. Und als im vorigen Jahre in Northeim ein nationalliberaler Wahlverein gegründet worden war, da verhängten die Junker wiederum den Postort über alle Geschäftsleute und abhängige Existenzen, welche diesem nationalliberalen Verein beigetreten waren. (Hört! hört! links.) So üben Sie Terror! Und dann wagen Sie es, über sozialdemokratischen Terror sich zu enträsten! Beseitigen Sie die öffentliche Abstimmung, dann beseitigen Sie den Terror. Solange das nicht geschieht, wird die Arbeiterklasse sich einfach zur Wehr setzen. Die Regierung bringt dann noch folgendes tolle Argument für die öffentliche Abstimmung: In der ersten Klasse, wo doch nur wenige Personen wählen, würde das Wahlgeheimnis doch nicht gesichert werden. Die reichen Leute, die Millionäre, die höchsten Beamten, welche Nachteile hätten denn die davon zu befürchten, wenn man wirklich erfährt, wie sie gestimmt haben, es sei denn, daß einige von ihnen sozialdemokratisch gestimmt hätten? Aber dann werden doch nicht wir Terror üben, dann würde die Regierung Terror üben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Noch ein Argument, das eigentlich parlamentarisch nicht qualifizierbar ist. In der Begründung heißt es: gegen böswillige Verleumdungen des Wahlgeheimnisses und gegen terroristische Beeinflussungen der Wähler schützt auch die geheime Wahl erfahrungsgemäß nicht. Das mag dieselbe Regierung zu schreiben, die sich mit Händen und Füßen — natürlich nach den Wünschen und Befehlen der Junker — dagegen sträubt, daß endlich zur Sicherung des Wahlgeheimnisses allgemein Wahlordnungen eingeführt werden. Gerade die Junker, die Herren auf dem Lande sind es ja, welche Biergläser, Zigarettenlisten, Suppenterrinen und ähnliche Gegenstände benutzen. Es werden die Wahlwerter der Reiche nach hingelegt und der Reiche nach geöffnet. Da Buch geführt ist, wie abgestimmt worden ist, kann man daraus ganz genau entnehmen, wie auf dem Lande abgestimmt wird. So wird auf dem Lande erfahrungsgemäß von den Herren von der Rechten der ungenügende Terrorismus ausgeübt, und die Regierung, die das ganz genau weiß und dies System stützt und fördert, mag es, einen solchen Satz in die Begründung hineinzunehmen. Die Vorlage ist von A bis Z in allen Details geradezu eine Verleumdung des gefundenen Menschenverstandes, eine einzige Provokation des Volkes. (Lebhafteste Zustimmung bei den Soz.) Wir raten nicht nur den Parteien, sondern auch der Regierung und auch der Krone, die Vorlage gänzlich umzugestalten.

Politische und soziale Klassenherrschaft dauert nicht ewig. Das beweist die Geschichte der Herren von der Rechten. Wieviel haben die Junker nicht aufgeben müssen! Sie haben das Recht aufgeben müssen, als Raubritter die Kaufleute zu überfallen. (Weiterkeit rechts.) Sie machen es jetzt ja viel besser durch die Fülle. Sie haben sich der Fürstenmacht beugen müssen. Der berühmte Historiker Gustav Freytag illustrierte die Junker damals folgendermaßen: „Sie waren Lumpen, bei aller Majestät ohne festen Mut, sie wurden allgemein für eine Landplage gehalten und mit Schmeißfliegen verglichen, aber sie waren bei alledem hochmütig, durchaus aristokratisch gefinnte Wesen.“ (Weiterkeit.) Und weiter sagt Gustav Freytag: „Es war die Zeit, wo die adeliche Mutter ihre Tochter selbst mit Freuden in die Arme eines lieblichen Fürsten führte und wo der Hofmann die Gattin dem Fürsten gegen Bezahlung überließ.“ (Weiterkeit.) Die Junker haben auch die Leibeigenschaft aufgeben müssen, einen Zustand, den selbst Graf zu Dohna dahin kennzeichnet, daß aus den Fenstern des herrschaftlichen Schlosses Jubel und Becherklang ertönte und unter den Fenstern der Spott des Frohnvogts schwirrte. So werden die Junker auch weitere Privilegien preisgeben müssen.

Das Volk läßt sich solche Knechtung auf die Dauer nicht gefallen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es wird seine Mündigerklärung vom Parlament, von der Regierung und von der Krone verlangen. Andere Regierungen sind ja auch so klug gewesen, zum Beispiel Oesterreich. Kaiser Franz Josef erklärte, daß die Regierung nicht nur verpflichtet sei, auf die großen Zeitströmungen zu achten, sie sei auch den Völkern verantwortlich; durch die Wahlreform werde dem Gebote der Gerechtigkeit entsprochen. Wei uns bringt man dem Volke kein Vertrauen entgegen. Bei uns begegnet man dem Volke auch seitens der Krone mit feindseligem Mißtrauen.

Vizepräsident Dr. Kranke: Herr Abg. Ströbel, diese Verlegung der Ehrfurcht vor dem Könige ist auch eine Verletzung der Ordnung dieses Hauses. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Ströbel (fortfahrend): Durch die Vorlage wird nach wie vor die Masse des Volkes mit getriebenen Händen den Junkern preisgegeben. Auch in Deutschland ist Preußen mit seinem reaktionären Wahlrecht ja vollständig isoliert und auch deutsche Fürsten selbst erkennen die Notwendigkeit des allgemeinen und gleichen Wahlrechts auch für die Bundesstaaten an, so Ludwig von Bayern, der bayerische Thronfolger. Er hat ausgerufen: Seiner Anschauung nach sei die geheime Wahl ein Schand der Schwachen gegen die Starken. (Hört! hört! b. d. Soz.) Es gäbe gewissenlose Menschen genug, die ihre Untergebenen zwingen, ganz anders zu wählen, als diese wählen möchten. (Hört! hört! b. d. Soz.) Diese Schanden auch nicht davor zurück, ihre Untergebenen nur wegen einer nicht genehmigten Stimmabgabe aus dem Dienste zu entlassen. (Hört! hört! b. d. Soz.)

Die verführtesten Wahlssysteme gaben kein getrautes Bild von der Gesinnung der gesamten Bevölkerung, wenn nicht ein gleiches und allgemeines Wahlrecht vorhanden wäre. (Hört, hört! bei den Sozialisten.) Das sprach der bayerische Thronfolger, und die Dynastie seines deutschen Staates sollte durch ihr Verhalten Vergleiche mit dem Verhalten der bayerischen Dynastie heraufbeschwören. Das könnte noch einmal für sie verhängnisvoll werden. Es ist eine ganz unsäglich verblende Aufzählung, wie sie Graf Posadowsky früher und Herr von Bethmann gestern vertreten hat, daß die preussische Dynastie, dieses wunderbare Gebilde, eine der wunderbarsten, welche die Geschichte kennt, um mit dem Grafen Posadowsky zu sprechen, seinen ausgesprochenen Gegnern nicht sans phrase ausgeliefert werden soll.

Ich würde es mir tausendmal überlegen, durch solche Ausführungen die Monarchie derartig zu diskreditieren. Eine Diskreditierung ist es, wenn man die Krone mit der Volksmehrheit in Gegensatz bringt, wenn man den König gewissermaßen als ersten Junker hinstellt, als Kollegen des Junkers von Oldenburg. Das ist eine Beleidigung, deren sich ein Minister nicht schuldig machen sollte. Die Krone und alle, die da meinen, die große Masse des Volkes müsse Zutrauen zu ihr haben, müssen erst einmal der großen Masse durch die Tat beweisen, daß sie Zutrauen zu ihnen hegen kann. Einstweilen aber beweisen sie das jüde Gegenteil. Hr. von Richthofen behauptete, daß die Sozialdemokratie nicht die Vertreterin der Kultur wäre, aber die Konservativen, das wären die Vertreter des Christentums. Ich habe ja das schon illustriert. Aber ich muß es noch einmal kurz und bündig aussprechen: die Sozialdemokratie hat allen Anspruch darauf, als Trägerin der Kultur angesehen zu werden. (Sehr richtig! links. Lachen rechts.) Sie hat sich um die Volksbildung ungeheure Verdienste erworben. (Sehr richtig! links.) Was von jedem ehrlichen Gegner anerkannt werden sollte. (Erneutes sehr richtig! links.) Sie hat freie Volkshochschulen und Kunstinstitute aller Art geschaffen. (Zuruf rechts.) Allerdings bedenken sich unsere Auffassungen nicht mit denen der Junker. Goethe, Schiller, Herbar Hauptmann und Ibsen würden sich bedanken, zu den Junkern gezählt zu werden. Wir haben auch musikalische Kunststube geschaffen. Sie werden doch nicht meinen, daß man dadurch die Krone zum Wadeln bringen könnte. Diese Bildungsanstalten sind gar nicht von politischen Erwägungen ausgegangen. Wir sind auch jederzeit mit großer Energie für die Verbesserung der Volksschule eingetreten, weil wir meinen, daß das Volk nicht nur ein Recht auf genügende materielle Existenz hat, sondern auch das Recht, sich zur Sonnenhöhe der Kultur emporzuheben. (Lachen rechts.) Aber solange das Volk durch die Schmach des Dreiklassenwahlrechts im materiellen Elend erhalten wird, solange wird es in einem kulturwidrigen Zustand erhalten bleiben.

Wir besitzen auch nationalen Sinn, soviel wie nur irgend einer von Ihnen. (Lachen rechts.) Es ist ein Beweis für die Gesundheit unseres nationalen Sinnes, daß wir für die Hebung der großen Masse eintreten. (Sehr richtig! bei den Sozialisten.) Die Nation sind nicht die 60000 konservativen Wähler, auch nicht die Herren vom Zentrum, die National-liberalen und Freisinnigen, nein, die Nation sind die große Masse des Volkes, die sich aus den Arbeiterschichten zusammensetzt. Wenn wir also für deren Hebung eintreten, so handeln wir so, wie es der Nation zur Ehre gereicht. Auch Sie (nach rechts) sollten sich etwas von diesem nationalen Pflichtgefühl aneignen. (Lachen rechts.) Wir lieben unser Vaterland, wenigstens es sich noch zum großen Teil im Besitze der Junker befindet, und wenn auch das Eigentum des Arbeiters am deutschen Lande nach einem Worte Adolf Hoffmanns, der hoffentlich bald wieder unser Kollege sein wird (stilles Bravo! rechts), in den Bümentöpfen vor seinem Fenster besteht.

Dennoch lieben wir unser Vaterland, wenn wir die Wälder durchstreifen und die Gipfel der Riesern und Buchen über uns rauschen hören. (Hört, hört!) Das ist unser deutsches Vaterland, das wir dem Volke erobern wollen. Das das aber nötig ist, ist unsäglich traurig und beleuchtet so recht Ihren (nach rechts) nationalen Sinn (Lachen rechts). Deshalb wollen wir auch das Wahlrecht ändern. — Höchst wahrscheinlich wird ja das Unteroffiziersprivilegium fallen. Aber selbst wenn wir ein Wahlrecht erhielten, das nicht dieses Privilegium einschließt und das auch die geheime Abstimmung vorsieht, — ja, was wäre uns damit gegeben? Sogar der konservative Professor Delbrück hätte ein solches Wahlrecht nicht als eine Abstraktion angesehen. Sie (zu d. Rechten) werden sich doch wohl an Realismus und Volkstümlichkeit von einem konservativen Professor nicht beschämen lassen. (Sehr gut! bei den Sozialisten.)

Ich hoffe also, Sie werden mit uns den Wahlrechtskampf überall zur hellsten Flamme ausbreiten lassen unter der gemeinsamen Parole: Fort, weg mit diesem infamen, niederträchtigen Wahlrecht, fort mit dieser hundsstössigen Vorlage! (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten. Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Vorjoh: Wegen dieser letzten Äußerung rufe ich Sie wieder zur Ordnung.
Korant (Hört): Das Land wird erstaunt sein, wie ein so weltfremder Mann wie Herr von Bethmann Hollweg der erste Beamte des Staates sein kann. (Lachen rechts.) Er redet von Unabwiesbarkeit und von Freiheit der Beamten, während das Gegenteil die tägliche Praxis ist. Auch müssen wir dagegen Protest erheben, daß der Ministerpräsident das Reichstagswahlrecht herabsetzt.

Vizepräsident Dr. Vorjoh: Das können Sie nicht sagen. Sie können höchstens sagen, daß er diesen Effekt erzielt hat.

Korant: Ich will ja nicht sagen, daß er es bewußt getan hat; vielleicht war es unbewußt. (Weiterkeit und Ruhe rechts: Au, au!) Der Reichstag steht himmelhoch in seinen Leistungen über dem Abgeordnetenhaus. (Schallendes Gelächter rechts.) Der Abg. Frhr. von Jellisch hat seine zwei alten Stedenperbe geritten: die katholische Geistlichkeit und die Sozialdemokratie. (Weiterkeit.) Es ist unglücklich, daß die Regierung jetzt, nachdem: an in Rattowitsch Beamte gemahregelt hat, diese Vorlage bringt und glaubt, damit den Beamten noch etwas zu bieten. Wir werden nicht rasten, ehe wir nicht das Reichstagswahlrecht in Preußen erkämpft haben. (Bravo! b. d. Polen.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr. Schluß 4 Uhr.

Angst vor Straßendemonstrationen.

Berlin, 11. Febr. In der bürgerlichen Presse macht sich eine zunehmende Angst vor dem kommenden Sonntag geltend und die „Nationalzeitung“ malt auch bereits das Gespenst des Straßenkampfes an die Wand. Wenn es nach der liberalen Presse ginge, dann müßten die Arbeitermassen ruhig abwarten, was das Dreiklassenparlament zu beschließen für gut befindet. Daß man den Massen nicht zumuten darf, die Rolle des stumm abwartenden Heloten zu übernehmen, das geht weit über den liberalen Gesichtskreis hinaus. Fast noch größer aber ist die Angst vor einem Demonstrationsstreik, der das Kapital zunächst einmal in Mitleidenschaft ziehen würde. Die Sorge der bürgerlichen Parteien um die entzweiten Massen, ist in diesem Falle geradezu possierlich. Jedenfalls weiß die Sozialdemokratie selbst, was sie zu tun hat und es ist ausgeschlossen, daß bürgerliche Angstmeierei sie beeinflussen kann.

Schiffsuntergang.

Marseille, 12. Februar. In der Nähe der Baleareninsel Minorco, ist der französische Dampfer „General Changy“ untergegangen. 164 Personen — nach einer anderen Meldung 134 — sollen bei der Katastrophe ihren Tod gefunden haben.

Parteinachrichten.

Eigene eigenartige Praxis. In der „Leipziger Volkszeitung“ lesen wir: „Der Genosse Maurenbrecher fühlt das bringende Bedürfnis, wie er in einem Inserat des „Leipziger Tageblatt“ mitteilt, vor dem Leipziger Publikum zwei Vorträge über das höchst aktuelle Thema: Hat Jesus gelebt? zu halten. Daß er bei diesen Vorträgen auf die Anwesenheit von Arbeitern und Parteigenossen nicht rechnet, geht schon daraus hervor, daß er für seine Vorträge ein Lokal, den Zoologischen Garten, gewählt hat, das den Arbeitern nicht zur Verfügung steht.“

Daß die Revisionisten es auch sonst lieben, die Volkliste der Arbeiterschaft mit Rücksicht auf zu behandeln, geht aus einer Ankündigung der Berliner Volkskommission im „Vorwärts“ hervor. Danach planen die sogenannten Sozialistischen Monatshefte ein Kostümfest im Zoologischen Garten. Die Volkskommission bemerkt dazu: Da uns mitgeteilt wird, das Billekt hier zu auch in Parteikreisen vertrieben werden, machen wir darauf aufmerksam, daß die genannten Räumlichkeiten der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung stehen.

Glauben die Revisionisten mit dieser Praxis den kämpfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen, sich besonders beliebt zu machen?

Die erste oberösterreichische Frauenkonferenz, die von der Landesparteileitung auf den 30. Januar nach Linz berufen war, bestand aus Vertreterinnen von 10 Orten. Sämtliche Reichratsabgeordnete des Landes waren anwesend. Nach dem Bericht des Parteisekretärs sind etwa 1000 Frauen gewerkschaftlich organisiert, und 300 leisten Beiträge zur politischen Organisation. Es besteht ein Arbeiterinnenbildungsverein mit sechs Ortsgruppen, der Bildungs- und Unterstützungswesen pflegt. Nach einem Referat der Genossin Poppe wurde die Gründung freier politischer Frauenorganisationen und die Einsetzung eines fünfgleidrigen Komitees in Linz beschlossen. Der Monatsbeitrag beträgt 2 Heller, einschließlich Bezugs der „Arbeiterinnen-Zeitung“, für gewerkschaftlich organisierte 10 Heller ohne Zeitung.

Parteinachrichten aus dem Verbreitungsbezirk.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Dortmund-Hörde.

Dortmund, 2. Bezirk. Sonntag den 13. Februar, vormittags 10 Uhr Bezirksführung. Wichtige Tagesordnung.

Dortmund, 20. Bezirk. Filiale Süd. Sonntag, den 13. Februar, abends 6 Uhr: Wichtige Bezirksführung.

Filiale Osting. Am Sonntag, den 13. d. M. fällt die Filialversammlung aus.

Filiale Schüren. Sonntag nachmittag von 6—8 Uhr Sitzung der Filiale. Wichtige Angelegenheit erfordert das Erscheinen jedes Genossen.

Bezirk Aplerbeck. Sonntag vormittags 9 1/2 Uhr Bezirksführung im Lokale Wed in Aplerbeck. Die Genossen der Filialen Aplerbeck, Aplerbecker-Markt, Berghofen, Schüren, Silde, Holzweide und Hengeln werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Hamm-Sock.

Filiale Altenbögge und Bönen. Sonntag, den 13. Februar treffen sich die Genossen mittags um 12 Uhr zum Abmarsch nach Anna im Lokale Rubolf Birk.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Hagen-Schweln.

Ende. (Alle 3 Bezirke.) Am Sonntag beteiligen sich die Genossen und Kollegen in Ende an den Demonstrationsversammlungen in Hagen. Abfahrt in Wittbraune 10.30 Uhr, in Herbede-Nord um 10.45 Uhr. Beginn der Versammlungen um 11 1/2 Uhr. Auf eine rege Beteiligung wird gerechnet.

Aus dem Wahlkreise Dortmund-Hörde.

Dortmund, 12. Februar.

Achtung Partei- und Gewerkschaftsmitglieder!

* Morgen Sonntag, findet für die Stadt Dortmund die Verbreitung des ersten Wahlrechtsflugblatts statt. Die Genossen treffen sich zu diesem Zweck um 8 1/2 Uhr morgens in ihren Bezirkslokalen. Da auch eine recht starke Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder erwartet wird und auch unbedingt notwendig ist, denen die Bezirkslokale zum Teil nicht bekannt sein dürften, lassen wir die Bezirkslokale hier folgen. Es hat sich jeder nach dem von seiner Wohnung am nächsten liegenden Lokal zu begeben. Es ist unbedingt notwendig, daß am Sonntag morgen jeder Genosse an der Flugblattverbreitung teilnimmt, damit bei dieser Tätigkeit auch die umfangreichste Agitation für den Sozialdemokratischen Verein und für die „Arbeiter-Zeitung“ mit vorgenommen werden kann. Genossen! Auf an die Arbeit! Die Wahlrechtsgegner können nur niedergungen werden, wenn unsere Kampfarmee mit jedem Tage gestärkt wird.

1. Bezirk im Lokale des Herrn Rehberg, Sandweg 60.
2. Bezirk im Gewerkschaftshaus, Leibnizstraße.
3. Bezirk im Lokale des Herrn Riese (früher Schmidt), Zimmerstraße.
4. Bezirk im Lokale des Herrn Martin, Nordstraße-Ende.
5. Bezirk im Lokale des Herrn Rodewald, Alsenstr. 31.
6. Bezirk im Lokale des Herrn Meier-Ebert, Weichmarchstraße.
7. Bezirk im Lokale des Herrn Tobien, Birtenstraße.
8. Bezirk im Lokale des Herrn Schmidt, Bornstraße.
9. Bezirk im Lokale des Herrn Hofmann, Burgholzstr.
10. Bezirk im Lokale des Herrn Götter, Münsterstraße.
11. Bezirk im Lokale des Herrn Verthold.
12. Bezirk im Lokale des Herrn Spiller, Kaiserstr. 29.
13. Bezirk im Lokale des Herrn Heinemann, Weihenburgerstraße.
14. Bezirk im Lokale des Herrn Spiller, Kaiserstr. 29.
15. Bezirk im Lokale des Herrn Bruchmann, Ruffstraße.
16. Bezirk im Lokale des Herrn Schmied, 1. Kampstraße.
17. Bezirk im Lokale des Herrn Schmidt, Wilhelmstraße.
18. Bezirk im Lokale des Herrn Babbeker, Unionstr.
19. Bezirk im bekannten Lokale.
20. Bezirk im bekannten Lokale.
21. Bezirk im Lokale früher Riehl, Hofstraße.
22. Bezirk im Lokale des Herrn Heine, Märkischestraße.
23. Bezirk im Lokale des Herrn Berghaus, Reierweg.

Die freireligiöse Broschüre als „geeignet, in religiöser Beziehung Aergernis zu erregen.“ (§ 56 der Gewerbeordnung.)

* Das Landgericht Bochum als Berufungsinstanz hatte die Angeklagten Konieczny und Bannwitz wegen Uebertretung des § 56 Abs. III Ziffer 12 der Gewerbeordnung und der §§ 23 und 26 des Hausiersteuer-Gesetzes von 1876 zu Geldstrafen verurteilt. In der Begründung des Urteils wurde ausgeführt: Der Angeklagte Konieczny, wohnhaft zu Dornum, sei Vorhändler, der Angeklagte Bannwitz, wohnhaft in Bocholt, Mit-

glied einer Freireiher-Vereinigung, der „Freireligiösen Gemeinde.“ In Dornum, also außerhalb des Wohnortes der beiden Angeklagten, habe K. am 11. Juli 1909 eine öffentliche Freireiher-Vereinigung abgehalten, in der Bannwitz zwei freireiherliche Schriften gegen ein geringes Entgelt veräußerte. Die eine hat den Titel: „Gibt es einen Gott?“, die andere den: „Die Sünden des Bibeltums.“ Nach ihrem Inhalt leugne die erste die Existenz und die Existenzmöglichkeit Gottes. Die andere führe aus, daß ein Gott, von dem selbst in der Bibel gesagt werde, daß er soviel Lebles getan habe, nicht vorhanden sein könne, daß der Bibeltum, der Christengott, nichts weiter sein, als häßliche Wahngestalt. Der § 56 Abs. III Ziffer 12 der Gewerbeordnung schließt nun aus vom Heilbeten und Handel im Umherziehen u. a. D. und Schriften und andere Schriften, insofern sie in religiöser Beziehung Aergernis zu erregen geeignet sind. Das wesentliche Merkmal und der Hauptinhalt jeder Religion sei nun der Gottesbegriff. Ohne ihn sei eine Religion nicht denkbar. Gerade die Titel der beiden Druckschriften läßen dar, daß der Inhalt eben diesen religiösen Gottesbegriff kritisch behandeln solle, was er auch tatsächlich tue, und zwar meist gottesfeindlich. Die Angeklagten wollten den Begriff religiös lediglich im kirchlichen Sinne deuten. Das geht nicht an. In Theorie und Praxis werde der Begriff „religiös“ des § 56 der Gewerbeordnung ganz engbegrenzt, auf jeden konfessionell begrenzten Teil der Bevölkerung bezogen. Dafür spreche auch die Absicht des Gesetzes, die die sei, jeden Menschen in seinen Anschauungen des Glaubenslebens zu schützen. Einen lediglich philosophischen Inhalt hätten die beiden Schriften nicht. Die Angeklagten sagten, sie sollten auflären. Also wendeten sie sich an das freie Urteil. Dieses beunruhigten sie aber, weil sie den Gottesglauben leugneten. Sie seien schon deshalb geeignet, in religiöser Beziehung Aergernis zu erregen; und sie seien dazu vorzugsweise geeignet bei evangelischen und katholischen Christen, deren Bekenntnis sie angreifen. Das reiche aber aus, um sie vom Vertrieb im Umherziehen gemäß § 56 Ziffer 12 der Gewerbeordnung ausgeschlossen erscheinen zu lassen. Darin, daß der in Bocholt wohnhafte B. die Schriften in der Dornumer Versammlung zum Verkauf aufgelegt und angeboten habe, liege ein Heilbeten, möge er auch persönlich einen Gewerbezweck nicht verfolgt haben, und insofern auch ein Gewerbebetrieb, der der Besteuerung nach § 20 des Hausiersteuer-Gesetzes unterliege. Der Angeklagte K. habe als Leiter der Versammlung und als Gefinnungsgenosse B. das Verteilen der Schriften gebildet und sei mindestens als der stillschweigende Auftraggeber des B. anzusehen. Einen Gewerbebetrieb habe weder der eine noch der andere bestritten.

Die Angeklagten legten Revision ein. Rechtsanwalt Wolfgang Heine als ihr Vertreter rügte zunächst in eingehenden Rechtsausführungen Verletzung des Begriffs „religiöse Beziehung“ im Sinne des § 56 der Gewerbeordnung, wobei er u. a. hervorhob, daß die vielen Menschen umfassende Religion des Buddhismus keinen Gott kenne. Ferner rügte er, daß der Begriff des Heilbetens im Sinne der angegebenen Gesetze verkannt sei, u. a. schon deswegen, weil die von beiden Gesetzen vorausgesetzte Gewerbsmäßigkeit hier, wo aus dem Erlös die Unkosten der Versammlung gedeckt werden sollten, durchaus zu Unrecht angenommen werde.

Das Kammergericht hob das Urteil am 7. Febr. auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Die Frage, ob die Schriften an sich in religiöser Beziehung Aergernis zu erregen geeignet wären, sei nicht abstrakt theoretisch aufzufassen. Zur Annahme einer solchen Eignung genüge die Feststellung der Vorintanz, daß die Schriften so, wie sie vertrieben seien, Aergernis zu erregen geeignet wären. Das sei erklärt, wenn man bedenke, daß durch solche Schriften der einzige Trost genommen werden solle, der im Leben noch vorhanden sei. Es genüge, daß die Schriften bei evangelischen und katholischen Christen Aergernis erregen könnten. — Das Urteil lasse sich aber in anderer Beziehung nicht halten. Was den B. betreffe, sei nichts für die Gewerbsmäßigkeit seines Handelns erbracht. Und hinsichtlich K. fehle eine Feststellung, daß auf seine Rechnung und in seinem Auftrage gehandelt worden sei (§ 23 des Hausiersteuer-Gesetzes). Und was § 56 der Gewerbeordnung betrifft, so hätte K. damals überhaupt nicht verurteilt werden können, sondern höchstens als Anstifter. Eine solche Feststellung fehle auch.

* **Nachträge zur Gewerbegerichtswahl.** Die „Christlichen“ und die „Frisch-Dunderlchen“ liegen sich in ihren Zeitungen immer noch in den Haaren wegen der Gewerbegerichtswahl. In der letzten Nummer des „Frisch-Blattes“ kommen die Gewerbevereine erneut auf die schon früher aufgestellte Behauptung, daß die „Christlichen“ von Unternehmerseite Geldmittel für Wahlzwecke erhalten hätten. Das „Frisch-Dunderlchen“ will Auskunft von den „Christen“ auf die Frage, ob ein Brauereidirektor in Dortmund, den das Blatt nicht öffentlich nennen will, der aber den Christen bekannt sei, einen bestimmten Geldbetrag zur Stadtverordnetenwahl oder zur Gewerbegerichtswahl gegeben habe?

* **Opfer der Arbeit.** In einem hiesigen Walzwerk fand man vorgestern morgen den Arbeiter Franz Teschle mit einer schweren Schädelverletzung auf. Im Krankenhaus, wohin der Verunglückte gebracht wurde, stellte man einen Schädelbruch fest, den sich wahrscheinlich dadurch zugezogen hat, daß ihm ein Stück Eisen an den Kopf geflogen ist. Ohne zum Bewußtsein gekommen zu sein, ist der Verletzte inzwischen im Krankenhaus gestorben.

* **Durch eine Explosion.** Die sich vor dem Hause Falkenstraße 18 ereignete, wurden wohl ein Dutzend Kinder verletzt. 4 Kinder wurden schwer verletzt mittels Krankenwagen ins Krankenhaus geschafft, die übrigen wurden in die Wohnungen der Eltern getragen.

* **Selbstmord** beging ein wegen Veruntreungen verhafteter Beamter in dem Augenblick, als er dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde. Der Verhaftete zog einen Revolver und schoß sich in die Schläfe. Auf dem Transport zum Krankenhaus ist der Mann gestorben.

Provinz-Nachrichten.

Bochum. Die Strafkammer verurteilte in geschlossener Sitzung den 60jährigen Lehrer Heinrich Walter von Bochum-Hoffede wegen mehrfacher Eittlichkeitsverbrechen gegen Schulkinder zu 2 Jahren 1 Monat Gefängnis.

Öffentliche politische Versammlung.

Achtung! Brechten und Umgegend. Achtung! Arbeiterfrauen!

Sonntag, den 13. Februar 1910, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Wirts Herrn Wolf in Brechten:

Große öffentl. Frauen-Versammlung

Tages-Ordnung:

Die Aufgaben der Frau im proletarischen Befreiungskampf.

Referentin: Frau Lex-Dortmund.

Freie Diskussion. Freie Diskussion.

Die Frauen von Brechten und Brambauer werden ersucht, in dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.

Frau Klupf, Dortmund, Riefstr. 5.

Beilage der Arbeiter-Zeitung

Nr. 36.

2. Blatt.

Dortmund, Samstag, den 12. Februar 1910.

19. Jahrg.

Der Wahlrechtskampf.

Wagen und Schlagen!

Es ihr es nicht werdet wagen,
Wie auf einen Bauberschlag
Eure Haut zu Markt zu tragen,
Kommt uns nicht der Freiheit Tag.

Lächelnd seht ihr, wie sie's treiben,
Geht prophetisch zu versteinen:
„Still! Es kann ja so nicht bleiben,
Still! Es muß ja vorwärts gehn!“

Und so könnt ihr tausend Jahr noch
Sagen, daß es kommen muß,
Und wir rücken fort sein Haar noch
Immer gaffend über'n Fluß.

Doch, wenn keinen Kampf ihr wagt,
Bleibt die Mumie fernher stehn.
Und wenn ihr sie nicht zerschlaget,
Wird die Knechtschaft nie zergehn!

Friedrich von Sollet.

Der Reichskanzler gegen das Reichstagswahlrecht!

Man kann das, was der Ministerpräsident und Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg am Donnerstag im Abgeordnetenhaus zur Verteidigung seiner Wahlrechtsvorlage ausführte, je nach der Parteirichtung für richtig oder falsch halten, aber eins muß doch allen ohne Unterschied der Partei gleich unbegreiflich geworden sein: nämlich, wie Herr v. Bethmann-Hollweg auch nur als Reichskanzler nur noch vierzehn Tage im Amt bleiben kann, ohne die Verteidigung des Reichstagswahlrechts zu beantragen.

Hält Herr v. Bethmann-Hollweg nicht am Ende selber alles, was er zusammengehackt hat, für blanken Unsinn und eitel Gewäsch, dann muß er schleunigst die Konsequenzen ziehen und im Reichstage einen Antrag einbringen, durch den entweder der Reichstag selber ganz abgeschafft oder wenigstens an Stelle des Reichstagswahlrechts das Dreiklassenwahlrecht eingeführt wird.

Eine Rede, wie sie Herr v. Bethmann-Hollweg am Donnerstag gehalten hat, ist trotz allem kaum jemals noch vom Platz des preussischen Ministerpräsidenten aus gesprochen worden. Selbst die Reden des Ministerpräsidenten Manteuffel, der in der finsternen Reaktionszeit der fünfziger Jahre wirtschaftete, nehmen sich neben ihr wie Ausgebungen eines erkrankten und fortschrittlichen Geistes aus. Herr v. Manteuffel wettete gegen den Geist der Revolution. Herr v. Bethmann-Hollweg hat schon die „Strömungen der Öffentlichkeit“ zu überwinden, er verachtet die „Sucht nach Vollständigkeit“, er spottet über die „Suggestionen“ im Zeitalter der Zeitungen und tadelt die Presse, die „das Volk dazu verführt“, in der Sensation den Kernpunkt der Politik zu finden. Aber trotz Öffentlichkeit, Presse und Vergleichen, das schlimmste Übel bleibt doch der „Parlamentarismus“, in dessen Fahrwasser „Kreuzen sich nicht verschleppen läßt“, und dieser Parlamentarismus wird erst recht zum schrecklichsten der Schrecken, wenn er demokratisch wird. Herr v. Bethmann-Hollweg fordert die ganze zivilisierte Welt, Amerika, Frankreich, England, durch die Behauptung heraus:

„daß politische Kultur und Erziehung nicht gefördert werden, sondern leiden, je demokratischer das Wahlrecht gestaltet ist, und er ist auf diese seine Entdeckung, mit der er unter den Staatsmännern der zivilisierten Welt so ziemlich allein dasteht, so stolz, daß er sie in seiner Rede immer wieder hervorhebt und wiederholend unterstreicht. Das Parlament, behauptet der deutsche Reichskanzler und preussische Ministerpräsident, ist dem Volke gleichgültig, es nimmt an seinen Verhandlungen keinen Anteil, es ist nicht das Zentrum, von dem aus politische Erziehung und Bildung auf die Volksmassen ausstrahlt, vielmehr umgekehrt:

„Die Demokratisierung des Parlamentarismus hat in allen Ländern dazu beigetragen, die politischen Sitten zu verflachen und zu verrohen.“

So steht der Reichskanzler und Leiter unserer auswärtigen

Politik das im kultivierten Ausland herrschende politische System unter dem Beifallsgeheul seiner Junker öffentlich herunter! So beschimpft der preussische Ministerpräsident — gerade in dem Augenblick, da das ganze deutsche Volk die Verhandlungen des preussischen Landtages mit fieberhafter Spannung verfolgt — die Reichsbevölkerung gleichsam als eine blinde Hammelherde, die sich um die Verhandlungen des Parlaments nicht kümmert! Der Ministerpräsident soll noch Gelegenheit finden, zu erkennen, welchen Anteil die große Masse des Volkes an den Verhandlungen der Parlamente nimmt und wie es die unerhörten herausfordernden Reden aufnimmt, die dort von gewissen Subalternen geäußert werden!

Wenn aber Demokratie, Reichstagswahlrecht, Parlament, Presse und alles, was drum und dran hängt, weiter nichts als die Werke des Teufels Bitru sind — was bleibt dann übrig, wenn man sich festhalten und wofür man sich begeistern kann. Das preussische Dreiklassenwahlrecht und der preussische Landtag! Das sind die Kräfte, die nach aufwärts streben! So wie Herr v. Bethmann alle Parteien mehr oder weniger schlecht macht, nur die Junkerpartei nicht, so redet er ganz Deutschland und ganz Europa in Grund und Boden, um sein Preußen zu feiern, so verdammte er alles volkstümliche, demokratische Wesen, um die Bureaucratie und den Klassenstaat in voller Glorie auferstehen zu lassen!

So sehr aber Bethmann-Hollweg die „Strömungen der Öffentlichkeit“ haßt, so schlecht er auf die öffentliche Meinung der Presse zu sprechen ist, so sehr begeistert er sich für die öffentliche Abstimmung. Man lese genau, was der Ministerpräsident und Reichskanzler über diesen Punkt gesagt hat — wiederum muß sich da jedem, welcher Partei er auch angehört, die Frage aufdrängen:

„Muß nicht ein Reichskanzler, der so über die geheime Wahl denkt, sofort die Abschaffung des geheimen Reichstagswahlrechts beantragen?“

Ja, ganz gewiß müßte er das! Ein Mensch, der so denkt, wie Herr v. Bethmann-Hollweg — redet, handelt einfach gewissenlos, wenn er das Reichstagswahlrecht nur noch ein paar Wochen länger duldet? Wie, sollen „Kultur und Erziehung“ weiter „leiden“? — Sollen „die politischen Sitten“ noch mehr „verflachen und verrohen“? — Soll der „Mangel an staatlichem Sinn“, nach Bethmann eine Folge des geheimen Wahlrechts im Reich, weiter um sich greifen? Hört man den preussischen Ministerpräsidenten und deutschen Reichskanzler, so muß man glauben, die Verfehlungen der Presse und des demokratischen Parlamentarismus hätten das Reich schon an den Rand des Abgrundes gebracht. Nur der Bundesrat, der, Gott sei Dank, noch nicht „demokratisiert“ ist, und der auch nicht demokratisiert werden darf, „gerade mit Rücksicht auf das im Reich geltende Wahlrecht“, behütet den Reichswagen vor dem Absturze. Warum zögern, wo Gefahren im Verzuge! Fort mit dem Reichstagswahlrecht und her mit der Herrschaft des Bundesrats und des Reichstages im ganzen Deutschen Reich!

Mit einem Worte: Herr v. Bethmann-Hollweg ist uns eine Vorlage zur Vereinfachung des Reichstagswahlrechts schuldig. Die Begründung hat er schon gegeben!

Wird Herr v. Bethmann-Hollweg die Konsequenzen aus seiner Rede vom 10. Februar ziehen und wirklich für die Vereinfachung des Reichstagswahlrechts eintreten? Das mag man einstweilen aus guten Gründen bezweifeln. Aber dadurch sind der Reichstag und die ganze Reichsbevölkerung nicht der Pflicht enthoben, aus der Rede ihres Reichskanzlers die Konsequenzen zu ziehen.

Herrn v. Bethmanns Rede steht nach ihrem geistigen Gehalt zu tief, um wirklich bedeutend zu sein. Offenbar hat die Demokratie, die an allem Schuld trägt, auch den Geist des hochgestellten Redners verflacht und, um nicht zu sagen abplatzt und gewirrt. Sollte man sie ironisch behandeln, und ihre „philosophisch“ gezielten unwillkürlichen Kalauer in die rechte Bedeutung rücken, so gäbe es reiche Ausbeute. Doch zum Lachen sind die Zeiten zu ernst. Eine Rede, wie sie dieser geistlose, affektierte Bureaucrat zu halten gewagt hat, ist, seit das Reich besteht, noch von keinem Reichskanzler gehalten worden. Und mag Herr v. Bethmann als Mensch viel zu klein sein, um dem Reich eine ernsthafte Gefahr zu bedeuten, so wäre es doch ein Zeichen eines höchst gefährlichen Zustandes, wenn Menschen vom Schlage dieses Herrn v. Bethmann, an höchster verantwortlicher Stelle stehend, ungefragt solche Reden halten dürften!

Herr v. Bethmann denkt vielleicht gar nicht so, wie er redet, aber er redet so, wie die preussischen Junker denken. Er mag selber eine Null sein, aber die Bittere Oldenburg, die voran steht, macht ihn zur Zahl. Er trägt das deutsche Volk diesen Zustand und diesen Reichskanzler, dann bleibt das Dreiklassensystem, aber das Reichstagswahlrecht geht über kurz oder lang zum Teufel! Denn Herr v. Bethmann-Hollweg ist vom Junkertum vorausgeschickt, um auszuprobieren, was man will und noch nicht wagt!

Wir danken, Herr von Bethmann!

Mit der Verbindung von Gewalt und Lohn, die die Schandvorlage bedeutet, ist die Sache der Wahlreform gewaltig gefördert worden. Heute können wir es ja ruhig bekennen: Bis in die letzten Tage hinein hatten manche von uns die Befürchtung, daß der Wahlrechtskampf nicht jene entschlossene, kampfesmutige, alles an alles setzende Stimmung, jene jähe Beharrlichkeit finden werde, die dieser wichtige Kampf um Erringung eines Stückes politischer Macht und politischer Einfluß in Preußen und Deutschland erfordert. Selbst der pessimistischste Beurteiler in unseren Reihen hat seit dem letzten Samstag all diesen Zweifeln den Abschied geben müssen. Ein Sturm der Entrüstung geht durch Preußen und Deutschland. Weit über die Kreise der Arbeiterklasse hinaus ist die Erbitterung und der Zorn über diese freche Verhöhnung des Volkswillens gediegen. Die Vorlage der Regierung hat in wenigen Tagen eine politische Leidenschaft, eine Radikalisierung der Massen erzeugt, wie sie der Steuerkampf lange noch nicht gebracht hatte, wie sie unsere Agitation allein erst in langer Zeit hätte hervorrufen können. Diese Wahlrechtsvorlage wird unserer Organisation Tausende neuer Kämpfer, unserer Presse Tausende neuer Leser zuführen, die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswähler um Hunderttausende vermehren.

Über damit allein wären wir freilich diesmal nicht zufrieden. Die Wahlrechtsvorlage der Regierung hat auch in den bürgerlichen Parteien erbitternd und aufreizend gewirkt. Die Wahlansichten des Reichstags sind verflacht; die Nationalliberalen bleiben zur Einflusslosigkeit verurteilt, das Zentrum darf ein so elendes Nachwerk seinen Arbeiterwählern nicht anbieten. Noch wichtiger ist, daß in der großen Masse ihrer Anhänger die Regierungsvorlage, die alles verflacht, nur um so stürmischer das Verlangen nach Reform ausgelöst hat, daß die Führer von ihren Anhängern vorwärtsgetrieben werden. Das sachliche Ziel unserer Kampfes um das gleiche Wahlrecht ist mächtig gefördert worden, und die Wahlreform steht im Vordergrund des immer intensiver werdenden politischen Interesses. Die preussische Regierung hatte gemeint, indem sie nichts gewährte, die Wahlrechtskämpfer von der Ausichtslosigkeit ihres Kampfes zu überzeugen und sie einzuschüchtern. Diese Absicht ist gar gründlich ins Gegenteil umgeschlagen. Nichts hat unseren Wahlrechtskampf mehr gefördert, als die Untat der preussischen Regierung, nie war unsere Kampfeslust größer, unsere Siegeszuversicht fester, unsere Opferwilligkeit bereiter. Diesen Kampf entfesselt zu haben, ist unser Stolz, ihn verhärtet, vertieft zu haben das Verdienst dieser Wahlrechtsvorlage.

Wir danken, Herr von Bethmann!

Freche Fälschung.

Der „Vorwärts“ schreibt: „Freche Fälschung der Tatsachen und grinsender Hohn für die Entrechteten, das sind die Grundzüge der Schandreform, die die preussische Junkerregierung dem preussischen Volke zu bieten mag. Sie durchsetzen die offizielle wie die offizielle Begründung der Vorlage in allen ihren Teilen. Freche Fälschung der Tatsachen und grinsender Hohn für die Entrechteten, für die große Masse der Wähler dritter Klasse ist die tolle und zugleich infame Behauptung, daß die ehemaligen Unteroffiziere über ein größeres politisches Verständnis und tiefere Einsicht in öffentliche Angelegenheiten verfügen, als die Arbeiter und Kleinverdienenden, die in die dritte Klasse vertrieben werden. Hier liegt die Fälschung und die unerschämte junkerliche Mißachtung der handarbeitenden Bevölkerung so offen, so fraglos zu Tage, daß sie auch dem blödesten Auge auf den ersten Blick erkennbar ist. Denn die politische Unfähigkeit der ehemaligen Rekrutenbrüder ist eine Tatsache, die über aller ernsthafter Diskussion steht. Aber freche Fälschung der Tatsachen und unerhörte Mißachtung der

Städtisches Wochenpotpourri.

Moeller mit der alten Weltanschauung.

Der Stadtverordnete Schneidermeister Moeller vom Zentrum erklärte in der letzten Stadtverordnetenversammlung zum so und sovielen Male, er sei ein Mann von der „alten Weltanschauung“, und die Hauptursache für das Vorwärtstommen sei Fleiß und Sparamkeit. Die Wärmeballenfrage löste er mit der Bemerkung: Die Leute sollten nur tüchtig arbeiten!

Moeller, so heißt der brave Mann
Mit den wallenden Lockenhaaren, —
Mit diesem ist — o, seht ihn an! —
Der Herr mit seinen Scharen.

Der Herr gab ihm Prophetengeist
Und schuf ihn zur frommen Erbauung,
„Ich bin“ — so jagt er zu dir zumeist —
„Von der alten Weltanschauung, —“

„Ich stamm' aus der Zeit, wo im Samtröcklein
Großpapa um Großmütterchen freite, —
Wo über den holprigen Pfasterstein
Die Postkutsche fuhr in die Weite, —“

„Wo der Handwerksmann sich so wohl befand
Und süßsam nach Feierabend
Mit der Beife vor seinem Häuschen stand,
Sich an dem Frieden erlabend,

— Wo die Schneider die Ersten in der Stadt
Und auf dem Kopf täten reiten,
Und Nürnberg, als es sonst keine Rettung hatt',
Durch lautes „Med-Med“ befreiten!“

Ja, diese Zeit findet Moeller schön!
Er sonnt sich in ihrem Glanze, —
Es ist ihm Fabrik- und Maschinengeflöhn
Ein Stück von des Teufels Schwanz.

Die neue Welt erfährt er nicht mehr,
Sie ist ihm ein purer Schwindel.
Großbetrieb und das Roletarierheer,
Der Fenster hol' das Gefindel!

„Seid gottesfürchtig und spart recht viel,
— Ein Lump, dem's nicht möglich wäre! —
Dann kommt ihr alle an euer Ziel
Und werdet Millionäre.“

„Dann braucht ihr nicht auf dem Steinplatz stehn,
Die Hände tief in den Taschen.
— Bitte, nach Arbeit nur umgierh,
Und euer Weib soll waschen.“

„Und habt ihr gepart, so gebt's euch gut
— Eht mal auf mich ihr alle —
Ihr macht euch ein Schneiderinstitut
Und preist auf die Wärmehalle!“

So spricht Herr Moeller, sein Auge wird feucht, —
Er greift nach seinem Taschentuchlein —
Und seine Sorgen er schnell verflucht
Mit dem frommen Erbauungsbüchlein.

Du guter Mann, was willst du bloß
In diesen Satanszeiten!
Wir wollen dir ein schöneres Los,
Ein besseres, bald bereiten.

Wir halten dich lieber, nett postiert,
In unserem Stadtmuseum,
Mit folgender Inschrift, hübsch verzieret:
„O, singt hier ein zu deum!“

„Hier steht der Mann von dazumal,
Ganz wunderbar frisch erhalten, —
Nur ist der Geruch ein wenig schal, —
Nach der Weltanschauung, der alten . . .“

Und sucht ein Fremder nach Dortmunds Ruhm,
So zeig' ihm den Freituch-Söllner, —
Doch auch das zweite Stück Altertum:
Den reblischen Meister Moeller!

Ein Sieg des Reform-Katholizismus.

Vor einiger Zeit konnten wir in der „Arbeiter-Zeitung“ unseren Lesern eine Annonce über eine geplante Versammlung des katholischen Volksvereins im Rheinischen vorführen, an deren Ende, nach der Ankündigung der Redner und der Referate, folgende geheimnisvollen Worte standen:

Dunkel-Extra.

Damals war man im Zweifel, ob man damit meinte, es solle in der Versammlung extra dunkel zugehen, oder ob man den Teilnehmern die Anwesenheit mit einer neuen Bierforte verüben wollte. Dieser Zweifel ist jetzt vollständig geschwunden, nachdem in der benachbarten frommen „Essener Volks-Zeitung“, kürzlich folgende Annonce zu lesen war:

Vorbed.

Am Dienstag, 1. Febr., morg. 8^{1/2} Uhr.
Hochamt
für die Verstorbenen der Bauerschaft
Möllhofen. Abends:
Lichtmeh-Bier
im Restaurant „Flora“, Möllhofen.

Selbst den besten Bierkennern wird diese neue Bierforte bisher unbekannt geblieben sein. Wie man uns erzählt, soll das Lichtmeh-Bier die Eigenschaft haben, daß nach seinem Genuße den Leuten schwarz vor den Augen wird. Daß es aber da gerade Lichtmeh-Bier heißt, — das ist wieder ein richtiger irramontaner Jesuitentrick. Uebrigens: auch sonst scheint sich diese neue Methode Eingang in weitere Kreise zu verschaffen. Der „Rheinisch-Westfälische Anzeiger“ brachte am gleichen Tage folgende Notiz:

Bredeneh, 1. Febr. Aus Anlaß des Kaisergeburtstages fand Montag nachmittag in den Räumen der Bredeneher Krone ein patriotischer Kaffee statt, an welchem gegen 170 Damen aus Bredeneh teilnahmen.

Leider wird nicht erzählt, ob der patriotische Kaffee stark oder dünn war, und wie oft jede Dame in die Kanne — pardon — in die Tasse steigen mußte. Das hätte wenigstens einen Maßstab für die Kraft ihres patriotischen Empfindens gegeben.

gewesenen „Gemeinen“ ist auch die Behauptung, daß zehn Jahre Militärdienst ein größeres Maß an politischem Wissen vermitteln, als zehn Jahre bürgerlicher Arbeit an Ambos oder Hobelbank, freies Fälschung und lächerliche Ueberhebung über die großen Scharen der mit der Volksschulbildung abgesperrten ist auch die Behauptung, daß die Aneignung einer gewissen Portion Schulwissen und der Besitz eines staatlichen Bildungsbüchters politische Bildung gewährleisten. . . .

Ob es außer Rußland und Ungarn noch Staaten in Europa gibt, wo eine Regierung dergleichen Falschheit dem Volke zu bieten wagen würde?

Ob die Bureaukraten gar nicht empfinden können, was sie mit diesen gefälschten Provolationen des Volkes anrichten?

Was die Wirkung dieser Sammlung von frechen Fälschungen, von unverschämter Heuchelei, von giftigen Verhöhnungen der Entrechteten sein muß?

Nichtwissen wäre der einzige mildernde Umstand für das Machwerk!

Für das verdöhlte Volk aber wird die Sache dadurch nicht besser. Denn dieses Nichtwissen wäre geboren aus grenzenloser Mißachtung des Volkes, aus maßlosem Jüngerübermut, der da glaubt, in den Proletarischen Hund- und Sklavenjungen vor sich zu haben, denen ungefragt alles geboten werden kann! Daß die Herren sich geirrt haben, sich grimmig geirrt haben, das hat ihnen das Volk jetzt zu zeigen!

Schweigen und dulden!

In diesem Augenblicke furchtbarer Empörung der Massen über die Schandtat der preussischen Regierung ist an der Spitze des führenden zentralistischen „Arbeiterblattes“, der „Westf. Arbeiterzeitung“, folgende Forderung zu lesen:

„Das Reden kann eine Großmacht sein. Aber das Schweigen oft noch eine viel stärkere. Das Reden mag laut und kraftvoll an die Seelen pochen. Aber das Schweigen redet oft eine Sprache wie von tausend Stimmen. Nicht zwar das Schweigen jener dumphen, stumpfen Erbschöpfung, die alles nur noch als gleichgültig ansieht und denkt: „mag es kommen, wie es kommen will“. Nein, das bewußte, freigelegte Schweigen, das den ganzen Kampf, alles Leid vom Aushern ins Innere hinein verlegt, nach Außen gar nichts mehr zeigt, nicht wurt, nicht groß, nicht die Fäuste ballt, nicht droht, nicht losbricht, wie ein langverhaltener Gewitter am Sommerabend, sondern schweigt und still duldet, duldet und trägt, trägt und vergeht. Das ist etwas unsagbar Großes. Auf solchem Schweigen ruht ein Schimmer vom heiligen Schweigen Jesu Christi.“

Wui Teufel! Und solchen Rechtsseelen laufen Hunderttausende von katholischen Arbeitern nach! Wie lange noch?

Wahlrechts„freund“ Zentrum.

Zu einer von den Essener bürgerlichen Demokraten einberufenen Wahlrechtsverammlung, an der sich auch die Sozialdemokratie beteiligte, lehnbedeutultramontane „Essener Volkszeitung“ die Aufnahme eines Inserates ab. Das tut daselbe Blatt, bei dem sonst Geld nicht stinkt, das Blatt, in dessen Buchhandlung man den „Cassirer-Kalender“ und ähnliche schöne Erzeugnisse kaufen konnte, und das auch gelegentlich Streikbrecherinstitute nicht verschmähte.

Einfach jammervoll!

Die „Frankf. Btg.“, die in der ganzen Bülowzeit regierungsspezifisches Organ war, schreibt:

„Kaum jemals hat eine Regierungsvorlage eine so schlechte Aufnahme gefunden. Und das Urteil wird in dem Maße ungünstiger, wie man sich in die Einzelheiten näher vertieft. Nicht nur, daß die grundsätzlichen Volksforderungen unerfüllt geblieben sind, und daß deshalb die Antwort auf diesen Entwurf nur ein unbedingtes Nein sein kann, auch die Art der Ausarbeitung und die Formulierung im einzelnen läßt so sehr die ernsthafteste Arbeit vermissen, ist so unglaublich oberflächlich, daß man sich fragt, wie eine so minderwertige Arbeit überhaupt die Feuille des Staatsministeriums hat passieren können. Man muß sich erinnern, daß wir es hier mit dem Produkt einer Vorarbeit von zwei Jahren zu tun haben. Als wir seiner Zeit unsere Verwunderung über die Verzögerung dieser Arbeiten aussprachen und sagten, ein einigermaßen fähiger Journalist würde das in einigen Monaten leisten, da wurden wir „belehrt“, daß es sich um sehr gründliche, tiefgreifende Arbeiten handle. Damit vergleicht man nun die Vorlage und ihre Begründung! Ein ganz willkürlich gezeimtes System von Bevorzugungen, aber nicht die Spur eines systematischen Aufbaues, kein einziger reformatorischer Gedanke! In einem Tage kann man so etwas fertigstellen, was hier viele Monate in Anspruch genommen haben!“

Der Tanzbar in der Osteria.

In der Dortmunder „katholischen Gesellschaft“ ging es am Dienstag hoch her. Der „Reichshof“ hat schon lange nicht so aufgeräumte Leute in seinen Mauern gesehen, und vielstündig schreibt die „Tremonia“:

Die Bühne war diesmal in eine italienische Wein-Stuben verwandelt worden. Kein Wunder, daß sich das junge Volk zu diesem anheimelnden Plätschen hingezogen fühlte. Man sah sich jedoch im Interesse der ganzen Festlichkeit bald genötigt, die Wirtschaft zu verlassen, da das Leben im Saale durch den Zug nach der Bühne zu leiden hatte. Der Reindienst aus dieser Osteria wurde dem katholischen Waisenhause zugewiesen. Sicherlich wird dieser „süßliche Abend“ mit seinen froh-berlebten Stunden allen Festteilnehmern noch lange in angenehmer Erinnerung bleiben.

Wie mir aus absolut einwandfreier Quelle mitgeteilt wird, hat man — das ist das Tollste! — nach Schluß der Wirtschaft den eisernen Bühnenvorhang heruntergelassen! Verschiedene Afschneider wollen nun mit unfehlbarer Sicherheit gesehen haben, daß sich ganz speziell Lambert Lensing an dem feuchtschweißigen Treiben beteiligt hat, weil der Wein zugunsten des Waisenhauses floss. Unter dem Gesang: „Verlassen, verlassen, verlassen bi-in-i“ ging er von Tisch zu Tisch. Man spendete ihm mittelgroße kleine Dörse, die er sofort roh und beifungig verschlang. Es war ein herzzerreißender Anblick!

Die „Tremonia“ erzählt aber noch von einer anderen Ueber-rafung auf dem Feste:

Ein Varenfahrer ergötzte sich an der frohen Gesellschaft mit seinem Tanzbären. Weshalb man gerade einen Eisbären engagiert hatte, war nicht zu erfahren. Vielleicht wären die Leistungen eines braunen Bären noch besser gewesen, jedoch rief diese Ausführung ungeheure Heiterkeit hervor.

Ganz meine Ansicht! Ein Eisbär, dessen Lebenselement das Wasser ist, gehört einfach nicht in eine italienische Weinstube! Aber ich meine doch: noch viel größer wäre die Heiterkeit bei einem schwarzen Tanzbären gewesen. Jeder einzelne katholische Herr hätte die reizende Anspielung auf die katholische Arbeiter sofort verstanden und sich den Bauch gehalten vor Lachen.

Der Schließenfänger.

den soll. Und dazu eine Begründung, daß es geradezu beschämend ist, verdrängt mit einigen die Sachlage existierenden Zuständen aus der Wahlstatistik, aber ohne auch nur den Versuch einer ziffernmäßigen Berechnung der Wirkung der neuen Bestimmungen der Vorlage. Einfach jammervoll!

Noch ein liberales Urteil!

Die „Chemnitzer Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Die deutsche Nation ist ein ruhiges, ernstes und ordnungsliebendes Volk. Selbst die Sozialdemokratie hat nach dieser Richtung hin schon Beispiele erfreulicher Mäßigung gegeben. Aber derartige, allem christlichen politischen Empfinden hohnsprechende Geheißvorlagen treiben auch dem ruhigsten Staatsbürger die Haare des Kopfes auf die Stirn, und das Reich wird dem Sturm erliegen, der in Preußen mit der Veröffentlichung dieses Geheißentwurfs gefeht ward.“

Anton.

Im „Berliner Tageblatt“ macht J. W. über die Spottge- lurt der preussischen Wahlrechtsvorlage folgende recht zutreffende und ergötzliche Ausführungen:

Die Vorlage wäre vielleicht doch nicht ganz so kläglich ausgefallen, und man hätte ihre aufreizende Tendenz zum mindesten vorsichtig umhüllt, wären die Beihmann-Hollweg, Fal- lenhahn und Genossen mit dem Leben draußen nur ein klein wenig vertraut. Es ist oft erschreckend, wie fremd selbst die besseren Elemente dieser Kreise dem Volke gegenüberstehen, und wie selbst der Anständigkeit in einem unbewußten Hochmut auf die Plebejermaße hinunterblickt. Diese Leute, die schon als kleine Buben der Familienstolz aufgebüßt, haben gewöhnlich ihre ganze Karriere durch Protektion und Familienbeziehungen gemacht. Watiert gegen jede Unbill des Lebens, vor jeder bürgerlichen und wirklich tüchtigen Konkurrenz bewahrt, klettern sie allmählich hinauf, und sie glauben den Kampf ums Dasein zu kennen, wenn sie einen Nebenmann von der Ver- förderungsliste verdrängt. Und wie sie selbst durch Protektion und Vettermischelei in die Höhe gelangt, so wird Herr v. Beih- mann seinem Feliz den Weg bahnen, Herr v. Rheinbaben seinem Nachkommen und Herr v. Faltenhahn seinem Kuri. So reicht immer der Vater dem Sohne den Schlüssel zu Ehren und Erfolg, ganz wie in dem alten griechischen Gleichnis eine Generation der anderen die Fackel des Lebens reicht.

Feliz, Nachkommen und Töchter mögen sehr nette und fleißige Jungen sein, aber verdienstvoller ist der Tischlermeisters Anton, der sich selbst seinen Platz im Leben schafft. Verdienstvoller ist auch der arme Kaufmannslehrling, der durch seine Intelligenz sich vorwärts bringt, und der Arbeiter, der in der Kohlengrube mit hundert Gefahren kämpft. Sie alle haben keine Familien- lectionen und keine Protektion, und der „Staat“, der für die Familienhöfne so verschwendungsvoll sorgt, bietet ihnen nichts. Das Schulgeld ist unerschwinglich, das Gymnasium ein schöner Traum, und kein Hauslehrer paßt dem kleinen Anton die für's „Einjährige“ nötigen Kenntnisse ein. Des Tischlermeisters Anton dient zwei oder drei Jahre für den König und das Vater- land, und während der ananzierte seine Jüngling nadelnd herum- spaziert, schleppi Anton leuchtend den Saal. Und nun stellt man sich hin und sagt diesen Leuten, denen der Staat nichts gibt und alles abverlangt: ihr habt kein Recht in diesem Staat, weil ihr räumlich nicht gebildet seid! Ganz gleich, ob sie im Lebenskampf ermattet sind, oder sich kraftvoll emporgerafft, man sperrt sie von den „Gebildeten“ — Junker, Schulleute und Militäranwärter — ab, wie Verleumdung und Inzucht ihnen durch ein pfiffiges System den Mund. „Wah, sie sind nicht gebildet!“ sagen die Herren v. Beihmann-Hollweg und v. Faltenhahn. Und in diesem Satz offenbart sich die instinktive Abneigung des Bureaukraten gegen alles, was ohne Krücken und Zivilversor- gungsschein vorwärtskommt.

Es offenbart sich darin auch, neben einer Gesinnungsweise, die man nicht mehr näher zu charakterisieren braucht, das Fehlen jener wahren Bildung, die bescheiden und duldbarm macht. Was man an diesen Herren vermisst, ist die auf echter Bildung ruhende Menschlichkeit, die nicht in allen vom Schicksal weniger Be- günstigten nur einen ungebildeten Böbel sieht. . . . Der ethische Denker findet, daß die Entrechtung einzelner Teile nichts ist als eine Verfündigung am ganzen Menschentum; und daß auf der Woge der höheren Gerechtigkeit ein tüchtiger Tischler nicht leicht- ler als ein unzulänglicher Reichsangler wiegt.

Ein Mahnwort.

Wiederholen Sie täglich, unermüdlich daselbe, wieder das- selbe, immer daselbe! Je mehr es wiederholt wird, desto ge- waltiger wächst seine Macht.

Alle Kunst praktischer Erfolge besteht darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf einen Punkt — auf den wichtigsten Punkt — zu konzentrieren. Wenden Sie nicht nach rechts noch links, seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines und direktes Wahlrecht heißt oder damit in Zusammenhang steht und dazu führen kann.

Ferb. Raffalle.

Die entrechteten Handwerker.

In der bürgerlichen „Berl. Volksztg.“ lesen wir: „Links und rechts geohrfeigt wird durch den Entwurf des neuen preussischen Schandgesetzes zur „Wahlreform“ der Handwerkerstand. Das Wahlgeseß ist ihm, wie dem Arbeiter gegenüber, ein brutales Ausnahmeseß im schlimmsten Sinne des Wortes. Der Handwerker mag sich noch so tüchtiger Mensch sein, seine Tüchtigkeit wird für nichts geachtet. Ihm steht keines der in lächerlicher Weise ausgelegten „Gebungs“-Mittel zu Gebote, durch das er in die höhere Klasse des Bürgertums gelangen kann. Er bleibt unter allen Umständen Wahlheide der dritten Klasse. Welcher Handwerker hat es für unumgänglich notwendig gehalten, sich in der Schule das Ein- jährigenzeugnis zu erwerben, wie so viele andere, die mit Ach und Krach zu diesem Ziele gelangt sind und nun mit dem höheren Wahlrecht privilegiert werden, auf daß sie imstande sind, von dem fleißigen, tüchtigen, angehenden Handwerker abzurufen? Ist eine traurigere Illustration zu der berühmten „Hand- werkerfreundlichkeit“ und „Mittelstandsfreundlichkeit“ der preussischen Regierung ausfinden? Und was gilt der Handwerker dem Schutzmänn gegenüber, der das höhere Wahlrecht erworben hat durch einen zwölfjährigen Militär- oder „diesem gleichge- stellten Dienst“?“

Eine glatte Ablehnung der Schandvorlage

fordert sogar der freikonservative Professor Hans Delbrück. Er schreibt im „Tag“:

„Die Thronrede hat eine organische Fortbildung des be- stehenden Wahlrechts verheißt. Unter der organischen Fort- bildung einer politischen Institution versteht man die Anpassung an veränderte soziale und wirtschaftliche Verhältnisse. Die Re- gierungsvorlage bedeutet in keiner Weise eine solche Anpassung an unsere allmählich neu gewordenen sozial-wirtschaftlichen Zu- stände. Sie bedeutet in etwas veränderter Gestalt die Festhal- tung des bisherigen als unbrauchbar erkannten Systems. Sie ist auch nicht einmal als eine Abfälschung anzusehen, mit der man sich für diesmal zufrieden geben könnte. Sie ist es selbst dann nicht, wenn noch das geheime Stimmrecht nachträglich hineingelegt wird, denn das geheime Stimmrecht ist bei der Er- haltung der Klassen und ihrer Kleinheit so gut wie wertlos, und der Wert, den man ihm vielleicht noch zugesellen möchte, wird

wieder aufgehoben durch die ungeheure Verstärkung des Wahl- rechts der Beamten, denen von den Vertretern der Regierung jedoch die Wahlfreiheit, wenn auch nicht ganz abge- sprochen, so doch auf das allergeringste Ausmaß beschränkt ist. Wenn dieses Wahlgeseß, sei es auch mit dieser oder jener Modifikation, wirklich zustande kommt, so ist die Herrschaft der Konservativen in Preußen auf lange hinaus ge- sichert. Die Nationalliberalen würden sich selbst aufgeben, wenn sie sich auf dieser Grundlage auch nur zu einer Verhandlung bereit erklärten.“

Es fragt sich, ob etwa die Regierung, wenn die National- liberalen sich verlagen, das Geseß mit Hilfe der Konservativen und des Zentrums fertigstellen könnte. Die Sache wäre für das Zentrum nicht ohne Reiz; diese Partei ist sehr interessiert an der Erhaltung der bestehenden Wahlkreise, und wenn man ihr noch die geheime Abstimmung konzedierte, so würde sie vielleicht auch die Verstärkung des Wahlrechts der Beamten in Kauf nehmen. Der konservativ-liberale Wad wäre dann für längere Zeit ge- sichert. Aber es wird schwerlich dahin kommen. Gar zu große Liebesdienste wünscht das Zentrum den Konservativen, denn doch nicht zu erweisen, und ebensoviele wünschen viele Konservative gar zu eng an das Zentrum herangerückt zu werden. Die freikonservativen würden sich von vornherein weigern, einer solchen Koalition beizutreten, und auch die Regierung, an der Spitze Herr v. Beihmann-Hollweg selber, weiß sehr gut, daß ein konser- vativ-liberales Regiment in Deutschland und daher auch in Preußen unmöglich ist. . . .

Was denn nun aber, wenn diese Vorlage glatt abge- lehnt wird und garnicht zustande kommt? Das ist immer noch besser, als wenn diese Vorlage oder etwas aus ihr Echliches zum Geseß erhoben wird. Der heutige Zustand ist schlecht; aber weil das auch schon von der höchsten Stelle anerkannt worden ist, bleibt die Möglichkeit, eine Ver- besserung zu fordern und an ihr zu arbeiten. Die heutige Vorlage schneidet die Reformbestrebungen ab, ohne selbst eine Verbesserung zu bringen. . . .

Eine einzige Möglichkeit lasse ich zu, aus dieser Vorlage etwas Erträgliches zu machen, was als Abschlagszahlung anzu- nehmen wäre, nämlich, wenn außer dem geheimen Stimmrecht auch eine eingreifende Aenderung in der Einteilung der Wahl- kreise Platz griffe. Aber soviel ich sehe, ist das so gut wie aus- geschlossen — deshalb glatte Ablehnung!“

Das Machwerk eines Wahlrechtsarithmetikers.

Mit der Stiefelpufferarbeit, die Herr v. Beihmann als preussischer Wahlrechtsreformator dem Junkertum geleistet hat, hat er nicht einmal seinen Herrn und Auftraggeber zufriedenstellen können. So veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung“ die Zuschrift eines Amisgerichtspräsidenten, in der die Vorlage Beihmanns — unhöflich genug — als das „Machwerk eines Wahlrechtsarithmetikers“ bezeichnet wird, das dazu bestimmt sei, zugunsten der oberen und mittleren Beamenschaft die freien Erwerbsthätigen sowie die landwirtschaftlichen Wähler erster und zweiter Klasse zu entrechten.

Abgesehen also von der freisinnigen „Weserzeitung“, die den Gedanken Beihmanns ausdrücklich gebilligt hat, findet die Hebung der Militäranwärter und sonstiger abhängigen Existenzen in die zweite Wählerklasse nirgends Beifall, und fast überall scharfe Ab- lehnung. In freikonservativen und nationalliberalen Kreisen ist man allerdings auf die geniale Idee gekommen, den Teufel durch Beelzebub austreiben zu wollen, und den Vorschlag der Regie- rung dahin zu „verbessern“, daß außer den Inhabern von Zivil- verordnungscheinen auch die selbständigen Gewerbetreibenden in die zweite Klasse befördert werden sollen. Man kann nichts Besseres erfinden, wenn man es darauf anlegt, die Arbeiter zum Aushern zu treiben. Denn der freikonservative Vorschlag läuft auf gar nichts anderes hinaus als auf die Schaffung eines glatten Ausnahmeseßes gegen die Lohnarbeiterschaft. Ein kleiner Landwirt oder Gutsinhaber soll bei gleicher Steuer- leistung grundsätzlich besser gestellt werden als der in vielen Fällen weitaus intelligentere und gebildete Proletarier der Fabrik! Man sieht, daß durch jeden Versuch, das Machwerk zu verbessern, seine Ungeheuerlichkeiten nur noch ärger werden!

Andere Doktoren sind wieder der Meinung, daß die Hebung der Militäranwärter, Reichstagsabgeordneten und Gemein- devorsteherstellvertreter leidlich ertragen werden könnte, wenn es bloß gelänge, die öffentliche Abstimmung durch die geheime zu er- setzen. Denn dann würden die gebildeten Wähler wenigstens der Kontrolle entzogen sein und frei wählen können, wenn sie wollen, also auch einen oppositionellen Kandidaten. Dabei wird ver- gessen, was die Begründung der Vorlage zweifellos zutreffend hervorhebt, daß an eine wirklich geheime Abstimmung in den beiden ersten Klassen gar nicht zu denken ist, denn die Zahl der Wähler ist hier in den einzelnen Stimmbezirken so gering, daß bei der Zählung genau festgestellt werden kann, von wem die ein- zelnen Stimmzettel abgegeben sind. Kein einziger Beamter würde sich bei einer derartigen „geheimen“ Wahl, deren Geheimhaltung weiter nichts als eine Komödie wäre, anders als bei einer öffent- lichen Abstimmung verhalten können.

Durch die Aufhebung des geheimen Wahlrechts würde also die Schändlichkeit, die in der „Hebung“ der Militäranwärter liegt, gar nicht gemildert werden. Es wäre auch dann den Ab- hängigen ein erhöhtes Stimmrecht gegeben, damit sie nach dem Kommando ihrer Vorgesetzten davon Gebrauch machen sollen.

Das Machwerk des Wahlrechtsarithmetikers ist eben durch keine Kunst zu retten. Entweder gelingt es, die Hebung der Beamten usw. wieder zu beseitigen, und dann läßt sich die Be- deutung des Ganzen in Dinst auf, oder die Vorlage bleibt ein Anebelungs- und Entrechtungsgeß, gegen das der Kampf mit den äußersten Mitteln geführt werden muß.

Unzufriedene Konservative.

Die Unzufriedenheit gegen das von der preussischen Regie- rung vorgelegte Wahlrechtsmonstrum macht sich auch in konser- vativen Kreisen immer mehr bemerkbar. Es wird vor allem die geheime Wahl und eine Neueinteilung der Wahlkreise ver- langt. Die Freie evangelische Volksvereinsigung, die Mitglieder aus allen rechtstehenden Parteien umfaßt, hat gleichfalls zu der Vorlage Stellung genommen. Ihre Ansichten brachte sie in folgendem Beschlusse zum Ausdruck:

„Die Verammlung hält die von der preussischen Staats- regierung vorgelegte Reform des preussischen Landtagswahl- rechts für völlig unzureichend. Als erste Bedin- gung für eine durchgreifende Reform dieses Wahlrechts hält die Verammlung zunächst neben der direkten Wahl (. . .) die geheime Wahl und die Neueinteilung der Wahlkreise für unerlässlich. Diese müßte in der Weise erfolgen, daß die größeren Städte gegenüber dem platten Lande bei Verteilung der Mandate viel mehr berücksichtigt würden (dabei soll jedoch nicht ausschließlich die Seelenzahl maßgebend sein), da nach der jetzigen Zusammensetzung des preussischen Landtages die Interessen der großen Städte gegen- über dem platten Lande durchaus ungenügend vertreten sind. Die Verammlung hat Bedenken gegen die Festsetzung des Bildungsgrades im Sinne der Regierungsvorlage.“

Die Verschiebung innerhalb der Klassen

verfügt die „Kreuzzeitung“ zu berechnen. Sie kommt zu dem Resultat, daß von den Abgeordneten etwa 100 000 aus der zweiten in die erste Klasse, etwa 40 000 aus der dritten in die zweite Klasse kämen. Bei den Inhabern des Einjährigen-Zeu- gnisses wird angenommen, daß etwa 70 000 schon jetzt in den beiden oberen Klassen wählen, so daß noch 100 000 aus der dritten in die zweite Klasse kämen, während die restlichen 30 000 wegen der erforderlichen Karenzzeit in der dritten Klasse verbleiben müßten.

Für die Inhaber des Zivilversorgungscheines stellt sich die Berechnung folgendermaßen: Von den 80 000 vorhandenen Unter- offizieren dient wohl nur etwa die Hälfte 12 Jahre. Ein Teil geht früher ab (Rücktritt in das bürgerliche Leben, Schutzmann-

haft, Gendar-
merie, von de-
m Verlorger
schonliche
wurden sich
nach fünfjähr-
iger Dienstzeit
in einer der
80 000 vorhan-
den verzeichnen
nicht genügen
zurückbleiben,
weitere Berei-
che.

Rant über

Rant, den
des Wahlrechts
seiner „Anbr-
der Deu-
schesten und
und ist am
gegen die ein-
hafte Seite ist
den übrigen
sich der V-
Stufen des V-
klassifizie-
... unerschöpf-
tisch zu sei-
... aus dem
iden, bis zu
woran jede G-
der ihr gebüh-
verloren men-
und Bedürfnis
einen Begriff
borenen T-
Wer sich
der preussischen
rats“, Provinz-
meindevorstand
träger die M-
Beschränkung
andern Wölfern
hen zum Geis-

Die Justiz

Nach der
auf die Wahl-
Präunich
Artikel: „No-
tholomäus
gange Regier-
unterworfen
leitenden Sta-
dem Manuskri-
in der Reba-
nung des Gen-
standlich aber
hätte am 8. 8.
bestehen.“

Der Polizeier

Bei der P-
lau Standes-
bortigen „Gene-
wärtenden Poli-
zisten mit an-
sei im allgemei-
persönliche Er-
„Wir me-
des Hauses
gemeinlich zu
gers, sind wir
vor allem, fra-
beamte dazu,
niemand an
ruhigen Auf-
stand entge-
ist keine Lie-
herbe so heru-
tum, würde n-
von Rechts w-
... Unter-
dem Friede-
zu Kopf st-
empfinden
lassen. Aber
es auf. „Ein-
liche Individu-
... Das
Bäderjunge
straft, die ho-
heit wir nicht
„Maff-
fragt sprachlos
bezahlt wird.“

Die sozialde

Stad-
hat folgenden
„Die Versam-
das Haus d-
Standpunkte
rechtsreform
rechtung der
und das Haus
abzulehnen, ferne
Verammlung bei-

Da

Na, Go-
sprach
man hat
als tai-
... ist na-
das man
nun, ja,
Rur, d-

Wahl-
gierung
abge-
ant ist
r jener
schaft
aus ge-
n, wenn
anblung

ational-
rativen
für das
an der
r noch
chi auch
nehmen.
Zeit ge-
u große
nn doch
eraltete
e Frei-
solchen
Ephe-
lonier-
auch in

abge-
immer
s ihr
höchsten
Beste-
Vorlage
Stimmung

Borlage
anzu-
mrecht
Wahl-
ie aus-

kers.

s preu-
at, hat
stellen
ung
Wahl-
ines
aqu be-
st die
erster

ie den
ebung
in die
se Ab-
en ist
durch
Regie-
Bivil-
den in
nichts
zum
schlag
eines
Ein
steuer-
vielen
er zu
en!
ebung
einbe-
nn es
zu er-
is der
vollen,
ber-
essend
den
bl der
a, daß
e ein-
de sich
altung
ffent-

e also
ärter
a Ab-
dem
en.
durch
ber
e Be-
ein
f mit

Regie-
konfer-
 allem
ber-
n a,
hat
achten

aats-
wahl-
in-
hält
die
der
Weise
atten
chtigt
anzahl
des
egen-
ind.
des

n
dem
s der
a die
Seug-
eben
m in
der
hren.
h die
inter-
Teil
ann

(schon, Gendarmen etc.), ein weiterer blent aber auch länger.
H. Wallmeister, Wahlmeister usw. Mit ihm bleiben etwa 40 000
übrig, von denen jährlich der zwölfte Teil, gleich rund 3500, mit
dem Verfallungschein ins Zivilleben übertritt. Eine durch-
schnittliche Lebensdauer von 30 Jahren vorausgesetzt,
würden sich also rund 100 000 derartiger neben der weiteren
Boraussetzung eines Einkommens von mindestens 1800 Mark
nach fünfjähriger Wartzeit zum Aufrücken in die zweite Klasse
Berechtigt ergeben. Bisher wählten hier von nur wenige
in einer der beiden oberen Klassen, und in der dritten mögen
80 000 vorhanden gewesen sein. Wenn nun an nahmsweise, der
vorgeschriebenen fünfjährigen Karenzzeit halber, und wegen
nicht genügend hohen Einkommens 20 000 in der dritten Klasse
zurückbleiben, so erhöhe im übrigen die zweite immer noch eine
weitere Bereicherung von rund 60 000 Wählern.

Die Arbeiter und Handwerker aber sind dann erst recht
rettungslos in der dritten Klasse zusammengepackt!

Kant über deutsche Guld und preussische Wahlreform.

Kant, den genannt, nicht giltet zu haben, den ewigen Ruhm
des Wahlrechtsministers Bethmann-Hollweg bildet, schreibt in
seiner „Anthropologie“:

„Der Deutsche fügt sich unter allen zivilisierten Völkern am
leichtesten und dauerhaftesten der Regierung, unter der er ist,
und ist am meisten von Neuerungslust und Widerständigkeit
gegen die eingeführte Ordnung entfernt. Seine unvoreil-
hafte Seite ist vornehmlich eine gewisse Methodenlust, sich mit
den übrigen Staatsbürgern nicht etwa nach einem Prin-
zip der Annäherung an Gleichheit, sondern nach
Stufen des Vorzugs und einer Rangordnung peinlich
klassifizieren zu lassen und in diesem Schema des Ranges
... unerlässlich und so aus bloßer Bedanterie nach-
schäufeln zu sein. Das Entstehen dieser pedantischen Form geht
... aus dem natürlichen Hang hervor, zwischen dem, der herr-
schen, bis zu dem, der geborchen soll, eine Leiter anzulegen,
woran jede Sprosse mit dem Grade des Ansehens bezeichnet wird,
der ihr gebührt... was andern Völkern lächerlich
verkommen muß und in der Tat als Peinlichkeit
und Bedürfnis der methodischen Einteilung, um ein Ganzes unter
einen Begriff zu fassen, die Beschränkung des ange-
borenen Talents verrät.“

Der sich die blödsinnige Liste der „gehobenen Wähler“ in
der preussischen Wahlrechtsvorlage ansieht, wo von Provinzial-
räten, Provinzialausschüssen, Landesauschüssen, Gemein-
deverordnetenstellvertretern und ähnlichen bürgerlichen Würden-
trägern die Rede ist, wird auch hier die von Kant festgestellte
„Beschränkung des angeborenen Talents“ erkennen, die „den
andern Völkern lächerlich verkommen muß“ und in der Tat Preu-
ßen zum Gelächel der ganzen Welt gemacht hat.

Die Justiz wider den Wahlrechtskampf!

Nach der wüsten Attade der Braunschweiger Polizei
auf die Wahlrechtsdemonstranten vom 26. Januar brachte der
Braunschweiger „Volkstfreund“ unter anderem einen
Artikel: „Noch einmal die Braunschweiger Bar-
tholomäusnacht“, in dem die Sätze der Polizei wie das
ganze Regierungssystem in Braunschweig einer Kritik
unterzogen wurden. Der Artikel soll Verteidigungen des
leitenden Staatsministers v. Otto enthalten. Nach
dem Manuscript des Artikels wurde jetzt von der Kriminalpolizei
in der Redaktion des „Volkstfreund“ wie in der Woh-
nung des Genossen Redakteur Wesemeier eifrig, selbst-
ständig aber ohne Erfolg, gesucht. Genosse Wesemeier
hatte am 8. Februar bereits eine gerichtliche Vernehmung zu
bestehen.

Der Polizeisäbel in bürgerlicher Beleuchtung.

Bei der Polizeiattade, die am Sonntag in Bres-
lau standeserweitert wurde, ist der Chefredakteur des
breslauer „Generalanzeigers“ auf ein Paar mit dem Säbel eines
mündenden Polizisten in Verührung gekommen. Das Blatt kri-
stisiert mit anerkannter Schärfe die Heldentaten der Poli-
zei im allgemeinen und schreibt schließlich im Anschluß an das
persönliche Erlebnis seines Chefredakteurs:

„Wir meinen, da hört denn doch alles auf! Die Bewohner
des Hauses sind nicht mehr sicher, unter ihrem Dache nieder-
gemeldet zu werden. Ist das die Freiheit des deutschen Bür-
gers, sind wir soweit schon in Breslau angelangt? Wie kam
vor allem, fragen wir entschieden und nachdrücklich, der Polizei-
beamte dazu, auf privatem Boden den Säbel zu ziehen, wo
niemand an Demonstration dachte, wo niemand einmal einer
ruhigen Aufforderung, sich zu entfernen, den geringsten Wi-
derstand entgegenzusetzen hätte? Wir sprechen es aus und das
ist keine Uebertreibung: Ein Diktator, der die miserabelste Rich-
terherde so herumjagt wie gestern die Polizei harmloses Publi-
tum, würde nicht einen Tag in seinem Amte bleiben, und das
von Rechts wegen!...“

... Andere hätten den Anblick, bei dem wahrhaftig auch
dem friedlichsten Bürger das Blut lüchelt,
zu Kopf steigen konnte, als arge Provokation
empfunden und sich vielleicht zu Unbesonnenheiten hinreißen
lassen. Aber auch in den Augen der äußerlich ruhigen blühte
es auf. „Sind wir vielleicht Knechte, sind wir gemeingefähr-
liche Individuen!“ sprach es daraus.

... Das Trottoir ist für Fußgänger da. Wenn ein müder
Wanderer es mit seinem Sammelkörben betritt, wird er be-
straft, die hohe Polizei benutzt es zu Ritten, deren Notwendig-
keit wir nicht einzeln vermögen.

„Müssen wir uns das wirklich bieten lassen?“
fragt sprachlos der Bürger, aus dessen Tasche doch die Polizei
bezahlt wird. Wir bestreiten das.“

Die Aktion, die der Herr Chefredakteur des Blattes am
Sonntag empfing, hat also gekostet — ihm sind die Augen auf-
gegangen über das Wesen dieser preussischen Polizei. Der Aus-
druck zeigt, wie sinnlos brutal die Polizei gewalttätig sein muß.
Und lediglich, weil man den ruhig einhergehenden Arbeitern an-
sehen konnte, daß sie nicht des Vergnügens, sondern des Wahl-
rechts wegen auf der Straße waren.

Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadiverordnetenversammlung

hat folgenden Antrag eingebracht:
„Die Versammlung wolle beschließen, eine Petition an
das Haus der Abgeordneten abzugeben, in der vom
Standpunkte der Berliner Bürgerchaft die sogenannte Wahl-
rechtsreform in ihren Wirkungen auf die politische Ent-
rechtung der breiten Masse des Volkes dargelegt
und das Haus der Abgeordneten ersucht wird, die Wahlvorlage
abzulehnen, ferner den Magistrat zu ersuchen, dem Beschlusse der
Versammlung beizutreten.“

Das gute alte Wahlrecht.

Na, Gottseidank, es geht noch an!
(Sprach der Rentier zu seiner Alten) —
man hat ein bißchen so getan,
als tat man was — und läßt's beim alten.

„Es ist ganz vernünftig (schenk!) mal ein!
daß man die Bildung auch belohne,
nun ja, auch sie bringt etwas ein!
Kurz, die Reform ist gar nicht ohne.“

Vor allem hat man nicht geschmäht
den Einfluss der gefüllten Kasse.
Wer im Besitz ist, ist im Recht,
zu wählen in der ersten Klasse.

So blieb denn auch das Privileg
der preussischen Vordellbesitzer;
der Staat zeigt auch auf diesem Weg
sich als der höchsten Güter Schützer.

Sein ganz natürlich Ebenbild
steht er in dem Vordellbesitzer:
Wer ihr die Hand mit Geld gefüllt,
dem schenkt die Hure ihre Liebe.

Frang.

Die Schandvorlage vor dem Drei- klassenparlament.

(Schluß des Berichts über den ersten Verhandlungstag.)

Träger (fr. Vpt.): Namens meiner Freunde erkläre ich,

daß wir
diese Vorlage als für uns unannehmbar ablehnen müssen,
schon deshalb, weil das geheime Wahlrecht darin nicht enthalten
ist. (Beifall links.) Eine glatte Ablehnung wäre uns am liebsten.
Wenn aber große Parteien des Hauses Kommissionsberatung
wünschen, so werden wir uns daran beteiligen, um vor dem
Landes unsere Stellung im einzelnen zu rechtfertigen. Wir be-
halten uns die Stellung von Anträgen vor. Nach dem Januar-
vorgängen von 1908 waren unsere Hoffnungen auf die Wahl-
reform keine allzu hohen. Das vorliegende Resultat hat uns
aber doch unangenehm überrascht. (Sehr richtig! links.) Die
Vorlage ist sogar eine Verschlechterung des bisherigen Wahl-
rechts. Der Ministerpräsident hat seine Rede in demselben
ruhigen Ton der wohlwollenden Erwägung aller Momente ge-
halten, wie die bei der Wahlrechtsnovelle von 1908. Der Minister-
präsident scheint es zu verurteilen, daß eine politische Partei
den Willen zur Macht hat. Wir haben diesen Willen zur Macht
auch, wenn auch nicht als Zweck.

Der Ministerpräsident hat auch von der Agitation ab-
weisend gesprochen und scheint die Verhandlung dieser Vorlage
als ein Sammelbecken für allen Unrat anzusehen. Heute kann
aber auch eine noch so starke Regierung nicht gegen den aus-
gesprochenen Willen der großen Mehrheit eines Volkes regieren.
(Sehr richtig! links.) Es ist richtig, daß Preußen in Deutsch-
land die Vormacht ist, aber das darf nicht heißen: wir in
Preußen machen, was wir wollen. Mit diesem Standpunkt
kommt man nicht weiter. (Sehr richtig! links.) Ich bedaure,
daß der Ministerpräsident durch seine Begründung dem deutschen
Reichstags einen sehr schlechten Dienst erwiesen hat. (Lebh.
Zustimmung links.)

Wenn von organischer Fortentwicklung die Rede war, so
war damit doch nicht etwa gemeint, eine organische Fortentwicklung
innerhalb des Dreiklassenwahlrechts, sondern die gesamten Wahl-
vorschriften sollten organisch fortentwickelt werden. (Sehr richtig!
links.) Nun hat die Regierung die Wahlmänner beseitigt und
die direkte Wahl eingeführt. Schon mit dieser Aenderung ver-
läßt sie die Bahn der organischen Fortentwicklung innerhalb
der bestehenden Vorschriften, und sie sollte nun auch noch einen
Schritt weitergehen. (Sehr richtig! links.) Der Abgeordnete
von Nischoten hat vom Wahlmann, wie er heute besteht, offen-
bar eine ganz falsche Vorstellung. Er sieht in ihm nicht bloß
eine Dekoration, ein unnützes Beiwerk, sondern den Vertreter
und die Stütze der ganzen Wahlordnung.
Wenn die Regierung diesen wichtigen Wahlmann beseitigt, dann
hat auch das System der Klasseninteilung selbst keinen Wert
und keine Bedeutung mehr.

(Sehr richtig! links.) Dann wird eine inhaltslose Hülle kon-
serviert und nicht weiter. Die Regierung hätte ohne weiteres
nun auch den Weg zum gleichen Wahlrecht finden müssen.
Wenn sie das nicht getan hat, so geschah es nicht aus Furcht,
Verstehe ich zu beseitigen, sondern es geschah aus ganz anderen
Gründen. (Sehr richtig! links.) Also das Klassenwahlrecht ist
geblieben und die Ungleichheit ist damit erneut befestigt. Die
Begründung sagt, daß das Gewicht der einzelnen Stimmen sich
richtet nach der Zahl der Wähler, die jeweilig in derselben
Klasse wählen. Damit ist klipp und klar ausgesprochen, daß
wir im preussischen Wahlrecht ein ungleiches Wahlrecht haben.
(Sehr richtig! links.) Fällt der Wahlmann, so hätte auch die
Klassenwahl fallen müssen, denn fällt der Herzog, so muß auch
der Bauer fallen. Aber den Mantel hat man nur noch fester
um die Schultern gezogen. (Sehr richtig! links.)

Nun ist die eingeführte Maximierung, eine Bereicherung
unseres Sprachschatzes, aber keine Bereicherung der Materie.
(Weiterer Beifall links.) Ich bete durchaus nicht
wie Herr v. Nischoten die Statistik geradezu an, aber ich sage
auch nicht gleich, sie sei gefälscht, wenn sie mir nicht paßt. Es
kommt aber bei einer Statistik nicht bloß auf die Zahlen an,
sondern auf die Fragestellung. (Sehr richtig! links.) Es kommt
vor allem darauf an, was man von einer Statistik hören will.
Was sollen wir nun damit anfangen, wenn uns nachgewiesen
wird, daß unter Umständen Abgeordnete von allen drei Klassen
gewählt worden sind. Was sollen wir mit einer Erörterung
der tiefinnigen Frage, wie oft die Wähler erster und zweiter
Klasse die Wähler dritter Klasse überstimmt haben usw. Das
ist uns gleichgültig. Für uns ist

das Prinzip der Gleichberechtigung die Hauptsache.
(Lebh. Beifall links.) Mit der Einführung der Maximierung
will man die bisherigen Schönheitsfehler, die Bezirke mit ein
und zwei Wählern, beseitigen. Im ganzen trifft aber die
Maximierung nur 13 000 Wähler und nur eine geringe Zahl
von Wahlkreisen. Im übrigen wird alles beim alten bleiben.
(Sehr richtig! links.) Bei der Begründung des Auftrags
eines einzelnen Kategorien von Beamten in höhere Klassen hat sich
die Regierung ins eigene Fleisch geschnitten. Erst hat man uns
hier des langen und breiten auseinanderzusetzen, daß in den
meisten Kreisen der Abgeordnete von der zweiten und dritten
Klasse gegen die erste Klasse gewählt worden ist, und daß
deshalb der Wille der Wähler dritter Klasse bei der Wahl zum
Ausdruck gekommen sei. Jetzt aber sagt die Regierung
selbst, daß das Wahlrecht dieser geistig hochstehenden Wähler in
der dritten Klasse nicht ins Gewicht fällt. (Lebhaftes Hört!
Hört! links.) Deshalb sollen sie in die höhere Klasse. Also
selbst die Regierung sagt, daß die Wähler dritter Klasse
entrechtet sind.

(Sehr richtig! links.) Einige Berufsgruppen sollen nun durch
die Vorlage die Möglichkeit bekommen, in die höhere Klasse
aufzurücken. Wo bleiben aber die anderen Kategorien? Wo
zum Beispiel hervorragende Künstler? Wo bleiben so viele
andere Stände? Wo bleiben die Handwerker, wo die freien
Erwerbstätigen, die vermöge ihrer praktischen Tüchtigkeit,
durch die sie im Leben vorwärts gekommen sind, einen berech-
tigten Anspruch auf die gleiche Berechtigung haben, wie die be-
vorzugten Kategorien? (Sehr richtig! links.) Wir haben hier insolge-
dessen eine politische Entrechtung der Erwerbstätigen zugunsten
der Beamten vor uns. (Sehr richtig! links.) Ich gönne den
Beamten alle Beförderungen, alles Ansehen von ganzem
Herzen, aber es fragt sich nur, ob das der richtige Weg
ist, ihnen Anerkennung zu geben. Und dann mögen sich die
Beamten, indem ich ihnen Rattowitz entgegenrufe, einmal fragen:
Ist es eine goldene Kette, die ihnen umgehängt wird, oder sind
es eiserne Ketten, an die sie gelegt werden sollen. (Lebhaftes
Zustimmung links.) Es scheint doch da eine ganz bestimmte
Absicht abzumwalten, und

gerade nach den Vorgängen von Rattowitz
muß man darauf kommen. Wir stellen unsere Forderungen!

Hier nicht aus Rücksicht auf Agitation, sondern wir gehen unseren
Weg nach unserer besten Überzeugung, und die verlangt ein
gleiches und gerechtes Wahlrecht. (Lebhafter Beifall links.)

Schäfer (natl.): Wir freuen uns, daß Herr Träger nicht
in intransigentester Weise die Übertragung des Reichstagswahl-
rechts auf Preußen verlangt hat. Wir wollen an dem Wahl-
recht im Reich nicht rütteln lassen, lehnen aber die Übertragung
auf Preußen ab. Die Einführung der direkten Wahl ist ein
allerdings mehr formeller Vorteil; wir fordern außer der Be-
seitigung der indirekten Wahl auch die Beseitigung der pluto-
kratischen Starrheit und der Öffentlichkeit der Wahl und eine
Neueinteilung des Wahlkreise. (Bravo links.) Die Bevorzugung
der Beamten erfolgt offenbar nach dem Sage: Dem Gott ein
Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand. Die Bestimmung aber,
daß man 10 Jahre lang Beamter gewesen sein muß, um des
Privilegs teilhaftig zu werden, scheint nach dem Motto zu erfolgen:
Dem Gott ein Amt nimmt, dem nimmt er auch den Verstand.
(Beifall links.)

Im Namen der Beamten, die vielleicht nicht zehn Jahre im Amt
belaufen werden,

(Rebner wendet sich zu Bethmann-Hollweg) möchte ich gegen diese
Prozis protestieren. (Große Stille.) Bei einer Neueinteilung
der Wahlkreise wollen wir im Gegensatz zu den Freisinnigen nicht
nur mechanisch die Bevölkerungsgrößen, sondern auch andere Fak-
toren berücksichtigen. Wenn sich vereinzelte Nationalliberale für
die öffentliche Wahl ausgesprochen haben, so haben sich dafür auch
vereinzelte Konservative für die geheime Wahl ausgesprochen.
Diese Vorlage bringt keine organische, sondern eher eine anorga-
nische Fortentwicklung des bestehenden Wahlrechts. Sie ent-
spricht nicht dem Versprechen des Fürsten Bülow, der übrigens
auch durch das Gesetz benachteiligt würde, weil er nicht volle
zehn Jahre im Amt war. (Allgemeine Heiterkeit.) Die Wahl-
reform ist nicht nötig, weil der König sie versprochen, sondern
umgekehrt: weil sie nötig ist, daß der König sie versprochen.
(Sehr richtig! links.)

Die geringe Wahlbeteiligung in Preußen
ist auf das schlechte Wahlrecht zurückzuführen. Ein Wahlrecht
aber, das zum Nichtwählen anregt, hat seinen Verfall verdient.
(Lebhafter Beifall links.) Die öffentliche Wahl muß beseitigt
werden. Bei der öffentlichen Wahl braucht der Landrat nur mit
den Augen zu zwinkern, um Bauern und Landarbeiter in ihrer
Stimmabgabe zu beeinflussen; ja, es genügt zu diesem Zwecke
schon, daß sein Geist in den Wahlräumen lebt. Wir werden
nicht rasten, bis die Wahlrechtsfrage gelöst ist. Freilich ist sie
nicht mit Wahlrechtsdemonstrationen zu lösen, die heute wohl
bloß des schlechten Wetters wegen unterbleiben sind. (Zurufe
b. d. Soz.: Ach nein! Die kommen noch!) Wir verurteilen alle
Strafentworfungen auf das Schöffensystem, und Sie (zu den Soz.)
tragen die Verantwortung für die Folgen der Demonstration,
die leider immer nur die Teilnehmer, und nicht Sie, die Führer,
treffen. Uns Liberalen erschweren die Kundgebungen nur die
Arbeit für ein gerechtes Wahlrecht! Wir werden versuchen, aus
der Vorlage etwas Brauchbares zu schaffen. (Stürm. Beifall
b. d. Liberalen, Rufen b. d. Soz.; darauf erneuter Beifall b. d.
bürgerlichen Parteien.)
Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag
11 Uhr.
Schluß 4 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

H. S. 200. Durch notariellen Vertrag
100 x 100. Selbstverständlich konnte Sie Ihr Gläubiger
mahnen. Ob die Form eine besonders angemessene war, sei
dahingestellt. Suchen Sie der Klage, die Ihnen bloß noch Kosten
schafft, durch gütliche Einigung aus dem Wege zu gehen.

Auf mehrere Fragen. Wer der Redaktion bei Stellung
einer Frage nicht soviel Vertrauen schenkt, daß er seinen Namen
nennt, braucht auf keine Antwort zu rechnen.

R. A. Marten. Gewiß müssen Sie zahlen. Wenn Sie sich
aber den Lohn pflanzen lassen, brauchen Sie nur für die beiden
letzten Quartale bezahlen.

Zwei Wettende, Dortmund. 1. Nach Köln ist es weiter.
2. Nach Köln 3. Kl. 320 Mk. 3. Beif. 240 Mk.
Lösungsschein. Schlußwache auf beiden Augen.

597

Der

Halleysche Komet

und Salem Aleikum-Cigaretten sind
zwei viel bewunderte Erscheinungen.
Der Erstere verdankt diese der
Seltenheit einer „Komet“-Erschei-
nung, die Salem Aleikum-Cigaretten
aber verdanken die ihnen gezollte
Bewunderung und mit ihr eine bei-
spielslose Verbreitung und Belieb-
theit — ihrem köstlich-feinen Ge-
schmack und Aroma. — Echt mit
Firma: Orientalische Tabak- und
Cigarettenfabrik

„Yenidze“

Inh.: Hugo Zietz, Dresden.

Salem Aleikum-Cigaretten sind ausser zu 3/4, 4, 5 Pfg. das
Stück auch in Luxusqualitäten zu 6, 8 und 10 Pfg. erhält-
lich. Diese Cigarette wird nur ohne Kork, ohne Goldmund-
stuck verkauft. Bei diesem Fabrikate sind Sie sicher, dass
Sie Qualität, nicht Konfektion bezahlen.

„Weisheit“ und „Weisheit“! So verschiedenartig
der Sinn dieser beiden Begriffe ist, so lassen sie sich doch mit-
einander verbinden. Die „Weisheit“ der Wälsche, die B. wird
wesentlich von der „Weisheit“ der Hausfrau beeinflusst. „Weis-
heit“ Hausfrauen wissen nämlich schon längst, daß „weisse“ Wälsche
besonders schön, rein und lustig frisch wird durch Gebrauch von
Santals „Weisheit“. Dieses absolut selbsttätige Waschmittel
in höchster Vollendung reinigt und bleicht die Wälsche nicht nur
in denkbar vollkommenster Weise, sondern schont und erhält sie auch
ganz außerordentlich, was vor nicht so unendlich langer Bedeu-
tung ist. Während bei der alten Waschmethode durch das schäd-
liche Reiben und Bürsten das Gewebe arg geschädigt und die
Faser schnell zerstört wird, fällt diese raue Behandlung bei Ge-
brauch von Peril fort. Es genügt hierbei lediglich einmaliges
ca. 1/2 stündiges Kochen und nachheriges Nachspülen in klarem
Wasser und die Wälsche ist alsdann blütenweiß geworden und be-
sitzt den frischen Geruch der Rosenblende. Also denkbar geringste
Arbeitsleistung bei höchstem Wäscheeffekt! Trotz dieser eminenten
Wirkung ist Peril absolut unschädlich und gefahrlos, da in ihm
keinerlei giftige oder scharfe Stoffe, wie Chlor usw., enthalten
sind. Hierfür leisten die Fabrikanten Senkel u. Co., Düsseldorf,
unvergleichliche Garantie.



In teurer Zeit

596

leiten **MAGGI' Suppen**

der sparsamen Hausfrau vorzügliche Dienste. Nach wie vor kosten sie nur 10 Pfg. (ein Würfel für 2-3 Teller). Sie schmecken, nur mit Wasser wenige Minuten gekocht, ebenso kräftig wie die beste mit Fleischbrühe hergestellte Suppe. Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S Suppen** (Schuhmarke Kreuzstern).

Mehr als 30 Sorten.

„MAGGI's gute, sparsame Küche“.

Möbel auf Abzahlung

Für Mk. 90.- Anz. 4 Mk.
Für Mk. 120.- Anz. 6 Mk.
Für Mk. 175.- Anz. 8 Mk.
Für Mk. 230.- Anz. 10 Mk.
Für Mk. 350.- Anz. 18 Mk.

Im grössten, ältesten u. reell. Kredithause von 606

N. Fuchs,
Dortmund
Ostenhellweg 41.

Ausserdem erhalten Sie noch 25 % Rabatt von der Anzahlung sofort vorgütet.

Jeder erhält Gutscheine für eine beliebige Gratz-Zahlung.



Eine gute Uhr an billigstem Preise kaufen Sie am besten beim Bachmann

Uhren-Hübler

Bielefeldstr. 43 u. 55. Tel. 391.
Wecker von 2 Mk. an
Groschen-Uhren von 3 Mk. an
Grosche Freischwinger

Regulateure von 14 Mk. an
Trauringe sehr billig.

Arbeiter kauft nur bei Uhren-Hübler, der seine in Anbetracht der Arbeiter-Zeitung.



Böhmischer

Hustentee

(A Paket 40 Pfg.)
in der Flasche schafft Linderung! 273
Allein-Verkauf:

Tromme, Drogerie
Dortmund, Bernstr. 117.
— Telefon 7237. —

Erklärung!

Der Althändler Werner, Seilgasse 49-56, verkauft zu Schlunderpreisen neue und neuere Herren- u. Damenkleider, Schuhe, Stiefel etc. wegen Ueberfüllung des Lagers. 617
Nur Seilgasse 49-56.

Wiederverkäufer!
Socks
Wiederverkäufer!

Knaben-Anzüge

Blusen-Anzüge, Jacken-Anzüge, Kieler Anzüge, Kadett-Anzüge, Norfolk-Anzüge, Schul-Anzüge, gestriekte Anzüge, Paletots, Pyjacks, Capes, Hosen, Blusen, Joppen, Jünglings-Anzüge, Jünglings-Hosen, Ledonjoppen.

Hettlage & Co., Dortmund.

Wir verschenken 7000 Uhren!



Wir haben uns entschlossen, 7000 Uhren zu verschenken, lediglich gegen Vorlegung des Arbeitslohnes von 6.- Mk. pro Stück. Die Uhr-Chronometer-Uhr ist eine hochfeine, moderne Präzisions-Uhr in feinem Silber-Gehäuse, welches sonst 30 Mk. kostet. Von einer solchen Uhrung unserer Uhr-Gehäuse-Uhren für Herren oder Damen haben wir zu dem gleichen Preise 200 Stück zur Verfügung gestellt.
Diese Uhren besitzen gleichfalls ein vorzügliches, genau reproduziertes Werk, die Gehäuse sind aus dem die Goldfarbe nie verlassenden Silber-Gehäuse hergestellt und auf elektrischem Wege mit einem Gold-Überzug versehen. So hat sie in Wahrheit den Anschein nach einem Gold nicht zu unterscheiden. Silber-Gehäuse ist unbedingt die beste Gold-Imitation der Welt, und leisten wir für gutes Tragen 15 Jahre Garantie. Diese Uhren sollen somit 3. Mk. wir liefern diese 200 Stück für Herren oder Damen gratis nur gegen Vorlegung des Arbeitslohnes von 6.- Mk. pro Stück.
Wir machen Ihnen also tatsächlich mit diesen Uhren ein Geschenk, und hoffen, dass Sie die Uhren eine wirklich gute, taugliche Uhr liefern werden, da wir doch durch Ihre Empfehlung auf weitere Geschäfte rechnen und uns erst aus diesen ein Augen erwachen soll. Die Anfragen nach unseren Gratis-Uhren laufen sehr zahlreich ein, es wird also voraussichtlich der zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellte Vorrat bald erschöpft sein. Wenn Sie diese Gelegenheit, die kaum ein zweites Mal geboten werden, von der Sie ergötzt sein werden, die Ihnen lebenslang wertvolle Dienste leisten wird. Sie überlassen wir Ihnen die freie Wahl, ob Sie die Uhr sofort in Empfang nehmen oder ob Sie die Uhr erst nach 15 Jahren in Empfang nehmen wollen. Bei Rücknahme oder Barzahlung für Porto und Verpackung berechnen wir 70 Pf. Bei Rücknahme werden wir die Uhr zurücknehmen und Sie werden eine Uhr in Silber-Gehäuse zu 1.50 Mk. statt 4 Mk. in Silber-Gehäuse zu 1.50 Mk. statt 6 Mk. erhalten. Bei Rücknahme werden wir die Uhr zurücknehmen und Sie werden eine Uhr in Silber-Gehäuse zu 1.50 Mk. statt 4 Mk. in Silber-Gehäuse zu 1.50 Mk. statt 6 Mk. erhalten. Briefe, kosten 20 Pf. Postk. 10 Pf. Porto.

Exporthaus Feld, Zürich, Schweiz.

Geradezu verblüffend

Ist der Erfolg während des Bestehens unseres Geschäfts. Hier trifft in Wirklichkeit das Sprichwort zu:

Nur das Gute bricht sich Bahn!

Vor dem Einkauf von Möbeln, Betten, Herden, sowie ganzer Wohnungs-Einrichtungen wenden Sie sich an das

streng reelle, ehrliche, Verzahlungs-Geschäft

von **Masthoff & Co.**

Unsern geringen Verdienst und unsere geringen Spesen lassen wir der werten Kundschaft zugute kommen, indem wir soviel billiger liefern. Kunden, die ihr Konto in anderen Geschäften ausgleichen, erhalten Möbel ohne Anzahlung.

Bringen Sie nachstehendes Preisverzeichnis beim Kauf oder Ankauf der Möbel mit.

Möbel auf Abzahlung!

Anrichte 35, 38, 49, 52, 59 Mk.	Anz. v. 6 Mk. an
Bettstellen mit Matratzen 49 und 54 Mk.	" 8 "
Federbetten 20, 24, 27, 30, 35, 40 Mk.	" 6 "
Kommoden 38, 42, 45 Mk.	" 6 "
Vertikals 48, 56, 65, 68 Mk.	" 7 "
Spiegel und Trumeaus von 2-50 Mk.	" 1 "
Herde 35, 38, 58, 74 Mk.	" 6 "
Glaschränke 35, 38, 40, 42 Mk.	" 7 "
Büffets von 48, 52, 54 Mk.	" 7 "
Diwans unter 100 Mk. Garantie 65 Mk.	" 10 "
Kleiderschränke 40, 45, 52, 65, 75 Mk.	" 7 "
Sofas, Ausziehtische, Küchentische	" 2 "

Große Auswahl in Stühlen, Bettfedern, Vorchent, Spiegel, Nacht- und Wasch-Kommoden, Pulsschränken, Cabretten, Eimerchränken, Wasserbänken, sowie komplette Küchen- und Schlafkammer-Einrichtungen zu staunend billigen Preisen unter den denkbar günstigsten Bedingungen.

Masthoff & Co.

Fernruf 2707. **Möbel-Kredit-Haus** Fernruf 2707.
1. Kampstrasse 44-46 Dortmund Ecke Weberstrasse
parterre, I. und II. Etage.

2% Rabatt.

Confirmanden-ANZÜGE

Reelle Qualitäten
Tadelloser Sitz
Beste Verarbeitung

von 601

850

bis

4500

fertig und nach
Mass, in blau und
schwarz.

Grosse Auswahl!!



J. Lion Dortmund

Inhaber: Albert Stern

Brückstraße 8.

Telephon 7930.

Telephon 7930.

Wichtig für
jede Hausfrau!

Ozonit

aus der Fabrik von
Dr. Thompson's Seifenpulver (Marke Schwan)
modernstes Waschmittel
(Prof. Giessler's Patent)
gibt nach halbstündigem Kochen
blendend weisse Wäsche.

Garantiert frei von Chlor und
allen schädlichen Bestandteilen.

Ein Versuch überzeugt
Zu haben in den einschlägigen Geschäften



Die hierorts fallenden **Schweinpreise** ermöglichen es mir, in **Schweinefleisch** (bestehend aus Schinken, Lenden, fleischigen Werten, Knochen etc.) garantiert inländische, tierärztlich untersuchte Ware, in Mäßen von 30 Pfd. an v. 30 Pfd. mit 30 Pfg. zu offerieren. Postfrei enthaltend 9 Pfd. 3.- Mk. in **Alten** (Dachstein) vollständig v. 30 Pfd. 55 Pfg. Alles ab hier per Nachnahme. Garantie: Nichtgefallendes retour. Alb. Carstens, Altona.

Sparsame Frauen, stricken nur Sternwolle

Orangestern
Blaustern
Rotstern
Violetstern
Grünstern
Braunstern
feinste Sternwolle
hochfeine Sternwolle
beste Konsum-Sternwolle
Strümpfe und Socken aus Sternwolle sind die **billigsten**, weil an Haltbarkeit im Tragen unübertroffen!
Reklame-Plakate auf Wunsch gratis!
Norddeutsche Wollewarenfabrik & Kammergarnspinnerei, Altona-Bahrenfeld.

werden
Soweit
einem
wichtige

Das Ru

Die Fre
boten durch
manbieren, d
vor den Jun
den Liberales
Kaiser und
ischen Darstell
fielen über
haben könnte
in der Einfid
tags, nicht in
Reichstag zu
sich aber besch
wurde. Nur
haben.

So ruhe
Bourgeoisie v
nicht ferner
gegen den
Bourgeoisie
fürchtet. Au
bedeutet für
Die Vereinig
Deutschland d
Bourgeoisie.
die Ernüchter
die monarchie
meisten braun

Nun wir
schafflicher un
der Bourgeoisie

Ver allen
rupen. Das
sante Bourge
bat einen Um
routinierten
und Schreden
des „Berl. Ta
für Industrien
Bantwelt vorl
immer neue
gestellten Ku
Einfender glau
gonda der Pa
bestimmter Ba
berichte in ei
großen Verlan
firmen minde
wegs, die Deu
selbst in den
damit die Reif
diese sind dur
die gewaltige
Zeit stattgefun
Banken. Die
turrenz reicht

Wib

35) Zum Glü
ranch verurfa
wohl, und oft
Mit fliegende
halt zu und ba
nahm er mir d
Der Sergeant
diesem Galbun
nur unwirlich
flappte hinter
„Aber Men
du nur —?“

„Das habe
eine solche Dum
„Da hastest
du dich zeitliche

„Das fiel m
vorstellen, den
meiner entsehl
diese Sache war
du über meinen
Einige Tage ver
Bormittags wu
geanten wieder
vorallt quälte
Wetter, doch strö
innere mich leht
Nuance größer
Dann — ich weis
Mein Kopf war
mit großer Gewo
nur noch, daß ich
die freischenden
Parabemarsch üb
Befestigung dier
„Ja ja, ich
„Auf einen
Ich stieh mit mei
am Fuße eines
Barm der aerfchel

Beilage der Arbeiter-Zeitung

Nr. 36.

3. Blatt.

Dortmund, Samstag, den 12. Februar 1910.

49. Jahrg.

Achtung! Partei- und Gewerkschafts-genossen!

Morgen Sonntag vormittag, den 13. Februar, soll das erste Wahlrechtsflugblatt verbreitet werden. Die Genossen der Stadt Dortmund treffen sich morgens punkt 8½ Uhr in ihren Bezirkslokalen. Soweit sich die Verbreitung in den Landorten für Sonntag nicht mehr ermöglichen läßt, muß dieselbe an einem Wochentag vorgenommen werden. Es darf wohl erwartet werden, daß sich die Genossen zu dieser wichtigen Arbeit vollzählig einfinden!

Der Zentralvorstand.

Das Ruhebedürfnis der Bourgeoisie.

Ein Nachwort zum Falle Oldenburg von Barbus.

Die Freiheit des Junkers Oldenburg wird noch überboten durch den Uebermut, mit dem die Junker das Reich kommandieren, dieser — durch die Reiztheit, mit der die Bourgeoisie vor den Junkern zurückweicht. Denn selbst die Liberalen unter den Liberalen wagten es nicht, das Rechtsverhältnis zwischen Kaiser und Reich, das, im Grunde genommen, der Oldenburgischen Darstellung durchaus entspricht, zu kritisieren, sondern sie fielen über Oldenburg her, weil der Kaiser die Absicht nicht haben könnte, die ihm dieser zumutet: ihre Zurechnung liegt also in der Einsicht des Kaisers von der Zweckmäßigkeit des Reichstags, nicht in der Kraft und dem Willen der Bourgeoisie, den Reichstag zu schützen. Die ganze Wut der Bourgeoisie entlud sich aber deshalb, weil das heisse Thema überhaupt angeschnitten wurde. Nur nicht ansetzen! Die Bourgeoisie will ihren Frieden haben.

So ruhebedürftig, wie in diesem Augenblick, war die deutsche Bourgeoisie vielleicht noch niemals. Wie war sie doch vor gar nicht ferner Zeit ganz anders, als sie mit Spießen und Stangen gegen den Kaiser losgezogen war? Das zeigt auch, daß die Bourgeoisie keineswegs die sechs Mann des Herrn Oldenburg fürchtet. Auch nicht den Kaiser! Aber das monarchische Prinzip bedeutet für die Bourgeoisie die Trennung von Armee und Volk. Die Vereinigung von Armee und Volk dagegen bedeutet in Deutschland die Herrschaft des Proletariats. Das fürchtet die Bourgeoisie. Darum kam über sie auch voriges Jahr so schnell die Ernüchterung. Es stieg ihr zum Bewußtsein, daß sie selbst die monarchische Gewalt und die Autorität des Kaisers am meisten brauche.

Nun wirken in diesem Augenblick noch eine Reihe wirtschaftlicher und politischer Momente mit, die das Ruhebedürfnis der Bourgeoisie in Deutschland eminent steigern.

Vor allem möchte sie den Aufschwung in Ruhe ausnützen. Das Börsenpublikum, und das ist heutzutage die gesamte Bourgeoisie, will „neues Geld“ haben. Die Spekulation hat einen Umfang und eine Intensität genommen, die selbst die routinieren Börsenmenschen und Bankgewaltigen in Staunen und Schrecken versetzt. So leben wir jetzt in der Handelszeitung des „Berl. Tagebl.“: „Woher kommen immer von neuem Käufer für Industriebörsen — so lautet die Frage, die sich Börsen und Bankwelt vorlegen. Und in der Tat ist es erstaunlich, daß sich immer neue Käuferfindungen finden, die sich zu den bereits stark gestiegenen Kursen von der Hausseströmung treiben lassen.“ Der Einfelder glaubt, die Schuld daran trage die Geschäftspropaganda der Banken. „Da werden telegraphische Empfehlungen bestimmter Papiere in die Welt hinausgeschickt, gedruckte Börsenberichte in einem Umfange expediert, wie es sonst nur bei großen Verbandschaften der Fall ist. Und schließlich haben Firmen minderen Ranges eine Anzahl von Reisenden unterwegs, die Deutschland nach allen Richtungen durchstreifen und selbst in den kleinsten Orten den Kundenfang betreiben.“ Allein, damit die Reisenden Kunden finden, müssen Kunden da sein: diese sind durch 15 Jahre intensiver Aktiengründungen, durch die gewaltige Mobilisation des Kapitals, die während dieser Zeit stattgefunden hat, geschaffen worden. Das ist das Werk der Banken. Die Kenntnis der Mehrheitsbildung und der Konkurrenz reicht längst nicht mehr aus, um die kapitalistische Ent-

wicklung zu begreifen. Man kennt die kapitalistische Welt nicht mehr, wenn man die Tätigkeit der Banken nicht kennt. Die hungerige Wölfe, warf sich die Bourgeoisie mit der steigenden Konjunktur auf die Börsenwerte, reißt und zehrt nach allen Richtungen — und will nicht gestört werden.

Sie wird aber doch gestört! Da sind die handelspolitischen Schwierigkeiten. Der Zollkrieg mit Kanada, die Differenzen mit den Vereinigten Staaten, die ebenfalls nahe daran sind, in einen Zollkrieg überzugehen; dazu nunmehr auch noch der Zollkrieg mit Frankreich. Zuguterletzt haben die englischen Banken die Gefahr englischer Schutzzölle bedenklich nahe gerückt. Man kann sich der Besorgnisse nicht erwehren — umso mehr möchte man wenigstens für den Augenblick Ruhe haben, für die kurze Zeit, da es so leicht ist, Dividenden einzustreuen und Kursdifferenzen zu schneiden. Nachher die Zinsschuld!

Angenehm präpariert ist die Situation in der auswärtigen Politik. Wir haben die militärische Provokation durch das bedingungslose Eintreten für Österreich beim Balkanstreit von vornherein auf das Schärfste bekämpft. Deutschland besaß damals noch eine Autorität in Europa. Es warf diese Autorität für ein Nichts in die Waagschale. Aus Nichts wurde Nichts, und das Ergebnis ist u. a., daß nunmehr auch Österreich — worauf wir schon längst verwiesen haben — von Deutschland abgerückt. Jetzt wissen wir, wie die Dinge damals auf die Spitze getrieben wurden. Bülow folgte dem Druck der bürgerlichen Öffentlichkeit. Die Zeitungen haben die Politik gemacht. Nunmehr aber schreibt die „Ab.-Westf. Zeitung“, die beim Kummel um das Kaiserinterview — worauf bekanntlich Bülow die deutsch-österreichische Verbrüderung ostentativ verkündete — am lauteften schrie: „Wir werden uns mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß in absehbarer Zeit das österreichische Bündnis nicht viel größeren Wert haben wird, als das italienische, das heißt den Wert einiger Reden und Besuche und im Ernstfalle leinen.“ Österreich folgt, abgesehen von seinen unmittelbaren Interessen im Orient, die durch die Erklarung der Türkei eine Verchiebung erleiden, in der Bündnisfrage der Richtung, in der die größere Macht liegt, — und diese Richtung führt nicht mehr zum Deutschen Reich. Darum ließ denn auch der stumme Bethmann-Hollweg dem kaiserlichen Gehege seiner Fährten den Weisheitspruch entgeilen, die Lage in der auswärtigen Politik sei nicht dazu angetan, um in der preussischen Wahlrechtsfrage große Kämpfe zu ertragen. Er fürchtete die Revolte der Agrarier und schied damit zugleich die Bourgeoisie, die vor allem ihren Frieden bewahrt haben möchte. Mit der Aufhebung der Arbeiteremission glaubt der Reichskanzler nicht rechnen zu müssen.

Und andererseits, was das politische Auftreten des Proletariats anbelangt, hatte Deutschland in den letzten 20 Jahren die ruhigste Entwicklung von ganz Europa. In anderen Staaten gab es Straßenkämpfe, Massenstreiks, Revolutionen, die Arbeiter erlittenen sich Rechte, zwangen die Regierung ein anderes Verhalten auf, erreichten teilweise eine Verhängung der verwerflichen Kräfte der Staatspolitik, in Deutschland ist nichts geschehen, nichts hat sich geändert, nur die Stimmen der Sozialdemokratie schwellen an, bald mehr, bald weniger, dann wieder mehr. Jedesmal, wenn die steigende sozialdemokratische Flut ihr zum Bewußtsein kommt, erfaßt die Bourgeoisie ein Grauen, aber dann stellt sich die Abspannung ein, die Bourgeoisie sucht Ruhe und beruhigt sich darauf, daß sie noch immer den Reichstag für sich und die Armee hinter sich hat. Ab und zu zuckt es, wie ein Wetterleuchten, in der Öffentlichkeit — jetzt. Die

Abbedakatastrophe — wilde Gährung unter den Massen in den Tiefen wird sichtbar! Entsetzt prallt die Bourgeoisie zurück — und verfällt nach kurzer Zeit wieder in die Lethargie. Nur nicht daran denken! Ruhe — nichts als Ruhe! Sie fürchtet selbst am meisten, die Ruhe zu stören. Sie wagt es nicht mehr, sich politisch zu rühren. Sie scheut jede Neuerung, jede Erregung. Und wenn ein Herr Oldenburg ihr ins Gesicht spuckt, wüßte sie es bescheiden mit dem Taschentuchlein ab. Nur sich nichts anmerken lassen. So groß ist das Ruhebedürfnis der Bourgeoisie in Deutschland.

Das Ruhebedürfnis der proletarischen Massen ist weniger groß. . . .

Die Aufforderung des Januschauers und die Soldatenehre.

„Denn noch sind viele, die das für Soldatenehre halten, gedankenlos und willenlos alles zu tun, was elende und jeder Herren ihnen befehlen. Sie erklären dadurch, daß sie und jeder Soldat, der eingekleidet ist, unvernünftige und willenlose Tiere geworden, die man jagen und treiben kann, wohin man will. Denn wie könnten sie sonst für den Dienst in der Hölle streiten? Denn das ist die Hölle auf Erden, wenn List und Gewalt alle Freiheit vertilgen will, das ist der Teufel selbst auf Erden, wenn ein Tyrann aufsteht, der Licht und Freiheit und Ehre und Glück und alles, was Menschen teuer und ehrwürdig ist, hasst und schändet.“

„Das ist die wahre Soldatenehre, daß kein König und Fürst, keine Gewalt noch Herrschaft den edlen und freien Mann zwingen kann, das Schändliche oder Unrechte zu tun, oder tun zu helfen.“

„Denn wenn ein Fürst seinen Soldaten befehlt, Gewalt zu üben gegen die Unschuld und das Recht; wenn er sie gebraucht, das Glück und die Freiheit ihrer Mitbürger zu zerstören; wenn er sie den Feinden des Vaterlandes gegen das Vaterland zu Hilfe schickt; wenn er durch sie seine eigenen Landsleute plündern, verheeren, belästigen ließe, müßte sie nicht immer gehorchen, was wider Gottes Gebot und das ebenso heilige Gebot streitet, das Gott in unser Gewissen gepflanzt hat.“

„Soldat, auch du bist ein Mensch, und du sollst den Menschen nicht ausweichen, wenn du die Kontur anziehst.“

Das ist die Antwort eines echten „Patrioten“, der jetzt allerorten gefeiert wird, nämlich des nachmaligen preussischen Professors Ernst Moritz Arndt. Die treffenden Worte schrieb er im Jahre 1812 im „Katechismus für deutsche Soldaten“. Und heute schreiben wir 1910!

So muß es kommen!

Unter dieser Spitzmarke plaudert die „B. a. M.“: Ein höchst wichtiges politisches Ereignis, das sich in voriger Woche im Reichstagsgebäude zugetragen hat, über das aber von

„Soldaten sein schön!“

Wörter aus Kaserne und Kazerett.

Von Karl Fischer.

(Nachdruck verboten.)

Fortsetzung.

35) Zum Glück hatte dieser Ueberfall kein großes Geräusch verursacht. Dieser Gefreite wollte mir immer wohl, und oft hatte er mir ein Stück Brot zugesteckt. Mit fliegenden Worten flüsterte ich ihm den Sachverhalt zu und bat ihn, zu schweigen. Er versprach mir. Dafür nahm er mir das Messer ab, und ich ging zurück in meine Zelle. Der Sergeant, der noch immer vor der Tür stand, konnte in diesem Halbdunkel meine Aufregung nicht bemerken, er fragte nur unwirsch, als er mich öffnete, wo ich so lange war, und klopfte hinter mir die Tür zu.

„Der Mensch!“ entfuhr es Volters Lippen. „Wie konntest du nur —?“

„Das habe ich mir dann auch gedacht. Wie konnte ich nur eine solche Dummheit begehen wollen!“

„Da hattest doch gar nicht mehr lange zu sitzen! So hättest du dich zeitweilig unglücklich gemacht.“

„Das fiel mir auch ein. — Aber du kannst dir nicht den Sag vorstellen, den ich auf diesen Menschen hatte. Ich dachte in meiner entsetzten Wut an nichts, als an meine Rache. — Also diese Sache war vorüber. — Ich habe das bloß mit erzählt, damit du über meinen Zustand ein klares Bild bekommen konntest.“

Einige Tage vergingen wieder im entsetzlichen Einerlei. Eines Vormittags wurde mir beim Exerzieren von meinem Sergeant wieder böß mitgeteilt. Keinen anderen seiner Korporalschaft qualte er so wie mich. Es war schon ziemlich kaltes Wetter, doch strömte mir der Schweiß aus allen Poren. Ich erinnere mich jetzt, wie mir damals zu Mute gewesen ist — um eine Nuance größer meine Wut — und der helle Wahnsinn war da. Dann — ich weiß nicht, wie es kam — dachte ich gar nichts mehr. Mein Kopf war wie ein Weißkop. Mir war, als ob mir jemand mit großer Gewalt auf den Schädel geschlagen hätte. Ich wußte nur noch, daß ich überhaupt existierte. Ich hörte noch undeutlich die freischwebenden Kommandoworte des Sergeanten. Ich mußte Parade marsch üben. Ich weiß nicht, ob dir bekannt ist, daß im Festungshof vier hölzerne Laternenpfähle stehen.

„Ja ja, ich habe sie gesehen!“ antwortete Volter.

Auf einen dieser Pfähle exerzierte ich schnurstracks zu. Ich stieß mit meiner ganzen Kraft an ihn an — er mußte wohl am Fuße etwas zerfaul sein — und er fiel um. Der Särm der zerfallenden Glaslaterne wackelte mich auf — und als

ob sich meine bis dahin unterdrückte Verzweiflung offenbarte — rannte ich zum nächsten Pfahl, warf ihn genau so um wie den ersten, und so weiter mit den letzten zweien. — Der ganze Hof war in Aufregung und in plötzlicher Verwirrung. Alles Exerzieren hörte auf. — Ich sah noch, was ich angerichtet hatte, und ohne etwas zu überdenken — stürzte ich die große steinerne Treppe hinauf — die Tür meiner Zelle stand offen — ich flog hinein und warf mich, wie ich war, auf mein Bett. Ich blieb liegen mit dem festen Entschluß, nicht wieder aufzustehen, mochte da kommen, was da wollte. — Natürlich dauerte es keine drei Minuten, so waren auch die mir nachfolgenden Unteroffiziere mit dem Hauptmann da. Sie sahen mich liegen und wagten mit gezogenem Seitengewehr langsam näher zu kommen. Der Hauptmann rief sie zurück, zwinkerte ihnen mit den Augen zu und machte Andeutungen wie: der ist verrückt! — laßt ihn liegen. Sofort zogen sich alle zurück und schlossen mich ein. Ich hatte die Zeichen des Hauptmanns bemerkt. In dem Momente fiel mir ein: Halt, du stellst dich geisteskrank! Seit dieser Zeit gelte ich für verrückt. Ein ganzes Stunde wurde wieder die Zellentür geöffnet. Ein ganzes Aufgebot war dazu kommandiert worden, mir die Zwangsjacke anzuziehen. Man brachte mich dann hierher, und nun warte ich der Dinge, die da kommen werden.

„Du hoffst bestimmt, als dienstuntauglich entlassen zu werden?“ fragte Volter nach einer langen Pause.

„Ich glaube bestimmt. Was wollen sie mit mir auch anfangen?“ Schiden Sie mich wieder auf Festung, mache ich dieselbe Komdbie. Das steht bei mir fest. In der Front halten sie mich ganz gewiß für zu gefährlich. Das Jahr werden sie mir schon schenken müssen. Es bleibt nur noch die Arbeiterabteilung. Da werde ich schon Mittel und Wege finden, mich für dort unmöglich zu machen. Es dauert noch einige Wochen, bis meine Strafzeit zu Ende ist. Bis dahin werde ich mich noch im Kazerett herumdrücken müssen, oder ich werde einem Zivilgefangenen oder einem Krankenhaus überwiesen. Uebrigens — was liegt mir daran, wo ich noch hinkomme. Nur nicht in die Festung zurück oder in die Kaserne. An meinem Leben liegt mir fast nichts mehr.“

Als Bolowskys letzten Worten sang seine ganze Weltverachtung. Müde und niedergeschlagen blickte er vor sich hin.

„Aber ich bitte dich“, sagte Volter mit weichem Ton, „warum schon die Hölle ins Korn werfen? Denke, wenn alles vorüber ist, es war eine schlimme Krankheit, die du durchmachen mußt, und beginne von neuem! Wer weiß viel von dir? Nach deinen Militärapapieren wird in deinem Beruf nicht viel gefragt.“

„Du hast gut reden! In der Wirklichkeit sieht das doch etwas anders aus. Nein, nein, diese Zukunftsstränge schlage ich mir aus dem Kopf. Dafür denke ich an etwas anderes.“

„An was denn?“

„Zufrieden mit meinem Dasein kann ich dann vielleicht erst wieder werden, wenn ich weiß, daß diese erbärmlichen Schulte, denen ich das alles verdanke, ihre verdiente Strafe erhalten haben.“

„Aber um Himmels willen, was willst du denn tun?“ rief Volter.

„Erst muß mein kleiner Korporal im Festungsgefängnis dran glauben. Ich laudere ihm auf, und wenn ich Monate hier mich durchbetteln mußte. Daß ich diesen Hund halbtot schlage, ist gewiß.“

Sein Gesicht hatte sich bei diesen erregt gesprochenen Worten gerötet und seine rechte Hand hatte sich zur Faust geballt.

Volter erschauerte über diesen erneuten leidenschaftlichen Ausbruch. Er bezwang sich und fragte ruhigen Tones:

„Was hast du davon?“

„Was ich davon habe? Ich würde zeitweilig sein Gesicht vor mir haben, wie es mich schadenfroh angrinst. Ich will es einmal sehen, wenn ihm vor Entsetzen die Augen übergehen! Dann ist mir wohl. Mag ich dafür auch einige Zeit ins Gefängnis gehen — in Zivilgefangnissen ist es schon zu ertragen. — Dann habe ich noch eine alte Schuld abzutragen an meinen ehemaligen Korporalschaftsführer vor fünf Jahren. Der wird vielleicht jetzt schon Feldwebel sein und mich vergessen haben. Meine Faust wird mich wieder bei ihm in Erinnerung bringen! — Ich bin es meinem Gewissen schuldig, daß ich diesen Betrüger auf meine Art danke. Habe ich das erreicht, kann mein Leben ein neues Leben für mich beginnen. Vorher nicht! — Der Gedanke würde mir keinen Augenblick Ruhe lassen, daß zwei Menschen existieren, ohne für das Verbrechen bestraft zu sein, das sie an mir begangen haben. Das Verbrechen war nicht nur roh und brutal, sondern auch feig und niederträchtig! Denn sie quälten ein wehrloses Opfer, das sich nicht verteidigen konnte. Meine Verteidigung kommt jetzt hintennach. Dir erscheint das wunderbar, was? — Du kennst nicht die Eide, die man sich selbst auferlegt. Erst schwur ich nur Rache in der ersten Verzweiflung. In den langen bitteren Jahren des Hölldaseins auf Festung wurde der Eid zu meinem Evangelium! Mit dem Bewußtsein, daß der Tag der Abrechnung kommen werde, stand ich des Morgens auf und legte mich müde geistig des Abends nieder. Von Tag zu Tag, von Woche zu Woche wurde der Entschluß fester. Die einzige Freude meiner Dasei war die, wenn ich an meine Rache dachte. Eine Erholung war für mich das Phantastische, das mir die Szene der Vergeltung vorspiegelte — wie! schöner, als es in Wirklichkeit sein wird. Nein, nein! laß das! Versuche mich nicht, davon abzulenken, Volter. Dieser Vorfall ist vollständig mit mir schon verwachsen.“

(Fortsetzung folgt.)

den Beteiligten strengste Stillschweigen bewahrt wird, können wir unsern Lesern berichten.

Es war am Tage der Abstimmung über den Ordnungsbruch des Erbprinzen von Hohenlohe gegen den Abgeordneten Ledebour. Die rechte Seite begann gerade, sich von ihrem Platz zu erheben, als die Nationalliberalen zu erheben, da wurden mit geräuschvollem Stoß die Stühlgänge des Saales geöffnet. Alle Augen des vollbesetzten Saales wandten sich der Tür zu, in der ein graubärtiger Offizier erschien, hinter dem die Uniformen eines Dubend Gardebolzen aufstanden. Unter atemloser Stille des Saales schritt der Offizier mit seinem Detachement durch die Reihen der Abgeordneten nach vorn. Dori, vor dem Podium des Präsidenten, nahmen die Soldaten Aufstellung. „Stillschweigen!“ „Lehrt!“ so erscholl das Kommando, und dann, in Front zum Saale: „Seitengewehr aufgestellt!“ — Im Nu blühten die Bajonette auf den Gewehren. Der Erbprinz von Hohenlohe, der gerade auf dem Präsidentenstuhl saß, schien einer Ohnmacht nahe. Den Degen ziehend, trat der Hauptmann vor seine Truppe: „Der Reichstag ist aufgelöst! Verlassen Sie sofort den Saal! Ich zähle eins, zwei, drei!“ Ein furchtbares Getöse erhob sich. Die ersten drängten waren die Nationalliberalen, vollstän- „Verrat!“ erscholl es aus den Reihen der Sozialdemokraten. „Lacht uns das Volk auf die Straße rufen!“ Und stürmend stürzten die „Roten“ zu ihrer Garde. Ihnen nach die Freisinnigen, denen die schlotternden Beine der Zentrumscholar fast die Knie abtraten. In diesem Getöse erschollen begeisterte Hurras der Konservativen, die verückt vor den langsam den Saal räumenden Soldaten zurückwichen. „Hurra, hurra!“ brüllte auch Herr von Oldenburg-Januschau. In höchster Eile drängte er noch einmal nach vorn, um den Hauptmann an seine Mannesbrust zu drücken. Aber ein paar der Soldaten, die dieses Unternehmen falsch verstanden, traktierten das schwärzliche Hinterhaupt des blaustüchtigen Januschauers mit nachdrücklichen Stößen. „Hurra!“ erscholl es noch einmal dumpf aus dem Schmerzergerzten Munde des unentwegten Patrioten. Dann eilte auch er spornstreichs hinaus, wo auf den Gängen die Reichsboten dichtgedrängt beieinander verweilten. Als letzter, von allen verlassen, einam thronend, hatte sich der Präsident erhoben. Schwerfällig schritt er die Stufen hinab, der nächsten Säulstütze, neben der der kommandierende Offizier stand, die von einem Abgeordneten in der Eile verlorene Brieftasche. Hastig drängte der prinzipielle Präsident sich vorbei. Unter der Tür aber fiel ihm plötzlich noch etwas ein. Entschlossen wandte er sich um:

„Herr Hauptmann, bitte, melden Sie dem König von Preußen, wie der Deutsche Reichstag vor Ihnen erstarb. Darf ich übrigens fragen, mit wem ich die Ehre habe?“ „Na, gewiss doch,“ meinte der Offizier jovial schmunzelnd: „Wilhelm Voigt, Hauptmann von Köpenick.“ Von draußen sah man den Präsidenten lautlos umsinken. Doch keiner wagte sich zunächst in den Saal zurück. Während die Soldaten den Ohnmächtigen hinausstrugen, entfernte sich der Hauptmann unauffällig durch eine Seitentür. Er ward nicht mehr gesehen. Als aber der Reichstag sich von seinem Schreck wieder erholt hatte, war der erste Beschluß, der mit einstimmiger Mehrheit die Notizen waren ja fort. (Red. d. „Arb.-Sta.“), gefaßt wurde, der: niemals ein Sterbenswortchen von diesem historischen Vorgang zu verraten.

Eine Wirkung der Rede Oldenburgs.

Welches Echo die Oldenburgische Scharfmaçherrede bei manchen Landwehrleuten erweckt, geht aus der Zuschrift eines hiesigen Landwehrmannes an die konservative „Deutsche Reichs-Post“ hervor, in der gesagt wird:

„Der Landwehrmann ist überzeugt, daß alle diejenigen, welche den Ruf des Kaisers tragen oder je getragen haben, seinen Augenblick zögern würden, den kaiserlichen Befehl, so wie ihn Oldenburg verlangt hat, auszuführen. Diejenigen, die vom revolutionären Geist so weit verführt sein sollten, daß sie den Befehl nicht ausführen wollten, würden von ihren Kameraden einfach mit forgerissen werden.“

Unsere Aufgabe ist es, mit aller Kraft dafür zu arbeiten, daß die Soldaten solchem „kaiserlichen Befehl“ eben keine Folge leisten werden!

Genossenschaftliches.

Wiens größte Genossenschaft, der Erste Niederösterreichische Arbeiterkonsumverein, hat in dem nur neun Monate umfassenden Geschäftsjahr 1909 seinen Warenumsatz von rund 7,7 Millionen Kronen in der gleichen Zeit 1908 auf 9 Millionen Kronen gesteigert. Die Mitgliederzahl nahm um 1700 zu und beträgt jetzt rund 40.000. Waren wurden in den neun Monaten für 1 1/2 Millionen Kronen erzeugt. Seit 1896 hat der Verein, der vorher unter bürgerlicher Leitung vegetierte, einen fräftigen Aufschwung genommen. 1896 zählte er 7200, 1897 über 10.000 und 1907 30.000 Mitglieder. Im letzten Jahre wurden fünf neue Verkaufsstellen errichtet, die großartigen neuen Gebäude in Betrieb genommen und ein freundliches Verhältnis zu den anderen Konsumvereinen („Vorwärts“ und „Zukunft“) hergestellt. Hoffentlich wird die Zusammenfassung der verschiedenen Vereine, die in Wien die größte Konsumentenorganisation des Kontinents schaffen würde, nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Aus dem Wahlkreis Dortmund-Hörde.

Dortmund, 12. Februar.

Große Wahlrechtskundgebung für den Wahlkreis Dortmund-Hörde.

* Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet in der Hoberburg in Dortmund eine große Wahlrechtskundgebung statt. Die Eintrittskarten für diese Versammlung sind schon jetzt bei allen Parteifunktionären und in der Buchhandlung der „Arbeiter-Zeitung“ zu haben. Die Genossen müssen dafür sorgen, daß die Karten möglichst im Vorverkauf vertrieben werden, da bei dem großen Andrang, der zu erwarten ist, der Verkauf der Karten am Tage in Anspruch nimmt. Es darf wohl erwartet werden, daß die Genossen für diese Versammlung überall die notwendige Propaganda machen.

Gegen die gewerbmäßige Stellenvermittlung.

* Der Verband deutscher Arbeitsnachweise hat durch seinen Vorsitzenden Dr. Freund an den Reichstagskanzler (Reichsamt des Innern) einen Antrag, betreffend Regelung der gewerbmäßigen Stellenvermittlung, gerichtet, der nun auch dem Reichstage zur Kenntnis übermitteln worden ist. Zur Begründung des Antrages sind zwei Nummern des „Arbeitsmarkts“ beigelegt, in denen Artikel von Dr. Freund und von Genossen Boeckh über die gesetzliche Regelung des gewerbmäßigen Stellenvermittlungswesens und über gemeinnützige Arbeitsnachweise für das Gastwirtschaftsgewerbe enthalten sind. In den Artikeln wird ganz besonderes Gewicht auf die Prüfung der Bedürfnisfrage bei der Konzeptionierung gelegt und für die öffentlichen Arbeitsnachweise ein gewisses Kontraktrecht über das gewerbmäßige Stellenvermittlungswesen und eine Einschränkung der gewerbmäßigen betriebenen Arbeitsnachweise gefordert.

Von der materiellen Ausbeutung der Arbeiter und auch der Unternehmern werden trasse Beispiele angeführt. Allein die deutsche Landwirtschaft hat für die Beschaffung von Saisonarbeitern an Provisionen und Reisekosten etwa 10-15 Millionen Mark zu zahlen. Im Gastwirtschaftsgewerbe betragen die Provisionen für den Stellenvermittler 10, 20 bis 45 Mark, für erste Stellen sogar 25 Prozent vom ersten monatlichen Gehalt. Weiter wird das jetzt noch ungeheure Treiben der Stellenvermittler gechildert, ihre Bemühungen, unter Anwendung oft unläuterer Mittel ganze Arbeiterfamilien zum Absage zu verführen, nur um für sich die Provision zu ergattern, ferner der

Unfug mit Kataloglisten, auf die zu abonnieren die Arbeitslosen verleitet werden usw.

Dem Antrage ist ein baldiger Erfolg zu wünschen, damit den struppelosen Stellenvermittlern, die aus der Not der Armen, den Arbeitslosen, noch Kapital schlagen, das Handwerk gelegt wird.

Der Vergarbeiter-Verband im Jahre 1909.

* Wohl in keinem Jahre ist der Kassenbericht des Vergarbeiter-Verbandes mit so großem Interesse erwartet worden, wie in diesem. Die wirtschaftliche Krise, die wir jetzt durchlebt haben, ist nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung der Gewerkschaften gewesen und hatte einzelnen Organisationen harte Stunden geschlagen. Wider Erwarten hatte der Vergarbeiter-Verband das erste Krisenjahr 1908 ohne Mitgliederverlust überstanden, doch als im Jahre 1909 die Schwierigkeiten und Kämpfe stärker und immer stärker einsetzten, erlitt auch der Vergarbeiter-Verband Verluste. In der Werkpresse wurde ein Freudenbegehren angestellt, das man immer vernünftiger fand, wenn die Arbeiterorganisationen Radenschläge bekommen. Doch sollte der Rückgang von kurzer Dauer sein. Schon im September setzte wieder, nachdem im Juni der tiefste Stand erreicht war, frisches Leben ein, das sich dann zum Schluß des Jahres von Monat zu Monat in recht erfreulicher Weise steigerte, so daß der Verband am Jahresabschluss mit einem Gewinn von rund 8000 Mitgliedern abschließen konnte. Nicht zum mindesten wurde die Entwicklung von der Einführung des Zwangsarbeitsnachweises beeinflusst, die manchen Säumigen und Jagenden wieder zur Röhre rief und manchem Gleichgültigen die Augen öffnete.

Entsprechend dieser Zunahme von Mitgliedern, haben auch die Finanzen des Verbandes sich in aufsteigender Richtung bewegt. Der Vermögenszuwachs betrug 305 431,49 Mark, und stieg somit das Vermögen von 2 816 944 Mark auf 3 122 375,53 Mark; außerdem befinden sich in der Ortskassen noch 18 300,03 Mark, was ein Gesamtvermögen von 3 140 675,56 Mark ausmacht. Es ist nun nicht uninteressant, demgegenüber die vergleichenden Zahlen des Christlichen Gewerksvereins zu geben, dessen Jahresbericht ebenfalls vor kurzem herausgekommen ist. Der Vermögenszuwachs des Gewerksvereins betrug 269 416,13 Mark. Das Gesamtvermögen stieg von 914 848,65 Mark auf 1 184 265,78 Mark, hinzu kommen noch 307 803 Mark, die in Gebäuden und dergleichen angelegt sind, so daß das Gesamtvermögen des Gewerksvereins 1 492 068,78 Mark beträgt. Hätte der Gewerksverein nur zum Beispiel den Mansfelder Streik führen sollen, dann hätte er mit einem Defizit abschließen müssen. An Mitgliederbeiträgen vereinbarte der Verband im Jahre 1909 1 817 551,90 Mark (1 082 455,75 Mark Gewerksvereins), an Eintrittsgeldern 22 854,50 Mark (6448,25 Mark). Nun zu den Ausgaben. Ein Sterbegeld wurden im Verband 76 295 Mark ausbezahlt (76 680 Mark), an Gemeinnützigkeitsunterstützung 87 979,35 Mark (15 551,10 Mark), der Gewerksverein führt diese Summe unter Streik- und Gemeinnützigkeitsunterstützung. Streikunterstützung 421 320,20 Mark (der Gewerksverein zahlte hierfür im ganzen nur rund 15 000 Mark), Arbeitslosenunterstützung zahlte der Verband 33 046,86 Mark (14 098,50 Mark), an Krankenunterstützung 318 157,40 Mark, (248 187,75 Mark); für Rechtschutz 80 022,56 Mark (101 386,06 Mark). Der Verband hat also seinen Mitgliedern in Not und Kampfzeiten im Berichtsjahre über 1 Million ausbezahlt, während der Gewerksverein nicht einmal die Hälfte, nur 459,528 Mark, geleistet hat. Auffallend ist, daß der Gewerksverein bei einem bedeutend niedrigeren Mitgliederstande gleichhohe Sterbegelder zu zahlen hat, was damit zu erklären ist, daß im Gewerksverein viele ältere Mitglieder sind. Die im Gewerksverein unter Rechtschutz aufgeführte Summe erscheint daher so hoch, weil die Christen hierunter Agitationszahlen eingeschmuggelt haben. Die Abrechnung zeigt, daß der Vergarbeiter-Verband die leistungsfähigste Vergarbeiterorganisation ist. Die Krisis ist gut überstanden, der Verband hat sie besser überwunden, wie man hätte ahnen sollen. Dies ist ein erfreuliches Zeichen für die innere Kraft. Hoffen und wünschen wir, daß die nächste Abrechnung ein noch günstigeres Resultat zeitigen wird: den Knappen zu Ruh, den Feinden zum Trutz!

* Spielplan des Dortmunder Stadttheaters von Sonntag den 13. bis Sonntag den 20. Februar. Sonntag 3 1/2 Uhr. Nachmittagsvorstellung zu vollständigen Preisen. „Die Großstadt.“ Schwank in 4 Aufzügen von Oscar Blumenthal und Gustav Kadelburg. Abends 8 Uhr. Opernpreise. „Ein Sommer-nachtraum.“ Lustspiel in 3 Aufzügen von W. Schalepsee. Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy. — Montag 7 1/2 Uhr. Zum 1. Male. „Wenn wir Toten erwachen.“ Ein dramatischer Epilog in 3 Aufzügen von Henrik Ibsen. — Dienstag 7 1/2 Uhr. „Gans Seilung.“ Romantische Oper in 3 Aufzügen nebst einem Vorspiel von Heinrich Marschner. — Mittwoch 7 1/2 Uhr. Zum 2. Male. „Die Leutnants.“ Lustspiel in 3 Aufzügen von Curt Kraus. — Donnerstag 7 1/2 Uhr. Zum 4. Male. Mit vollständig neuer musikalischer Ausstattung. „Ein Herbstmanöver.“ Operette in 3 Aufzügen von Emmerich Kálmán. — Freitag 7 1/2 Uhr. Volksvorstellung bei aufgehobenem Abonnement. Jahreskarten gültig. Vollständige Preise. Zum 4. Male. „Der deutsche König.“ Schauspiel in 5 Aufzügen von Ernst von Wildenbruch. — Sonnabend 7 Uhr. Opernpreise. „Die Waise.“ Erster Tag aus dem Bühnenfestspiel „Der Ring des Nibelungen.“ Handlung in 3 Aufzügen von Richard Wagner. — Sonntag 3 Uhr. Nachmittagsvorstellung zu vollständigen Preisen. „Salemans Töchter.“ Volksstück in 4 Aufzügen von Adolf Parron. — Abends 7 1/2 Uhr. Opernpreise. Zum 3. Male. „Im Paradiese Mahomet.“ Operette in 3 Aufzügen von Robert Planquette (Komponist der „Glocken von Corneville“).

* Eine Verichtigung sendet uns der „Arbeitsnachweis“ für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau. Sie lautet: „In Nr. 27 der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ vom 2. Februar dieses Jahres, 2. Blatt, Seite 1, wird in einem Artikel unter der Überschrift: „Der Arbeitsnachweis in Tätigkeit“ behauptet, daß ein Vergarbeiter am ersten Weihnachtstage wegen schwerer Erkrankung seiner Mutter nach Hause gereist wäre und sich auf der Reise durch einen anderen Arbeiter habe abmelden lassen. Nach seiner am 5. Januar erfolgten Rückkehr habe der Betriebsführer das neue Anlegestück des Mannes an sich genommen und ihm die Abfahr gegeben. Diese Behauptung ist unrichtig. Der Betriebsführer hat vielmehr dem Arbeiter, als er sich zur Abreise meldete, ein neues arbeitsfähiges Anlegestück ausgestellt, wie es der Allgemeine Knappschützverein in Bochum vorschreibt. Da der zufrühende Revierarzt den Arbeiter für nicht gesund erklärte, mußte ihm von dem Betriebsführer, der ihn in das ärztliche Attest eintrug, nicht mehr, die Wiedergabe der Vergarbeiter-Ver-einigung eigt werden. Unrichtig ist schließlich, daß dem Manne auf dem Arbeitsnachweisbureau in Gelsenkirchen bedeutet worden ist, daß er als kontraktbrüchig anzusehen sei und daher vor dem 21. Januar keine Arbeit zugewiesen erhalten könne. Der Mann ist der Arbeitsnachweisstelle in Gelsenkirchen nicht als kontraktbrüchig gemeldet worden, und der Nachweisbeamte, dem gegenüber er nicht davon erwähnt hat, daß er wegen Krankheit nicht anfahren durfte, hat ihn nur gefragt, ob er kontraktbrüchig geworden sei, da das Datum seiner Abreise auf den 7. Januar lautete. Als er dies verneinte mit dem Bemerkung, er habe am 23. Dezember seine letzte Schicht verfahren, hat ihm der Nachweisbeamte erwidert, dann stimme also die Angabe nicht, daß er am 7. Januar die letzte Schicht verfahren habe. Es wäre daher wohl zweckmäßig, wenn er sich das Datum berichtigten ließe, da es sonst leicht den Anschein erwecken könnte, als ob er am 7. Januar unter Kontraktbruch abgefahren sei. Wir überlassen es unsern Lesern, zu beurteilen, ob der Arbeitsnachweis fortgesetzt abhandelt hat. Sehr merkwürdig ist, daß der Arbeitsnachweis sowohl den Namen des Mannes als auch der betr. Zeche wußte, die wir in unserem Artikel gar nicht genannt hatten, und daß der Arbeitsnachweis auf den zweiten Fall, wo wir die Zeche („Karl Friedrich“) ausdrücklich erwähnten, mit keinem Worte einging.“

* Eine Kindesleiche wurde am Mittwoch vormittag hinter einem Hause am Nordmarkt, Ecke Schüchtermannstraße, von Kindern aufgefunden. Leptere hielten die Leiche, die in

Backpapier gewickelt war, für eine Puppe und spielten damit, bis Erwachte hinzukamen. Die Leiche wurde in ein Kistchen gepackt und nach der nördlichen Leichenhalle gebracht. Allem Anschein nach handelte es sich um eine Frühgeburt, von der wohl irgend eine Person auf einem der letzten Weihnachtsbälle überbracht wurde. In derselben Gegend — in einem Graben an der Burgholzstraße — fand man beinahe vor etwa 14 Tagen ebenfalls eine Kindesleiche.

Schüren. In der letzten Gemeinde-Sitzung wurden folgende Punkte erledigt. Die im November vorigen Jahres getätigte Wahl der Gemeinde-Vertreter erklärte man für gültig. Für die Arbeiterkolonie in Bethel bei Völsfeld wurde eine Beihilfe von 5 Mark bewilligt, abgelehnt dagegen ein Antrag des Vereins für Orts- und Heimatpflege in der Grasschaft Mark zu Witten auf Gewährung einer jährlichen Beihilfe. Die fehlenden Kranken-rücklageartikel und ein Schrank zum Aufbewahren sollen angeschafft werden. Der Bau eines Geräteschuppens auf dem Torhof wurde nicht für notwendig erachtet und abgelehnt. Einige Steuererlässe wurden erledigt. Einem Antrag auf abschlägige Zahlung der Umsatzsteuer wurde zugestimmt. Die Gemeinde Vergahren soll einen Zuschuß zu den Schul- und Armen-lasten in Höhe von 400 M. erhalten. Der Antrag auf Einfriedigung des Schulplatzes an der neuen Schule wurde zurück- gelegt. Vertagt wurde der Antrag auf Durchführung eines Verbindungsweges in der Erlebach. Ferner machte der Vor-sitzende Mitteilung von den Verhandlungen mit der Königl. Eisenbahn-Direktion und die Entgegnung der Vergahren im Bereich der Eisenbahn-Überführungen. Die Wasserwerksver-mehrung des Unternehmers soll erst nach eingeholtem Gutachten des Gellertschener Wasserwerks geprüft werden.

Somborn. Umständlicher findet die Auszahlung des Krankegeldes der Beihilfstelle Somborn nicht am 13., sondern am Samstag, den 12. Februar, nachmittags von 5-7 Uhr statt. Sonntag, den 13. d. M. treffen sich familiäre Kameraden vorm. 9 1/2 Uhr beim Wirt Rudolph zu einer wichtigen Besprechung.

Lügendortmund. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Milchhändler Friedrich Böting und Witwe Seifkamp die „Arbeiter-Zeitung“ abbestellt haben.

Despel. Es gibt nichts Schlimmeres als Denunzianten. In der Belegschaftsverammlung der Zeche „Vorussia“ vom 30. Januar hat sich ein solcher in der Person eines Schichtmeisters B. Göbel aus Somborn entpuppt. In der Versammlung kritisierte er Mißstände, wozu er auch andere vorher aufgeführt hatte. Dann geht dieser B. Göbel noch am selben Abend zum Betriebs-führer Romberg. Als ihn letzterer fragte, was er wolle, antwortete G.: Ich war in der Versammlung und will Ihnen mit-teilen, was dort alles vorgefallen ist. Sein Denunziantenwelen durchschauend, antwortete Herr Romberg: Gehen Sie nur. Sie haben Ihre Sache gut gemacht. Erst wollen Sie mit der Belegschaft liebäugeln, dann kommen Sie noch zu mir. In den folgenden Tagen gab Herr Romberg dies der Belegschaft zur Kenntnis. Wünschenswert wäre es, wenn Herr Romberg auch den bekannt geben würde, der schon vor Göbel bei ihm war. Im eigenen Interesse sowohl wie im Interesse der Belegschaft wäre es zweckmäßiger, wenn die Herren Beamten selbst in der Versammlung erschienen, als solchen Denunzianten Gehör zu schenken. Göbel ist uns schon lange als solcher bekannt. Nur für die Beweise noch nicht so klar zu Tage gekommen wie jetzt. Es wird verchiedentlich gesagt, Göbel sei Partei- und Verbands-mitglied. Das trifft aber nicht zu, sonst müßte er unbedingt fliegen. Göbel wurde vor 3 Jahren als Kassierer der Beihilfstelle Somborn gewählt, aber aus gewissen Gründen wurde seine Wahl seitens des Hauptvorstandes nicht bestätigt. Seitdem gehört Göbel weder dem Verband noch der Partei an.

Müdinghausen. In der am Sonntag, den 30. Januar, statt- gefundenen Sitzung der Gemeindevertretung wurde der Haus-haltsplan für das Rechnungsjahr 1910 in Einnahme und Aus-gabe auf den Betrag von 59 263,61 Mark festgestellt. Die zur Deduktion des Gemeindefiskals erforderliche Summe von 46 031,61 Mark soll durch Belastung der staatlichen Einkommensteuer, der fingierten Einkommensteuerrate von 2,40 und 4 Mark, sowie der fingierten Steuerlage der Forsten mit 330 Proz. und der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer mit 265 Proz. aufgebracht werden. Die Betriebssteuer soll mit 100 Proz. erhoben werden. Ferner wurde ein Gesuch um Erlass der Kommunalsteuer ge-nemigt.

Kinematograph im Zentral-Automat Steinplatz. Bei reich-haltigem Programm und zweimal wöchentlichem Wechsel find neuerdings die Eintrittspreise für dieses Theater für Erwachsene auf 20 Pf. und für Kinder auf 10 Pf. festgelegt. Aus dem heutigen Programm sind besonders zu erwähnen die Verbo-fung der Herzogin von Berry, eine historische Episode aus dem Jahre 1832. Die Wanduhr, großes Drama aus der amerikanischen Revolutionszeit. Der Diamantendieb-stahl usw.



Wirkliche Kenner

haben eine feine Bunte und das richtige Verständnis, des-halb nehmen sie zur Selbstherstellung

von Cognao, Rum, allen echten Likören, Punschextrakten, Fruchtgruppen etc. nur alte Original-Reichel-Essenzen wählten. — Natürliche Destillate u. Extrakte in höchster Vollkommenheit — welche bis auf die feinste Nuancierung gestimmt sind und auch die teuersten und edelsten in- und ausländischen Vor-zugsalitäten auf das Genaueste wiedergeben. Tadelloses Gelingen garantiert. — Enorme Ersparnis!

Bei 6 Flaschen. Verlangen Sie sofort kostenfrei: „Die Destillierung im Haushalt“ wertvolles, reich illustriertes Buch mit sämtlichen erprobten Rezepten. die 7te gratis.

Otto Reichel, Berlin SO.

Lasse sich niemand durch Nachahmungen täuschen u. nicht etwa einen Ersatz als angeblich eben so gut aufreden. Die „Lichttherz“ bürgt für Echtheit und Güte! In Dortmund bei: C. Baake, Ardeystr. 24. Homburg, Münsterstr. 74. Georg Brantschok, Kaiserstr. 10. Albert Brämann, Beienstraße 27. Ernst Busch, Beienstraße 39. E. W. Groven, Münsterstr. 7. Fr. Kllan, Märkischestraße. Heinrich Köhler, Schmarzgrüderstraße 4. A. Schalte, Danfstraße. Ede Kammerstraße. H. Kleinischestraße. Th. Strick, Beienstraße. C. F. Fiedrich, Nordmarkt-Drö-gerie. Paul Fröh, Am Markt. — Gastrop: C. Wimmer, Drogerie. — Dülmen: Friedr. Simons, Beddinghausstr. — Elkel: J. Baak, Alie Apothek. — Hörde: August Piel, Löwen-Drogerie. — Holzwickede: Heeri Bonnis, Drogerie. — Kamen: C. Müller jr., Ede Weh u. Nordstr. — Langendreer-Süd: J. Böhring, Kaiserstr. 100. — Lüpfendortmund: Louis Westhoff, Drogerie. — Mengede: Emil Middendorf, Drogerie. — Soest: S. E. Behlmer, Schwan-Apothek. — Wanne: C. Bodensah, Bahnhofsstr. 64. A. Loherts, Germania-Drogerie, C. Stell-mann & Sohn, Drogerie. — General-Vertretung und Lager in Essen-Rüttenscheid bei Wilhelm Koenigs, Gaelestraße 23.



Die rechnende Hausfrau

will ein tägliches Getränk für die Familie haben, das erstens billig, zweitens aber auch ganz unschädlich und wohl-schmeckend ist. Kathreiners Malzkaffee ist erstaunlich ausgiebig und billig, ent-hält keinen einzigen schädlichen Bestand-teil und hat aromatischen Wohlgeschmack.

Versammlungs-Kalender

des Arbeiter-Sänger-Bundes für den Gau Westl. Westfalen.

Dortmund. Allgem. Arb.-Gesangverein. Sonntag vorm. 10 Uhr. bei Vanierie. Auf dem Berge 6: Gesangstunde.
Dortmund. Gemischter Chor „Einigkeit“. Jeden Donnerstag von 8-11 Uhr Gesangstunde im „Gewerkschaftsbaue“.
Lindenhorst. Arb.-Ges.-B. „Niederrhein“. Sonntag nachmittags von 2-4 Uhr Gesangstunde.
Lünen Süd. Arb.-Gesang. „Immerblüh“. Jed. Sonntag morgen v. 11-1 Uhr Gesangstunde. b. Kagedorn. Sonntag, 13. Febr., nach der Gesangstunde: Generalversammlung.
Hombrach. Arb.-Gesang. „Vorwärts“. Am 13. Febr. vorm. 9 Uhr. beim Wirt Blicher in V a r o v: Bezirks-Gesangstunde.
Hörde. Arb.-Gesangverein „Deutsche Einheit“. Jeden Sonntag morgen von 10-12 Uhr: Gesangstunde im Lokale Kottmann.
Bergbofen. Arb.-Gesangverein „Immergrün“. Sonntag nachm. 3 Uhr Gesangstunde.
Lüdenberg. Männer-Gesangverein. Jeden Sonntag morgen von 10-12 Uhr Gesangstunde bei Bahri. Westinghofferbeide.
Lichtenort-Südholz. Arb.-Ges.-B. „Bruderbund“. Samstag abends von 7-10 Uhr Gesangstunde bei Dauske zu Eichholz.
Eichholzbofen. Gesangsabteilung „Bruderbund“. Sonntag nachmittags von 2-4 Uhr Gesangstunde bei Wagner.
Lütgendortmund. Arb.-Ges.-Berein „Quartett“. Sonntag, 13. Febr., nachm. von 2-4 Uhr: Gesangstunde.
Marten. Arbeiter-Gesangverein „Doffnung“. Jeden Sonntag morgen von 8-10 Uhr Gesangstunde.
Westrich. Arb.-Ges.-Berein „Einigkeit“. Jed. Sonntag v. 9-11 Uhr Gesangstunde bei Engemann. Jeden 2. Sonntag Versammlung.
Samm. Arbeiter-Gesangverein „Lura“. Jeden Mittwoch abend 8 Uhr Gesangstunde bei Böner, Königsstraße.
Deeren. Ges.-Berein „Morgenrot“. Abtheilung Sonntag vorm. 11 Uhr: D-Abtheilung Freitag abends 7 1/2 Uhr Gesangsprobe.

Auf Abzahlung

find 608

Möbel

zu folgenden günstigen Bedingungen einzig und allein nur bei mir zu haben.

1 Zimmer 65 Mark,	Anzahlung 5 Mark
2 " 92 Mark,	" 8 Mark
3 " 220 Mark,	" 15 Mark
4 " 310 Mark,	" 25 Mark

Anzüge und Paletots

Serie I	Anzahlung 3 Mark
Serie II	" 5 Mark
Serie III	" 9 Mark

Kredithaus Glück-Auf

Dortmund
Brückstrasse 12-14 Brückstrasse 12-14

Im Hause der Stehlerhalle Wilberg.

Kredit nach auswärts!

Drucksachen aller Art

er stat schnell und billig an Druckerei A. Gerlich.

Restaurant
„Zum Nordlicht“
Dortmund
Burgholzstr. 25 Telef. 2322
Bringe meine Lokaltäten in empfehlende Erinnerung.
ff. Bier. Reine Weine. Gute Küche.
Johann Hofmann.

Restaurant
K. Alting
Dortmund
Künstler- und Lortzingstrassen-Ecke
empfiehlt (147)
Gute Speisen u. Getränke.
Diverse Schnittchen zu jed. Tageszeit.
Zum Besuch ladet ergebenst ein
K. Alting.

Zum „Norddeutschen Lloyd“
Dortmund
Alsenstr. 31/33 Alsenstr. 31/33
empfiehlt
ff. Biere — Gute Weine
Guten Mittagstisch.
Herm. Bodewein.

Zum Reichsadler
Inh. W. Töllner
Dortmund, Münsterstr. 73.

Gemütl. Verkehrslokal für jedermann.
Kronenbier. Echter Münsterländer Korn. Vorzügl. Mittag- u. Abend-tisch. 50, 60 u. 70 Pf.

Konzert
Wilh. Rose.
Täglich: Grosses
KONZERT.
Eintritt frei!
Hörde, Chausseestr. 14.
Telefon 326. 1467

Restaurant 4921
„Zum Klarenberg“
Bringe meine Lokaltäten in em-pfehlende Erinnerung.
Wilh. Brücher
(früher Gerke)
Hörde, Benninghoferstr. 46.

Hörde.
Hochofenstr. 40.
Bringe meine
Lokaltäten
in empfehlende Erinnerung.
August Ohlson.

Hörde. Hörde.
Restaurant „Zum Weinberg“
Bringe meine Lokaltäten in empfehlende Erinnerung.
Jos. Nunkesser.

Zähne
Zahnarzt
Hermann Baumann
75 West- 75
hellweg
Neben der Petrikirche
Sprechst. 8-12 V. 2-7 N.

Neu eröffnet!! Neu eröffnet!!
Dortmund, Baumstr. 12.
Empfehle das Fleisch v. mehreren schweren prima Zechen-pferden zu den billigsten Tagespreisen. Prima Wurst u. Rauch-waren. H. Gehacktes. 580
Separates Portlo. Zimmer.
Herm. Büngener,
Dortmund, Baumstr. 12,
Hörde, Rumpfsch. 5.

50 neue Betten!
Unterbett, Deckbett 12 Mtr. lang, 130 Ctm. breit u. 2 Kissen. Füllung 18 Wd. neue weiche Federen. edel rot. Anlett. Daunendecken. garant. federdicht. wegen kaum sichtbarer Farbfehler das ganze Gebett nur 30 Mtr., dasselbe Bett, jedoch mit Goldbäumen. Deckbett 38 Mtr., la. bettedicht. Daunendecken 45 Mtr. Versand. frei. Garantie Umtausch. Gegen Radnahme oder vorherige Einzahlung. 3000
M. Rothschild, Bettenindustrie, Colicimar 1-3. 24.

JOSETTI ROSE

CIGARETTEN m. Gold

besitzen zwei Vorzüge, die sie so aussergewöhnlich populär gemacht haben. Sie werden einmal so wohlfeil verkauft, dass ihr Erwerb jedem möglich ist und sie präsentieren sich dabei auch in so guter Qualität, dass ihr Genuss jeden Raucher voll befriedigt.

Josetti-Rose-Cigaretten m. Gold
10 Stück 20 Pf.

Teppiche
und
Läuferstoffe
kaufen Sie
sehr billig
bei
Jac. Baum
Westenhellweg
107

Gestempelte
Traum
Verlobungs-
Ringe,
auf einen Werkstätte angefertigt.
in den neuesten Fassons.
von 5 Mark an.
Sowie größte Auswahl in
Uhren,
Gold- und Silberwaren
zu den billigsten Preisen.
Man achte genau auf die Firma
und den Eingang des Geschäftes.
Fr. H. Linnartz,
Brückstraße 60, neben der
Konditorei Götten, near. 1888.

A. WERB
BANDUNION
FABRIK-LAGER
BESTES FABRICAT
BILLIGSTE PREISE
Rheinischeit. 42.
Schweinefleisch 28 Pf.
Schweinepöppchen 50 „
in Rübelen von 30 und 50 Pfund.
Knodentlo. Kalbfleisch 65 Pf.
Knodentlo. Rinderbraten 45 „
Giesbeine (Dickschinken) 60 „
von 10 Pfund an per Nachb. vers.
A. Honerlah, Elmhorn (Delfstent).

Schirme
in reicher Auswahl sehr
preiswert.
Reparaturen
und Neubeziehen
billig und exakt.
Dickmann
Wissstr. 21. Fernruf 990.

Sanitätshaus, Kamm i. W.
Verlangen Sie gratis und franko
illustrierte Preisliste mit vielen
Neuheiten über
Hyg. Gummiwaren.
Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
m. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Wagner, Gummiwarenfabrik
Berlin NW. Friedrichstrasse 91/92.

Gemäß Statut §§ 39, 40, 41, 42, 50, 51, 52, 53, 55, 56, 67
der Allgemeinen Ortskrankenkasse Dortmund werden die Ver-
treter der Kassenmitglieder und Arbeitgeber zur
außerordentlichen
General-Versammlung
am Sonntag, den 13. März 1910
vormittags 11 1/2 Uhr, in den großen Saal des Herrn Gastwirts
Hb. Buchmann, „Königlicher Hof“, Königsstraße, hier selbst,
hierdurch eingeladen.

Tages-Ordnung.
Statutabänderung.
Die vorgeschlagenen Abänderungen werden auf der Einlade-karte abgedruckt.
Zur Teilnahme an der General-Versammlung und Wahl-ausübung werden die Vertreter erlucht, beauftragt zu erscheinen.
Die Beauftragung der Vertreter zur General-Versammlung geschieht durch vom Kassenvorstand ausgestellte Einladefarten.
Die Zustellung der Karten erfolgt, wenn nicht anders, durch die Kassenboten.
Verzögerung wegen nicht erfolgter Zustellung der Einlade-karten ist vom Tage dieser Bekanntmachung bis am Tage vor der General-Versammlung im Kontor, Stiisstraße 3, anzubringen.
Im letzteren Falle haben die Kassenmitglieder (Arbeitnehmer) durch Vorlage der Quittungsbücher glaubhaft nachzuweisen, daß sie zur Zeit der Wahl am 27. September 1908 wahl-berechtigte, wählbare Mitglieder der Allgemeinen Ortsranken-kasse Dortmund waren und gegenwärtig noch sind.
Am Tage der General-Versammlung werden weder Ver-urkundungen vorgenommen, noch Einladefarten ausgefertigt.
§ 52 Abs. 5:
Anträge von Generalversammlungsvertretern, welche auf die Tagesordnung kommen sollen, müssen mindestens 14 Tage vor der Generalversammlung beim Vorstände eingereicht und mindestens von ein Zehntel der Mitglieder der Generalversamm-lung unterschrieben sein.“
Dortmund, im Februar 1910. 600
Allgemeine Ortskrankenkasse Dortmund.
Der Vorstand.

Billig! Billig!
Achtung.
Rindfleisch, 55 Pf.
Schweinefleisch durchwachs. 75 Pf.
Magerer Bratsohken 80 Pf.
Nacken, Lummer, Kottelett 85 Pf.
Dioes Eiseln 50 Pf.
in bekannter guter Qualität zu haben bei
Töllner, Oesterholzstr. 76.

Das Sammeln der
Grünen Rabattmarken
mit der Vehmlinde bietet die
allergrössten Vorteile
weil ca. 700 Geschäfte aller Branchen dem
Verein angeschlossen sind. 1133
Rabattmarken-Verein
für Dortmund u. Umgegend.
Ausstellungslokal: Ludwigstr. 5.

Die Mill-Opera

Ist das anerkannt vielseitigste, vollkommenste Musikinstrument des Jahrhunderts, daher wird auch immer nur die Mill-Opera nachgeahmt und nicht die anderen!

Bezug nur durch die Firma **Otto Jacob sen., Berlin 341 Friedenstr. 9.**
Größtes Sprechmaschinen-Geschäft Deutschlands.

Gegen Barzahlung
• mit 5% Rabatt •

Gegen bequemste

Monats-Raten

ohne 1 Pfennig
Aufschlag!

Vollständig kostenlos

gelangt der Käufer einer echten Mill-Opera in den Besitz eines reichhaltigen Repertoires, da wir zu jedem gekauften Apparat je nach Größe 20 bis 40 verschiedene Konzertstücke und 200 Nadeln gratis liefern!



Für alle
Apparate
2 Jahre
schriftliche
Garantie.

Mod. 20. M. 84. — Eleganter Salon-Apparat, mahagonifarbig polierter Kasten mit Gold-Arabesken, Größe 35x35x17 cm. Alle Metallteile ff. vernickelt, farbig lackierter Tonarm und Blumenschalltrichter, 52 cm Schallöffnung. Mill-Opera-Konzert-Schalldose. Monatsrate M. 5. — 8 Doppelplatten à 3 M. = 16 neueste Stücke u. 200 Nadeln bei Lieferung gratis. Bei der 6. Rate noch einmal 8 Doppelpl. gratis.



Mod. 17. M. 59. — Aparte Luxus-Ausstattung, mahagonifarbig polierter Kasten mit Gold-Arabesken. Größe 33x33x15 cm. Alle Metallteile ff. vernickelt. Farbig lackierter Blumenschalltrichter, 41 cm Schallöffnung. 1a Konzertschalldose. Mit Mill-Opera-Konzertschalldose M. 8. — mehr. Monatsrate M. 4. — Zum Apparat werden 6 Doppelplatten à 3 M. = 12 neueste Stücke und 200 Nadeln gratis geliefert. Weitere 6 Doppelplatten bei der 6. Rate.

Vertreter an allen Orten gesucht
gegen hohe Provision auch für unsere
Abteilung: Uhren und Goldwaren.



Mod. 11. M. 48.50. Mahagonifarbig poliertes Gehäuse, Größe 28x28x13 cm, alle Teile ff. vernickelt. Farbig lack. Blumenschalltrichter, 40 cm Schallöffnung. 1a Konzert-Schalldose. Mit Mill-Opera-Schalldose M. 8. — mehr. Monatsrate M. 3. — Zum Apparat werden 5 Doppelplatten à 3 M. = 10 neueste Stücke und 200 Nadeln gratis geliefert. Bei der 6. Rate noch einmal 5 Doppelplatten gratis.



Mod. 15a. M. 38.50. Braun oder grün poliertes Gehäuse, Größe 28x28x13 cm, alle Teile ff. vernickelt, farbig lackierter Blumenschalltrichter, 38 cm Schallöffnung. 1a Konzert-Schalldose, mit Mill-Opera-Schalldose M. 8. — mehr. Monatsrate M. 3. — 5 Doppelplatten à 3 M. = 10 neueste Stücke u. 200 Nadeln bei Lieferung gratis. Bei der 6. Rate noch einmal 5 Doppelplatten gratis.

Bestell-Zettel im Couvert einstecken!

Hiermit bestelle ich bei der Firma **Otto Jacob senior, Berlin 341**
1 Mill-Opera Mod. _____ am 1. j. d. Mts. Beim
Empfang zahle ich M. _____ durch Nachnahme an. Die Ware bleibt Eigentum der Firma bis alles bezahlt ist. Nichtzahlung von zwei Monatsraten hebt die Vergünstigung der Teilzahlung auf. Erfüllungsort Berlin-Mitte. Als Anzahlung sind 10—20 pCt. der Gesamtsumme erwünscht.

Ort: _____ Datum: _____
Vor- u. Zunamen: _____ Stand: _____
Straße u. Hausnummer: _____

Interessante Kataloge über Konzert-Apparate und Schallplatten überallhin gratis und franko.

**Auf
Kredit!**

**Sämtliche
Möbel**

Herde, Betten,
Küchen, Schlaf-
und Wohnzimmer

Möbel, einzeln
3 Mtl. Anzahlung
Möbel für 60 Mtl.
5 Mtl. Anzahlung
Möbel für 150 Mtl.
10 Mtl. Anzahlung
Möbel für 225 Mtl.
20 Mtl. Anzahlung
Möbel für 300 Mtl.
25 Mtl. Anzahlung
Möbel für 350 Mtl.
40 Mtl. Anzahlung

Herren- und Knaben-
Anzüge.

L. Sachs

Friedhof 20
Ecke Kuckelke
an der Reinoldikirche.

Mod. Schlafzimmer
n. Vergr. u. Maße m. Pinol. f. d.
Hl. Pr. 310 Mtl. a. perf. (570)
Bornbr. 129.

persil

löst Spitzen, Gardinen, Batist, Wascheide,
• • • Stickerelen etc., überhaupt • • •

alle zarten Stoffe beim Waschen
wieder wie neu werden! Denkbar gründlichste Reinigung
bei größter Schonung und Erhaltung des Gewebes.
Überall erhältlich!

Ausführende Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf,**
• • • auch der seit 34 Jahren weltbekannten • • •

Henkel's Bleich-Soda.

Ein milder, angenehmer **Rauch-Tabak**
ist der

Löwen-Portorico

rot $\frac{1}{2}$ Pfd. 25 Pf. braun $\frac{1}{2}$ Pfd. 40 Pf.
blau $\frac{1}{2}$ Pfd. 30 Pf. Silber $\frac{1}{2}$ Pfd. 50 Pf.
Gold $\frac{1}{2}$ Pfd. 60 Pf.

Hergestellt aus rein überseeischen Rohtabaken.
Nur echt mit Firma

Arnold Böninger, Duisburg.

Genossen und Genossinnen!

Beruft Euch bei Euren Einkäufen stets auf die „Arbeiter-Zeitung“.



Vorzügliche Qualität. — Erprobte Passform.
:: :: :: Garantie für Haltbarkeit. :: :: ::

Jedes Paar
Herren- und Damenstiefel 725 Mk.

TURUL-SCHUHFABRIK:
ALFRED FRÄNKEL, COM.-GES.

151 **VERKAUFSSTELLE:**
DORTMUND
60 Westenhellweg 60.

Filialen in allen grösseren Städten Deutschl.



Möbel, Betten, Gardinen
Herde, Emaillewaen

kaufen Sie am vorteilhaftesten bei
E. Nier, Hörde
Langestr. 34 5239
gegenüber dem neuen Amtsgericht.
Spezial-Geschäft für Brautleute.
Weltgehendstes Entgegenkommen.
Lieferung nach auswärts franko.

Cigarren

kauft man am besten und billigsten direkt aus der
Cigarrenfabrik F. Hanna, Hörde
Hörnstr. 338. am Bahnhof. Hörnstr. 338.
5881. Wiederverkäufer gesucht.

Beilage der Arbeiter-Zeitung

Nr. 36.

4. Blatt.

Dortmund, Samstag, den 12. Februar 1910.

19. Jahrg.

Gemeinsamer Verbandstag der Maurer und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Kl. Leipzig, 10. Februar.

Nachdem gestern die Arbeiten der einzelnen Verbandstage soweit erledigt waren, traten heute beide Verbände zu gemeinsamer Tagung zusammen.

Bömelburg-Hamburg eröffnete den Verbandstag mit diesen Worten: Welche Aufgaben dieser Verbandstag zu erfüllen hat, ist bereits auf den einzelnen Verbandstagen festgestellt worden. Es erübrigt sich daher, darüber jetzt weitere Ausführungen zu machen. Ich glaube aber, in Ihrer aller Namen sprechen zu können, wenn ich die Hoffnung ausspreche, daß wir in gemeinsamer Tagung das begonnene Werk vollenden. (Beifall.)

Als Vorsitzende werden von den Maurern Bömelburg und Silberschmidt, und von den Bauhilfsarbeitern Behrendt und Fischer ernannt.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Gemeinsame Festschließung über die Verschmelzung geben zunächst Bömelburg und Behrendt das Resultat der gestrigen Abstimmung über die Verschmelzung bekannt. Dann wird mit allen gegen 11 Stimmen die Gründung eines gemeinsamen Verbandes beschlossen. Das Resultat der Abstimmung wird mit großem Beifall aufgenommen.

Für die Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der beim Verband beschäftigten Mitglieder wird eine Kommission von 12 Mitgliedern ernannt. Bömelburg erklärt dazu, die Verbandsvorstände hätten gar nicht daran gedacht, den Zusammenschluß zu benutzen, um Gehaltssteigerungen für die Beamten herbeizuführen. Es sei aber notwendig, eine bestimmte Regelung, eine Ausgleichung der Verhältnisse vorzunehmen. Für die Bauvorstände der Maurer habe er zu erklären, daß diese es für richtig halten, wenn die bisherigen Verhältnisse bestehen bleiben. Die Gausleiter der Bauhilfsarbeiter schließen sich dieser Erklärung an.

Ueber den Punkt: Uebergangsbestimmungen hält Behrendt-Hamburg das einleitende Referat. Da die Vorschläge der Verbandsvorstände schon sehr ausgiebig erörtert worden seien, glaube er, sich kurz fassen zu können. Als Grundsatz müsse auch im neuen Verband gelten, daß nur die befähigten Kollegen an die verantwortlichen Plätze gestellt werden. Behrendt erläutert die einzelnen Abschnitte der Uebergangsbestimmungen. Ueber die Schlußabrechnung der einzelnen Verbände wird in der Vorlage festgelegt.

Nach Abschluß der Tätigkeit der bestehenden Verbände haben die Funktionäre für das letzte Rechnungsquartal und das Jahr 1910 die Abrechnungen aufzustellen und die Jahresberichte zu erstatten. Die Rechnungslegung und Berichterstattung erfolgt in der in beiden Verbänden bisher üblichen Weise und muß bis zum 31. Januar 1911 erfolgt sein.

Spätestens im sofortigen Anschluß an die Rechnungslegung hat die Kassenübergabe, die Uebergabe der Quittungsmarken, der Bibliotheken und der sonstigen Utensilien, gleichviel, welcher Art dieselben sind, an den Deutschen Bauarbeiterverband zu erfolgen.

Das Vermögen der Zentralstellen beider Verbände ist der Zentrale des gemeinsamen Verbandes und das Vermögen der örtlichen Organisationen beider Verbände den neugebildeten Zweigvereinen, zu Händen der Zweigvereinsvorstände, vollständig zu übermitteln.

Ueber den Uebertritt der Mitglieder wird gesagt, daß der unentgeltliche Uebertritt jedoch nur dann erfolgen kann, wenn das Mitglied seine Beitragspflichten (Zentral- und Lokalbeiträge) bis zum Jahresabschluß 1910 erfüllt hat. Den Uebertrittenden wird ihre bisherige Mitgliedschaft, gleichviel in welcher gewerkschaftlichen Organisation, soweit dieselbe eine ununterbrochene ist und durch Vorlage von Ausweisen nachgewiesen werden kann, angerechnet (aber nur bis zum Jahre 1891) und in das Mitgliedsbuch übertragen.

Beitragsrückstände werden bis zum Schluß des zweiten Quartals 1911 entgegengenommen.

Der Verbandstag stimmt sämtlichen Uebergangsbestimmungen ohne Debatte zu.

Ueber die sonstigen Anträge der Verbandsvorstände spricht hierauf Bömelburg-Hamburg. Zunächst über das Verhältnis des Verbandes zu der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung. Es wird in der Vorlage bestimmt, daß der Verband in demselben Verhältnis zu der allgemeinen nationalen und internationalen Arbeiterbewegung stehen soll, wie früher der Zentralverband der Maurer Deutschlands und der Zentralverband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Dasselbe gilt für das Verhältnis zur Internationale der Maurer- und Bauhilfsarbeiterorganisationen.

Ausgesprochen wird ferner, daß der Verband immer bereit ist, eine Verschmelzung mit den Verbänden der Dachdecker, Stuckateure und Zimmerer einzugehen. Solange noch mehrere Verbände baugewerblicher Arbeiter bestehen, wird der Verband bemüht sein, mit den Bruderorganisationen gemeinsam an der Lösung gemeinsamer Aufgaben zu wirken. Da die bestehenden Kartellverträge durch die Verschmelzung formell als aufgehoben zu betrachten sind, so wird der Verbandsvorstand beauftragt, dahin zu wirken, daß mit den Verbänden, die bisher zu den vereinigten Verbänden im Kartellverhältnis standen, bis zum 31. Dezember 1910 neue Kartellverträge, die den neuzeitigen Verhältnissen Rechnung tragen, abgeschlossen werden.

Den Bestimmungen wird ohne Diskussion zugestimmt. Beim Abschluß der Verhandlungen wird vorgeschlagen: Die demnach sprechenden Mitglieder des deutschen Bauarbeiterverbandes erhalten das im Verbandsstatut § 43 vorgesehene Verbandsorgan „Der Grundstein“.

In dem neuen Verbande ist die Errichtung einer literarischen Abteilung in Verbindung mit der Redaktion geplant.

Bei dem Punkte Unterrichtskurse wird vorgeschlagen, daß an den für die moderne Arbeiterbewegung errichteten Unterrichtskursen jährlich 50 Mitglieder teilnehmen sollen, wenn dem Verbande so viel Plätze zur Verfügung stehen. Die Unkosten fallen der Verbandshauptkasse zur Last. Nach den von den Zentralverbänden aufgestellten Sätzen erhalten die Schüler 6 Mark pro Tag Diäten, 30 Mark wöchentlich Wohnungszuschuß und 40 Mark für Bücher.

Bömelburg glaubt zwar, daß die bisher von den Maurern aufgestellten niederen Sätze ausreichend sind, er bittet aber trotzdem, den vorgeschlagenen Sätzen zuzustimmen. Die Schüler sollten die erhöhte Summe für Bücher verwenden.

In der Debatte meint Sübener-Hamburg, auf der Partei- und Gewerkschaftsschule würde einseitig Unterricht erteilt. Ein Schüler sei als Gegner der Kolonie auf die Parteischule gegangen und als Befürworter wiedergekommen. Das sei doch bezeichnend.

Fering-Grohenhain: Es würde der Wahrheit nicht entsprechen, daß die Lehrer einseitig und parteiisch lehren würden. Calmer und Bernhardt, auf die wohl auch abgezielt wäre, hätten vor dem Unterricht erklärt, daß die politische Richtung nicht in Betracht komme. Und nach diesem Grundsatz sei auch gehandelt worden.

Bömelburg-Hamburg: Es wird gut sein, wenn wir die Lehrerfrage der Zentralvorstandskonferenz überlassen. Man

ist in diesen Dingen nicht gar so engherzig sein. Bernhardt wird übrigens von den Schülern als einer der besten Lehrer bezeichnet.

Bei dem Punkte: Wahlen zum Gewerkschaftskongress, beantragen die Vorstände, 30 Delegierte zu entsenden.

Dem Vorstandsantrag wird zugestimmt. Die Einteilung der Gaus wird in der Weise vorgeschlagen, daß 21 Gaus gebildet werden. Die bisherigen Gaus Breslau und Oberschlesien des Maurerverbandes werden aufgehoben, und dafür ein Gau für die Provinzen Ost- und Westpreußen gebildet.

Popfa-Rosen tritt mit großem Eifer und Geschick für die Errichtung eines selbständigen Gaus für die Provinz Posen ein, die eine Notwendigkeit sei. Vertreter der Provinz Oberschlesien wenden sich gegen die Aufhebung ihres Gaus.

Die Vorlage des Hauptvorstandes wird mit großer Mehrheit unverändert angenommen.

Dann wird in der fünften Abendstunde noch in die Statutenberatung eingetreten. Wir berichten darüber zusammenhängend.

Aus dem Wahlkreise Hamm-Soest.

11. Februar.

Soest. Diejenigen, die sich von hier an der Waffensammlung für das freie Wahlrecht in Unna beteiligen wollen, treffen sich am Sonntag mittags 1.30 Uhr an der Staatsbahn zur gemeinsamen Abfahrt 1.30 Uhr nach Unna über Verl.

Unna. In der hiesigen Gegend machen sich infolge des Verganges immer mehr Bodenentwässerungen bemerkbar. So sind die im nördlichen Stadtteil derartig ins Auge fallend, daß die geschädigten Haus- und Grundbesitzer ein gemeinsames Vorgehen behufs Aufstellung eines genauen Inventars, Erhebung von Schadenersatzansprüchen usw. in die Wege geleitet haben. Noch schädlicher sind die Bodenentwässerungen an der sog. Boertriede, wo die Grenzen der Gemeinden Soeren, Werwe, Unna und Nellen sich berühren. Hier hat sich das Terrain derartig gesenkt, daß der Abfluß des sog. Mühlbades gehindert ist und sich das jetzige Hochwasser dieses Baches anstaut, hierdurch Acker, Wiesen, Wege und Gehöfte überflutet, so daß den Anliegern erheblicher Schaden erwächst.

Süblamen. Eine große Gleichgültigkeit und Schamlosigkeit herrscht unter der Arbeiterschaft unseres Ortes. Wenn die Vergarbeiter Süblamens etwas weniger gedankenlos das Verhalten des Wirtes Düvelshöft beurteilen, würden sie zur Einsicht kommen, daß dieser Wirt nicht wert ist, die Großen der Arbeiter einzuladen. Kameraden und Genossen, denkt daran, daß dieser Wirt, als er noch Vergmann war, als Rechenfahndant zur Altestenwahl aufgestellt war; denkt daran, daß dieser Wirt bei der Gemeinderatswahl gegen uns kandidierte und auch bei der Landtagswahl gegen uns war — und ihr werdet zu der Ueberzeugung kommen, daß dieser Herr durch sein Verhalten selbst zugibt, daß ihm an den Großen der Arbeiter nichts gelegen ist. Dazu kommt noch, daß genannter Wirt rundweg verweigert, sein Lokal zu Zahlstellenversammlungen herzugeben. Kameraden, denkt darüber nach! Als Mitglieder des Knappenvereins, des Schützenvereins usw. seid ihr dem Wirt willkommen, aber als organisierte Arbeiter sollt ihr in seinem Lokal nichts zu suchen haben. Die Verachtung aller muß euch treffen, wenn ihr aus all diesem nicht zu der Erkenntnis kommt, daß ein Wirt, welcher sein Lokal nicht zur Beratung gewerkschaftlicher und politischer Angelegenheiten hergibt, auch die Großen der Arbeiter nicht wert ist. Insbesondere mögen sich diejenigen Kameraden, welche sonst als gute Gewerkschafter und Genossen gelten wollen und zum Teil auch in leitender Stellung sind, Vorstehendes ins Gedächtnis prägen und den anderen mit gutem Beispiele vorangehen, anstatt als Vorstandsmitglieder des

Schützenvereins die Interessen der Arbeiter zu bekämpfen. Heraus aus den patriotischen Klümmereien und dergleichen Hanswurstdasen. Opfert lieber Zeit und Geld der Organisation und solchen Vereinen, welche eure Interessen wahrnehmen. Dann werden wir auch vorwärts schreiten!

Bedum. Der seit 15 Jahren von seiner Frau getrennt lebende 65 Jahre alte Rechtsanwalt Geithövel hat sich heute morgen mit seinem eigenen Jagdgewehr erschossen. Als seine 22 Jahre alte Witwe ihn heute früh wecken wollte und keine Antwort erhielt, vermutete sie, daß etwas geschehen sein mußte. Bei gewaltigem Öffnen der Tür fand sie die Leiche im Blute liegen. Die Ursache soll Schwerkummer sein. Seine frühere Frau lebt noch und ist verheiratet.

Provinz-Nachrichten.

Reheim. Beim hiesigen Standesamt kamen im Jahre 1909 zur Anmeldung: 334 Geburten und 141 Sterbefälle; von den Geburten waren 170 männlich und 164 weiblich, 331 ehelich und 3 unehelich; außerdem 4 männliche und 1 weibliche Totgeburt; von den Verstorbenen waren 76 männliche und 65 weiblichen Geschlechts. Ferner wurden 64 Eheschließungen vorgenommen und 101 Aufgebote beantragt. — Gegen das Urteil der Arnsberger Strafkammer, wonach der frühere Hallenmeister Rohrer von hier zu 100 Mark Geldstrafe wegen Verleumdung verurteilt wurde, hat derselbe Revision eingelegt. — Am Freitag mittags brach in der Werkstatt eines Stellmachers in der Hauptstraße Feuer aus, das sofort bemerkt und gelöscht werden konnte, ehe größerer Schaden entstanden war.

Aus dem Sauerlande. Nach dem Haushaltsplan der Stadt Verl für das Jahr 1910 beträgt der Zuschlag zu den Realsteuern 190 (im Vorjahre 180) und zu den Einkommensteuern 170 (160) Prozent. Es sind also 10 Prozent mehr zu bezahlen wie im Vorjahre. — Mit einer Vogelflinte erschossen hat ein Schulbube in Geisweid seinen Kameraden und zwar aus Unvorsichtigkeit. — Am 28. Februar findet in Arnsberg eine außerordentliche Schwurgerichtsperiode statt. Dieser außerordentlich seltene Fall war seit 10 Jahren nicht zu verzeichnen. Je schlechter die Zeiten, desto mehr haben die Gerichte zu tun. Die ganz logische Folge unseres kapitalistischen Systems. — Eine Zwangsverfügung des Landrats von Verleburg wurde vom Bezirksauschuss außer Kraft gesetzt. Es handelte sich um folgenden Fall, der die überaus wichtige Entscheidung herbeiführte: Laut Verfügung des Landrats, der sich wieder auf eine Verfügung des Ministers berief, sollte der Amtsekretär des Amtes Banse, der früher 1500 Mark erhielt, 1900 Mark und der Polizeibeamte einschließlich Kleidergeld statt 1300 Mark 1600 Mark erhalten. Die Aufbesserung der Kommunalbeamten sollte mit der der Staatsbeamten gleichen Schritt halten. Die Gemeinde Banse klagte mit der Begründung, daß sie die Lasten nicht tragen könne, eine Menge Schulden habe und neuerdings auch noch die Separations- und Meliorationskosten bezahlen müsse. Die Gründe genügten dem Bezirksauschuss und die Beamten gingen leer aus. Wenn ein Landrat einmal eine vernünftige Verfügung erläßt, dann finden sich Kommunen und Bezirksauschuss zusammen und machen sie zunichte. Und das nennt sich Beamtenfreundlichkeit und -fürsorge!

Briefkasten der Redaktion.

G. G., 100. Wenn der Vermieter auf Grund des Vertrages nicht berechtigt war, Ihnen den Garten zu entziehen, können Sie Schadenersatzansprüche geltend machen. H. Münster. Die Artikel mußten nur wegen des Wahlkampfes zurückgestellt werden. Gruß!

Für die Redaktion verantwortlich: G. Beyer; für den Interatenteil: R. Umbreit; Druck und Verlag: A. Gerisch, sämtlich in Dortmund.

Erst einen Kuss!

Und dann Deine
Eckstein-Cigarette.



Eckstein's Nr. 5 Cigaretten

von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden.

10 Stück 25 Pfg.

(ca. 1500 Arbeiter. Seit mehr als 25 Jahren Lieferanten der Königl. Italien. Tabakregie.)

Beilage der Arbeiter-Zeitung

Nr. 36.

5. Blatt.

Dortmund, Samstag, den 12. Februar 1910.

19. Jahrg.

Nieder mit dem Koalitionsrecht!

Der Kölner Arbeitgeberverband ist ebenso wie seine Mitglieder eifrig bestrebt, das Koalitionsrecht der Arbeiter bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit zu beschneiden. Heute können wir der breiten Öffentlichkeit ein recht interessantes Schriftstück unterbreiten, das jetzt wohl seinen Bestimmungsort, das Ministerium des Innern, erreicht haben wird. Es ist vom 4. Januar 1910 datiert und lautet in seinen wesentlichen Teilen folgendermaßen:

Köln, den 4. Januar 1910.

An den
Herrn Staatssekretär des Innern,
Ergellens, Berlin.

Betrifft Streikpostenstellen.

Bei verschiedenen Ausstandsbewegungen in unserem Verbandsbereich haben wir die Beobachtung machen müssen, daß die den Arbeitern als ein Ausfluß des Koalitionsrechtes oder als ein sonstiges Recht des Staatsbürgers vom Reichsgericht anerkanntes Befugnis zum Streikpostenstellen zu den stärksten und für das Unternehmertum lästigsten Ausrichtungen geführt hat. Wir haben dieserhalb auch für davon betroffene Verbandsmitglieder an den Herrn Polizeipräsidenten von Köln die Bitte um geeigneten Schutz in einigen Fällen gerichtet oder die mit Streik überzogenen Arbeitgeber haben es selber getan. Wir wollen hier auch gern und ausdrücklich anerkennen, daß der erbetene Schutz auch in dem Umfang gewährt wurde, wie er den Umständen nach überhaupt praktisch möglich war. Der Erfolg war jedoch trotz aller behördlichen Bereitwilligkeit, gegen Gesetzesübertretungen einzuschreiten, ein vollkommen ungenügender, weil die Organe der Polizei nicht in jedem Augenblicke allgegenwärtig sein können und weil eben der Polizeischutz die gesetzlichen Handhaben fehlen, das gewöhnliche Streikpostenstellen zu verbieten, aus dem sich das ganze Unwesen entwickelt. Der neueste Fall dieser Art betrifft die hiesige altangesehene Tapetenfabrik von Hammersheim u. Steinmann. Sie hat darüber in beifolgendem Schreiben eine getreue Darstellung gegeben, die erkennen läßt, welche Ungleichheit seitens der ausständigen Arbeiter unter Anleitung einer sogenannten freien Gewerkschaft gegen die Unternehmer verübt wird. Der Fall ist um so trauriger, als die bestreikte Firma selbst mit ihren Arbeitern gar keine Zwistigkeiten hatte, sondern nur auf Anweisung der Gewerkschaft von diesen mit Streik überzogen wurde, weil sie für die ebenfalls der Tapetenindustrie-Altgenossenschaft angehörige Tapetenfabrik Gebrüder Rasche in Brämsche bei Dabrid einige Streikarbeit verrichtete; hatte und weil die Gewerkschaft die Wiederaufnahme der Arbeit seitens der ausständigen Arbeiter der Firma Hammersheim u. Steinmann verbot, auch nachdem der Anlaß zu dem Ausstand durch das Abfahren der Wagen der Firma Rasche beseitigt war und die Arbeiter die Wiederaufnahme der Tätigkeit in der Kölner Fabrik beschlossen hatten.

Zu diesen Erfahrungen im eigenen Bezirk gesellen sich die Wahrnehmungen über auswärtige Vorkommnisse gleicher oder ähnlicher Art, worüber in der Presse ja berichter worden ist, so z. B. vor einiger Zeit in der Berliner Zeitung „Die Post“ über eine wahre Schreckensherrschaft, die die ausständigen Arbeiter zum Teil mit Hilfe des Straßenspöbels über eine Nürnberger Fabrik ausgeübt haben.

Diese Vorgänge und Erscheinungen legen den Gedanken nahe, daß eine gesetzliche Beschränkung des Koalitionsrechtes dahin erforderlich ist, daß dieses sich nur, wie es zweifellos auch vom Gesetzgeber gedacht und beabsichtigt war, auf Verabredung zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen erstrecken soll, nicht aber auf eine Herrschaft der Straße über die gewerblichen Betriebe. Die Vereinigungen und Absprachen der Arbeiter einer Fabrik oder eines Geschäftszweiges über von ihnen zu erhebende Forderungen oder anzuwendende Maßnahmen dürfen unteres Erachtens nicht über das Maß der sonst im öffentlichen Leben üblichen Agitation hinausgehen und müssen alle persönlichen Belästigungen, Einschüchterungen, Bedrohungen auf der Straße, in den Wohnungen der Arbeiterwilligen ausschließen, und vor allen Dingen müssen die Wege und Eingänge zu den bestreikten Arbeitsstätten völlig frei gehalten werden. Es muß der Zwangscharakter der Gewerkschaften über die Arbeiter und den gewaltigen Angriffen auf die gewerblichen Betriebe durch entsprechende gesetzliche Bestimmungen vorgebeugt werden. Die Polizei muß das Recht erhalten, was ihr jetzt von den Gerichten durch maßgebende Urteile entzogen worden ist, wirksamen Schutz gegen alle dergleichen Beeinträchtigungen der persönlichen Freiheit des Staatsbürgers zu gewähren und zu verbürgen. Dieses kann nach Lage der Dinge nur durch gesetzliches und unbedingtes Verbot des Streikpostenstellens und was damit zusammenhängt geschehen. Den Arbeitern bleibt dann noch genügend Gelegenheit, durch mündliche und schriftliche Mitteilung, durch die Presse, durch Versammlungen, Vereine usw. auf die Entlassung der Arbeiter einzurwirken und das gesetzliche Koalitionsrecht als solches wird dadurch nicht beeinträchtigt.

Der bevorstehende Erlass eines neuen Straßengesetzes bietet unseres Erachtens zu einer

solchen notwendigen Feststellung und Begrenzung des Koalitionsrechtes die geeignete Gelegenheit.

Wir möchten uns daher erlauben, die Aufmerksamkeit Eurer Excellenz hierauf hinzuweisen und ergebenst zu bitten, geneigtest Veranlassung zu nehmen, diese für die gesamte gewerbliche Tätigkeit des deutschen Volkes außerordentlich wichtige Frage einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Ohne eine solche treiben wir den schlimmsten Zustand entgegen; denn auf die Dauer wird jede Unternehmerrust und Unternehmertätigkeit den Industriellen genommen werden, wenn sie sich schloß der Zwangsherrschaft der Gewerkschaften preisgegeben sehen, wie es heute tatsächlich auf Grund der gesetzlichen Vorschriften und gerichtlichen Entscheidungen der Fall ist. Der Mißmut über diese Zustände ist im Kreise der Arbeitgeber bereits sehr groß, und es steht tatsächlich zu befürchten, daß, je länger je mehr, gerade die kapitalträchtigen Industriellen auf die Ausübung einer gewerblichen Beschäftigung zukünftig verzichten und ihre Geldmittel einer gewerblichen Tätigkeit nicht mehr zur Verfügung stellen werden, während doch gerade die persönliche Mitarbeit dieser Kreise für die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens von so außerordentlich hervorragender Bedeutung gewesen ist und auch zukünftig sein würde, wenn dafür annehmbare gesetzliche Vorbedingungen gegeben wären.

Unser Mitgliedsverzeichnis gestattet mir uns beizufügen, mit dem Bemerkten, daß diese unsere Mitglieder insgesamt rund 44 000 Arbeiter in ihren Betrieben beschäftigen.

Ehrentreue

Euer Excellenz ergebenster

Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes in Köln.
(gez.) Ernst Rechner, (gez.) Paul Steller,
Generaldirektor Geschäftsführer.

1. Stellvertretender Vorsitzender.

Das ist im Grunde genommen dieselbe Rasse wie die Sorte Oldenburg-Januschaw, nur ein anderes Kaliber. Dieselbe brutale Unterdrückung der Volksmassen, wie sie den Junkern vorschwebt, ist auch das Ideal dieser Großkapitalisten. Darum dieses schlaue Ansinnen an den Minister des Innern, bei der Streikpostenreform so ganz nebenbei das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beseitigen, denn wenn das Streikpostenstellen verboten werden soll und sogar die Wohnung des Arbeiters den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern verschlossen bleiben soll, dann ist fürder das Koalitionsrecht ein Messer ohne Klinge, dem der Griff fehlt.

Die Unternehmer sinnen, wie dieser Blick in ihre Dunkelkammer beweist, fortgesetzt auf neue Gewaltstreich. Für die Arbeiter gilt es, allezeit auf der Hut zu sein.

Der preussische Bergwerks-Etat.

Von der Budgetkommission des preussischen Dreiklassenhauses wurde der Etat der Bergverwaltung erörtert. Der Etat hat eine Einnahme von 282 844 910 Mark, eine Ausgabe von 259 554 270 Mark, so daß ein Ueberschuß von 23 290 640 Mark entsteht, der sich nach Abzug der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben auf 21 830 640 Mark vermindert, das sind 3 Millionen Mark mehr, als 1909. Die Aufstellung des Etats ist sehr unvollkommen. Der erste Titel der Einnahme beträgt 28 Millionen Mark, also etwa 80 Prozent der gesamten Einnahme, ohne, daß eine eingehende Uebersicht über die Ausnutzung der Werke und deren Betriebsergebnisse vorgelegt wird. Um eine Uebersicht über die Rentabilität der Bergwerksbetriebe zu erhalten, ist bekanntlich eine Subkommission eingesetzt, deren schriftlicher Bericht noch nicht vorliegt und auch erst in langer Zeit zu erwarten ist. Die Kommission hat bereits mehrere vertrauliche Besprechungen gehabt. Seit einigen Jahren ist ein fortgesetzter Rückgang der Ueberschüsse zu verzeichnen. 1905 betrugen diese 30 Millionen Mark, 1908 aber nur 16 Mill. Mark. Das wird zurückgeführt auf Erhöhung der Löhne und Mehrkosten der Materialien. Vor 3 Jahren sind 55 Millionen Mark zur Erschließung der schließlichen Bergwerke bewilligt worden, von denen 1908 10 Mill. Mark, 1909 14 Mill. Mark verbraucht sind, im neuen Etat sind 8 Mill. Mark eingelegt.

Die Beratung begann mit lebhaften Klagen über die Ueberschuldung des Etats, der ein Eindringen in die Verhältnisse der Bergverwaltung unmöglich mache. Namentlich die Konserativen verlangten ein klares Bild über den Wert des fiskalischen Besitzes. Die Konserativen einwandfreie Zahlen über die Selbstverwaltungskosten. Das schlechte Ergebnis ergab sich aus der überhöhen Zahl der Beamten. Wo der Privatbergbau einen Affessor habe, hat der Staat 10!

Diesen Klagen schlossen sich die Nationalliberalen an. Im Etat wären 7 Mill. Mark für Bauten eingelegt, wenn man aber alles zusammenrechnet, dann kämen 20 Mill. Mark heraus. Es müsse schnell gebaut und sofort bezahlt werden. Die Mehreinnahmen betrügen 5,5 Prozent, die Mehrausgaben für Beamte 20 Prozent, für Löhne 7 Prozent, für Materialien 30 Prozent usw. Den gesteigerten Löhnen der Arbeiter ständen geringere Leistungen der Arbeiter gegenüber. Es verteuere den Betrieb vornehmlich auch das Verhältnis der Beamten zu den Arbeitern. Die Beamten wechselten oft, lernten die Grube nicht kennen und die Folge sei, daß die höheren Beamten ungenügende Kontrolle ausüben können. Die Nationalliberalen bebauerten lebhaft, daß die

freigesprochenen Steiger im Saargebiet, deren Freisprechung auf Verweigerung ihrer Aussagen beruht, noch im Staatsbetrieb beschäftigt seien.

Die Uebersicht über die Betriebsergebnisse sei gar nicht zu gebrauchen. Der Handelsminister gab zu, daß der Etat nicht überblicklich sei und versprach Abhilfe. Im übrigen hatte die Verbeibung der Bergverwaltung der Oberbergshauptmann zu befehlen.

Der Vertreter der Freisinnigen bemerkte, daß man bei Erwerbung und Vermehrung der Staatsbetriebe sehr vorsichtig sein müsse. Vom Zentrum wurde ausgeführt, daß bei den Arbeitern die Meinung herrsche, der Staat bilde für die Privatindustrie höhere Grubenbeamte aus. Die Frage, ob man nicht Arbeiten der höheren Beamten durch Unterbeamte ausführen lassen könne, wurde dahin beantwortet, daß die Affessoren billiger zu haben seien als Unterbeamte!

Nicht sehr viel und auch nicht freundlich beschäftigte sich die Budgetkommission mit den Verhältnissen der Arbeiter. Die Nationalliberalen behaupteten, der Rückgang der Leistungen der Arbeiter, der natürlich für diese Partei steht und ihr identisch erscheint mit Faulheit, beruhe darauf, daß die Straftat der Disziplin herabgegangen ist. Strafe Disziplin sei im Interesse der — Bergarbeiter, nicht der Kampf um die Seele des Arbeiters. Die Entlassung der Arbeiter müsse ein Beamter ohne weiteres vornehmen können, ohne daß eine Genehmigung von oben erst zu erfolgen habe. Dem angeblichen Sinken der Leistungen widersprachen Freisinn und Zentrum, während der Minister ausfuhrte, daß er mit den Nationalliberalen über straffe Disziplin einig sei. Bestimmte Anordnungen, wie bei der Entlassung von Arbeitern verfahren werden soll, habe er nicht gegeben. Nur bei Fällen, die besonderes Aufsehen erregen könnten, sei eine vorherige Verhandlung mit der Verksleitung nötig.

Der preussischen Bergverwaltung unterstehen Staatsbetriebe, die unrentabel sind, die aber nach Angabe des Oberbergshauptmanns nur mit Rücksicht auf die Arbeiter und die Gemeinden — besonders im Oberberg — gehalten würden. Von allen Parteien wurde dem Minister gesagt, daß Betriebe, die sich nicht rentieren und für die eine Aussicht auf Zinsentträge absolut ausgeschlossen sei, geschlossen werden müßten. Der Oberbergshauptmann erwiderte dann, man möge den Petitionen der Gemeinden gegen die Schließung solcher Betriebe dann auch keine Folge geben.

In Ostpreußen und Posen sind vom Staate Bohrungen mit großen Kosten vorgenommen. Die Bergverwaltung berichtete, daß diese absolut ergebnislos waren.

Für die Bergreviere Zabrze und Reddinghausen werden von dem ursprünglich ausgeteilt Gesamtbetrag von 4 Mill. Mark bzw. 4 225 000 Mark 600 000 bzw. 200 000 Mark als 3. bzw. 7. Teilzahlung für Arbeiterkolonien gefordert. Ein konservativer Redner verlangte Vorlage von Bauplänen und wünschte, daß die Koloniehäuser mit Land und Gärten versehen werden. Von der Bergverwaltung wurde erwidert, daß die Baukosten sehr verschieden seien; eine Wohnung koste 4- bis 5000 Mark. Man baue nicht so teuer, wie die Privatindustrie und glaube nicht, daß die Häuser in 50 Jahren unbrauchbar seien. Es sei ja auch keine Wohlfahrt, die den Arbeitern erwiesen würden, sondern man müsse Wohnungen bauen, weil der Staat sonst keine Arbeiter erhalte. Durch die Gewährung von Bauprümen und zinslose Darlehen seien in Saarbrücken von den Arbeitern 2000 Häuser erbaut.

Damit waren die Verhandlungen erledigt. Der Etat wurde bewilligt.

Konzentration im österreichischen Bergbau.

Im nordwestböhmischen Braunkohlenbergbau, der schon seit 1550 betrieben wird, hat sich die Zahl der Betriebe und der Arbeiter in den letzten Jahrzehnten gestaltet, wie folgt:

	Unternehmungen	Darvon im Betrieb	Arbeiter	Arbeiter pro Betrieb
1873/77	494	241	10 211	42
1883/87	500	139	13 384	96
1893/97	462	112	22 408	200
1903/07	320	94	37 462	292
1908	377	81	50 272	374

Die Zahl der betriebenen Bergwerke hat sich also um Zweidrittel vermindert, die der beschäftigten Arbeiter in der gleichen Zeit von einigen dreißig Jahren verdreifacht, demgemäß die Zahl der auf einen Betrieb entfallenden Arbeiter verdreifacht. Aber die Konzentration ist noch viel weiter vorgeschritten. Die „Glückauf“, dem diese Angaben entnommen, berichtet, entfallen von der Gesamtproduktion von 1908 (18 44 Mill. Tonnen) 101,7 Millionen = 55,1 Prozent auf vier Aktiengesellschaften, die mit einem Kapital von zusammen 42,6 Millionen Kronen (36,2 Millionen Mark) „arbeiten“ und 17 440 Arbeiter beschäftigen. Die größte Gesellschaft hat allein 7900 Arbeiter und erzielt eine Produktion von 4,5 Millionen Tonnen, d. i. rund ein Viertel der Gesamtproduktion. Dazu kommt noch der Staat mit 1787 Arbeitern und 1,29 Millionen Tonnen (7,9 Prozent). So verbleiben für die übrigen 76 Unternehmungen noch rund 11 000 Arbeiter und 7 Millionen Tonnen = 38 Prozent, zusammen etwa die Hälfte mehr, als der größte Unternehmer, die Brüder Kohlenbergbau-Gesellschaft, mit 16 Millionen Kronen Kapital, allein aufweist.

Russischer Alltag.

Grau und düster dehnt sich der Himmel über das weite Barenreich aus. Heute die gestern: Hinrichtungen, Gefängnisstrafen, Blutrurteile, Provokationen, Repressalien ohne Ende. Eine Scheinkonstitution, die die unumschränkte Macht der Bürokratie nur um so greller hervorheben läßt, politische Parteien, die im Interesse der herrschenden, privilegierten Klassen um die Gunst der Bürokratie buhlen, „Parlamentarier“, die die Scheuklappen der russischen Willkürherrschaft beschönigen und rechtfertigen. Neben der grenzenlosen Mordlust der Herrschenden, die die Niederlage von gestern im Blute des Volkes erstickend wollen, eine blasse Furcht vor dem morgen, vor dem unvermeidlichen Zusammenbruch, eine hastende Unruhe, ein Verstreuen, die Macht und Unverantwortlichkeit in ihrem vollen Umfange auszuüben. Und unten, in den Volksmassen, gärende Unruhe, vorläufig noch eingedämmt von der eisernen Faust der Repression, von der Not und Arbeitslosigkeit, aber genährt von der Sehnsucht nach neuen Kämpfen gegen die Mächte der Reaktion.

Im bunten Wechsel ziehen die Bilder des russischen Lebens, des russischen Alltags an uns vorüber. Der Zar, der seine Bundesgenossen aus dem Bogromistenderband zum Weihnachtsfest mit der Vergnügung Zirkus, Kaskadentänzen und Bolshoi-Opern beglückt, die von den finnländischen Gerichten im Serzstein-Prozess zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt worden waren, derselbe Zar, in dessen Namen bloß im verflochtenen Jahr 1500 Personen zum Tode verurteilt, 600 Personen hingerichtet, Zehntausende von Personen ins Zuchthaus gesteckt und 2200 Personen in die Sibirische Verbannung geschickt wurden. Die Hinrichtung Petrows, der letzten „Vorgelassen“, den Chef der politischen Geheimpolizei, Oberst Karponin, in die Luft sprengte,

und an demselben Tage die Freisprechung eines der Hauptverdächtigen, des Agenten der Geheimpolizei Saturnin in einer anderen Bombenaffäre, die zahlreiche Personen ins Zuchthaus brachte und zur Verlängerung des verfluchten Schützenganges in Petersburg führte. Eine ähnliche Melbung aus Riga: die Provokateure Beclau und Braunschi, die in einem politischen Prozeß zu 2 Jahren 8 Monaten Zuchthaus verurteilt wurden, werden vom Generalgouverneur auf das Gefeld des Staatsanwalts begnadigt, der darauf hinweist, daß Bartsch Bomben und Sprengstoffe in Erfüllung seiner Dienstpflicht bei sich aufbewahrt.

Als interessante Ergänzung hierzu und zugleich als Charakteristik der Justiz in Rußland dient der Prozeß gegen 16 Bauern aus der deutschen Kolonie Mariensztat (Kreis Oestla), die wegen angeblicher Rebellion vom Kriegsgericht sämtlich zum Tode durch den Strang verurteilt wurden, aber dank einem glücklichen Zufall im Stande waren, ihre Unschuld nachzuweisen und die Ermüdung dieser Strafe — zu zweiwöchiger Gefängnisstrafe durchzusetzen! Ein ähnliches Bild: der politische Flüchtling Wassiljew, den die russische Regierung der Beteiligung an der Verabreichung einer Dosis in Alexandrowsk anklagte und dessen Auslieferung sie bei der Schweizer Regierung durchsetzte, wird vom Gerichtshof in Nowotcherassk glatt freigesprochen.

Zum Schluß sei folgender Brief eines Genossen aus dem Gefängnis angeführt, der uns zur Veröffentlichung übergeben wurde:

„Genosse! Sie haben mich, daß ich Ihnen die Zustände in dem Katorgagefängnis in Orel schildere. Es ist schwer, ein Bild davon zu entwerfen, was sich dort abspielt; das letzte Entsetzen der barbarischen Willkür und des Todes, das an die Inquisition erinnert, steigt aus diesem Gefängnis empor. Wäh-

rend meines dortigen Aufenthaltes gab es unter den Gefangenen viele Selbstmordversuche: 3 Personen sprangen von der Galerie im dritten Stock nach unten und etwa 15 Personen machten den Versuch, sich zu erhängen; 8 von ihnen gelang das, während man die übrigen zum Bewußtsein brachte, um sie hernach zu verbrennen. Es herrscht dort militärische Disziplin; die Gefangenen werden gezwungen, Lobhymnen und Gebete zu singen, und man prügelt sie in einem fort grauam und ohne jeden Grund. Man prügelt einfach, um die Gefangenen ihre Lage spüren zu lassen. Man treibt die Gefangenen zu hollischen Arbeiten und zahlt dafür keinen Groschen. Die politischen Gefangenen werden furchtbar gehaßt. Fast bei allen ist das Trommelfell in den Ohren infolge der Schläge geplatzt. Noch ärger und furchtbarer ist es, wenn man zum Sortieren von Hanfballen getrieben wird; dort wird man nach einem oder zwei Monaten schwindlig, man muß aber die Arbeit fortsetzen und kann sich aus dieser Hölle nicht mehr losreißen. Das Regime ist teuflisch. Alles geschieht auf Kommando; für die geringste Unbotmäßigkeit, oder wenn man dem Befehl nicht so schnell Folge leisten kann, wird man grauam, unbarmherzig geprügelt. Es ist besser, man stirbt auf einmal, als daß man wartet, bis man zum Tode gemacht wird. Das Essen ist unglaublich elend und ungenießbar. Mit einem Wort, es ist schwer, Ihnen alle Grauel zu schildern, die sich dort abspielen. Es ist buchstäblich unmöglich, so zu leben. ... Hüten Sie sich vor der Hölle in Orel — sie ist hundertmal furchtbarer als die Hölle im Jenseits, von der die Pfaffen so viel sprechen. Nun, leben Sie wohl, schreiben Sie, wenn Sie können, einige Zeilen ... aber besilen Sie sich, denn nach der Gerichtsentscheidung am ... will ich meine Rechnung mit dem Leben abschließen. Es übersteigt meine Kraft, wieder in dasselbe Gefängnis zurückzukehren.“

Ober- und Unterbett

billig zu verkaufen. (625)
Hamm,
Bahnhofstr. 28, 2. Etage.

Arbeiten
zum Maschinenstricken
werden angenommen. 604
Brechen 118
vis-à-vis der Wirtschaft Wolf.
Annahmestelle in Brambauer.
Kuttrake 20a.

Kamen. Achtung! Kamen.
Anzüge nach Mass
steuert billig und gut
Franz Wilmann
Nordenmauer 29, am Vogelhof.
Für guten Sitz und moderne
Bearbeitung übernehme volle
Garantie. 619

Getragene
Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe
kauft man gut und billig bei
Frau Teichgräber,
Bissenkamp 12. 622

Achtung! Achtung!
Wo kaufen wir am besten und
rechten Kolonialwaren?
Altenstr. 77,
an der Wallstraße.
Kolonialhaus K. Smrich.

Siehe erschienen!

Der Zar

und die auswärtige Politik

von W. Bursch.
Preis 3.— Mk. Preis 3.— Mk.

In diesem Buche veröffentlicht
der Verfasser folgende bisher
durchaus unbekannte offizielle Ge-
heimdokumente:

Der Geheimbericht
des Grafen Lambsdorff an den Zaren.
Das geheime Orangebuch.
Aus diesen Dokumenten geht
hervor, daß der Zar hinter dem
Rücken seiner Minister mit seinen
Günstlingen eine unverantwort-
liche Politik getrieben, daß er der
eigenliche Urheber des russisch-
japanischen Krieges ist. Eine stär-
kere Anklage gegen den Absolu-
tismus als diese offiziellen Ge-
heimdokumente hat es noch nicht
gegeben.

Zu haben in der
Buchhandlung d. „Arb.-Ztg.“
Dortmund, Kielstr. 5.

Hannewackers
Kautabak
zu Original-Fabrikpreisen stets
frisch vorrätig. 4004

S. Wolff, G. m. b. H.
Ostenhellweg 3, Bolensta- u. Südwall-
Ecke, Rheinfischstr. 9, Burgtor 7.

Umsonst
nicht, aber billig und gut werden
Matratzen und Sofas
aufgepolstert. 252
R. Kiffel, Leopoldstr. 8.
Telefon 7901.

Bettmässen
Befreiung garantiert sofort. Alter
und Geschlecht angeben. Auskunft
umsonst. Institut „Sanitas“,
Veiburg No. 175, Bayern.

Große und kleine
Faselschweine
Kartoffeln u. Futterartikel
verkauft

Wilh. Schäfer
Jede „Graf Schwerin“ 176.

Aug. Bebel
am
Schreibtisch.
(Bildgröße 30x40 cm, Karton-
größe 60x80 cm.)
Zum 70. Geburtstag a. 22. 2. 1910.
Preis ungarisch M. 250.
Nahm. i. jed. Preisl. b. M. 2. 6.— an
Bestellungen nehmen samtl. Bote-
n der „Arbeiter-Zeitung“ von
Büben u. Umgegend entgegen.

Sozialdem. Verein für den Wahlkreis Dortmund-Hörde
Filiale Oespel I.

Todes-Anzeige.

Mittwoch den 9. d. M. verschied infolge Unfalls
unser Mitglied und Mitbegründer der Filiale, der
Schuhmachermeister Emil Niederstebuch
im Alter von 28 Jahren 11 Monaten.
Sein Andenken wird bei uns in Ehren bleiben.
Die Mitglieber treten am Sonntag den 13. d. M. 2 Uhr
nachmittags zur Beerdigung im Vereinslokal an und wird
um zahlreiche Beteiligung gebeten. 602
Oespel, 10. Febr. 1910. Die Filialeleitung.

Versammlungs-Kalender

des Arbeiter-Sänger-Bundes für den Gau Westl. Westfalen.

Sombach. Arbeiter-Ges. Verein „Vorwärts“. Sonntag
morgen Punkt 9 Uhr Monatsversammlung im Vereinslokal.
Die Bezirksgefängnisse für den 6. Bezirk fällt Sonntag aus.
Alles andere mündlich. Jedermann muß zur Stelle sein.
Der Bezirksleiter.

Versammlungskalender.

Evins. „Nichtverraat“. Sonntag abend 8 Uhr: Gesangsstunde.
Anschließend Versammlung.
Schüren. Arb. Gesangsverein „Einigkeit“. Sonntag vormittag
von 10—12 Uhr Gesangsstunde.

Wirtschafts-Übernahme.



Meinen verehrten Bekannten, Freunden
und Gönnern zur gefl. Kenntnisnahme,
daß ich mit dem heutigen Tage die
Führung der Wirtschaft des Herrn
Sasendring

Schützenstraße 77
übernommen habe. 614

Zum Ausschank gelangen erstklassige Dortmunder
Biere. Gute Speisen, bill. Schnittchen werden zu jeder
Lagezeit verabfolgt. Empfehle meinen Saal für Vereine
und Hochzeiten. Achtungsbeil.
Caspar Klockenbusch.

Credit.

**Halt
werda!**

Nohlen & Co.

Grosstädteches
- strong reelles -

**Möbel- und Waren-
Credithaus**
DORTMUND
am Hauptgemüsemarkt
(gegenüber den Wandelhallen)
empfiehlt bei 607

kleinen Anzahlungen:
1 Zimmer Mk. 98,00
1 dto. mit Küche „ 148,00
2 dto. „ „ „ 298,00

Größere Einrichtungen
in jeder Zusammenstellung.
— Aufmerksame Bedienung. —

! Abzahlung!
bestimmt der Käufer.

Nohlen & Co.

Ein Versuch genügt.

Konsum-Verein für Marten und Umgegend
eingetr. Gen. m. b. H.

Erklärung.

Wir erklären nachstehendes Gerede, dem ver-
storbenen Genossen Grass sei das Sterbegeld aus-
gezahlt worden, ohne dass derselbe den Ver-
pflichtungen dem Verein gegenüber nachgekommen
sei, für eine **elende Verleumdung!**

Gleichzeitig bemerken wir, dass die genossen-
schaftlichen Stachelschweine, die solche Sachen in
Szene setzen, sich das betreffende Mitglied zum
Vorbild nehmen können; kämen diese den Ver-
pflichtungen dem Verein gegenüber so nach wie der
Verstorbene, wahrlich, der Verein stände auf höherer
Stufe!

Der Vorstand: J. Herrendorf E. Grehl.

Stadt-Theater

Sonabend, 12. Febr. 1910.
Nachm. 3/4 Uhr. Schiller-Vorstellung.

Die Braut von Messina
Trauerspiel von Schiller.

Abds. 8—10/4. C. 34. Opernpreise.

Im Paradiese Mahomets.
Operette von Robert Planquette.

Sonntag, den 13. Febr. 1910
Nachm. 3/4. Volkstümliche Preise.

Die Grossstadtluft
Schwank von Blumenthal und
Kabelburg. 616

Abends 8—10/4. Opernpreise.

Ein Sommernachtstraum.
Lustspiel von Shakespeare.
Musik v. Mendelssohn-Bartholdy.

Kinematograph

im 613
Central-Automat

Steinplatz.

Von heute ab u. a.:

**Die Verhaftung der
Herzogin von Berry.**
Kunstfilm!
Historische Episode aus
dem Jahre 1882.

Eintrittspreise:
Erwachsene 20 Pfg.
Kinder 10 Pfg.

Zöpfe
sehr billig 615
rein Natur: Haar von 2 Hft. an.
Friseurgeschäft, Waihalia.

**Wer Uhren und
Goldwaren**
wirklich gut und billig
kaufen u. repariert haben
will, wende sich gefl. an

G. Calmus
Uhrmacher und Goldarbeiter
Hörde am Bahnhof.

Wuhl & Haber
Abenteurer Str. 90
verkauft getr. u. neue Herren-
und Damen-Garderoben, Schuhe,
Uhren, Ketten in großer Auswahl
zu Spottpreisen.

Arbeits-Markt.
Wer Stellung sucht
verlange die „Deutsche
Befreiung“ Chlingen 129.

**Gold, Arbeiter, welche nicht
gegen das Laufen können und
sich vor Uebervorteilung schützen
wollen, erhalten von älterem er-
fahrenem Uhren, Gold-
und Silberwaren**
auf Teilzahl. zu Fabrikpreisen. Off.
u. Nr. 3454 a. d. Geldstraße d. Btg.

**Wohnungs-Gesuche
und
Angebote.**
Lsgd. frei. Pöhlstr. 61, 3. Etz.
i. d. Nähe d. Gewerkschaftsh. 614

Wohnung
zu vermieten. 608
Gradel, Südstraße 11.

**30 Mann i. möbl. Zimmer auf
eigene Kost. Off. u. 604 a. d. Exp.
der „Arbeiter-Zeitung“.**
Wohnung von 2 Zimm. am 1. Mai
u. verm. Bergmannstr. 8. 618

Olympia Theater

Deute 8 Uhr letzter Sonnabend mit dem

munderbaren Sensations-Programm
welches allabendlich den stürmischsten Beifall des ausver-
kauften Hauses erzielt.

11 Novitäten 11

Unter anderem:
Mr. Stanbury elektr. Rätsel!
Zerthos Wunderdresur, 30 Hunde.
Sittlich Reue, brillanter Humarist.
Moto-Baby vom Zirkus Busch-Berlin.
Altheiss' dachser grossartiger Jockey-Akt.
Der arme Onkel, urkomische Pantomime.

Morgen letzter Sonntag:

2 grosse Vorstellungen 2
nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.
In beiden Vorstellungen die gesamten 11 Welt-
attraktionen des glänzenden Februar-Programms.

Central-Theater
Direktion: Jul. Gosebruch.
Dortmund
Münsterstr. 16 Am Steinplatz.
Altestes Varietee am Platze.

Täglich von 6 Uhr ab 620

das grosse Spezialitäten-Programm
sowie
jeden Abend Tünnes-Possen!

Sonntag und Montag:
Künstler-Matinee.

Eintritt frei! Eintritt frei!

Dramat. Verein „Freie Bühne“
Sonntag, den 13. Februar 1910
im Gewerkschaftshaus:
Bunter

Theater-Abend.
Entree à Person 25 Pfg.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Karten im Vorverkauf: „Arbeiter-Zeitung“, Gewerkschaftshaus
und an der Kasse. 604

Automaten-Restaurant
Hoerde W. Kothe Chausseestr. 44.
Samstag und Sonntag:

Grosses Bockbierfest
Reichhaltiges Hamburger Büfett.

ff. Bockwürstchen mit Kartoffelsalat 30 Pfg. — Extra große
pikante 10 Pfg.-Schnittchen in reicher Auswahl.

ff. Gähner- und Ochsenwurstsuppe à Teller 10 Pfg.
Vorz. Bock-, Stiffs- und Kulmbacher Reichebräu.

Geschäfts-Verlegung!
Meiner verehrten Kundschaft zur gefl. Kenntnis, daß ich
mit dem heutigen Tage mein 612

Herd-, Ofen-, sowie Haushaltungswarengeschäft
von Münsterstr. 38/4 nach

Kapellenstr. 2
verlegt habe und halte ich mich bei Bedarf bestens empfohlen.

Theodor Krein
Kapellenstr. 2 Ecke Mühlenstr.

NB. Beachten Sie die Preise, sowie die Aus-
stattung in meinen 20 Schaufenstern.

Deutsche Dampfschiffereigesellschaft
„Nordsee“
Gerberstrasse 1—3 Rheinfischstrasse 10

Feinster Cabliau
Ein Pfund 16 Pfg.
Drei Pfund 47 Pfg. 621